DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

187 17. JAHRGANG April 2000 8,00 DM

ZUM TEILZEITSOZIALISMUS DES ANDRÉ GORZ:

Sphärenklänge

Du spulst deine Arbeit runter,
und fragst nicht warum und wieso.
Hauptsache, du kriegst deine Kohle
und ist es sauber auf dem Klo.
Ist es nicht so,
du Krone der Schöpfung ? (1)

Foto: Holger Floß

»Den Kapitalismus überwinden heißt hauptsächlich und notwendig, die Vorherrschaft der Warenbeziehungen – einschließlich des Verkaufs der Arbeit – zugunsten freiwilliger Tätigkeiten und Tauschbeziehungen zu beseitigen, die ihren Zweck in sich selbst tragen.« (2)

Von Heinz Weinhausen, Redaktion Köln ● Warenbeziehungen und Lohnarbeit zurückdrängen, ist die Kernforderung von André Gorz. Was der Mainstream der SozialistInnen ignoriert oder auf eine ferne »Übergangsgesellschaft« verschiebt, setzt er punktum auf die Tagesordnung: *»Wer, wie, wann, wo damit anfangen könnte, wird von den radikal »man muss einfach« Denkenden als eine unwürdige Frage abgetan.«* (3) Wo andere noch mit der Frage ringen, ob überhaupt eine Gesellschaft ohne Lohnarbeit je funktionieren könnte, oder allenfalls abstrakte Forderungen in diese Richtung erheben, geht es Gorz bereits um konkrete Vermittlungen; nämlich darum, hier und heute zu beginnen, das Joch der Lohnarbeit im realexistierenden Industriessystem zu brechen. Das Gorzsche Denken steht also nicht für die Verherrlichung der Arbeit. Es verwirft den Glauben an die Metamorphose der *Arbeiterklasse, sobald sie nur die politische Macht erringt.* (4) Gorz *hält vielmehr die Arbeit selbst für das eigentliche Problem. Er beschreibt sie als Mühsal, als Langeweile, als ermüdenden quälenden Zwang, der die Menschen verkrüppelt, deformiert oder verblödet, wenn sie ganztags und auf Dauer erbracht werden muss.* Hierin sieht Gorz auch die Problematik der sowjetischen Diktatur des Proletariats. Wird ein Großteil der Arbeiterklasse in einen lebenslangen Monotonie-Beruf eingesperrt, in dem das Individuum schlicht zu funktionieren hat, während seine schöpferischen Potenzen brach liegen, dann hat diese Arbeitsgesellschaft – unabhängig davon, wie sie sich selbst definieren mag – herzlich wenig mit dem erstrebten kommunistischen Ziel zu tun. (5)

In der Tat, einer vollen Entwicklung des Individuums, die Marx als ein Charakteristikum des Kommunismus sah, steht diese Vereinseitigung diametral entgegen. Wird dies nicht gesehen, *»läuft man Gefahr, von Angestellten und ArbeiterInnen die »Selbstverwirklichung« innerhalb von Arbeitsaufgaben zu fordern, die keine Selbstverwirklichung erlauben.«* (6)

Explizit wendet sich Gorz gegen die Vision des sozialistischen Arbeiterstaates. Er tritt vielmehr ein für die Befreiung von der Arbeit als politischem Programm. *»Es geht nicht mehr darum, Macht als Arbeiter zu erobern, sondern darum, Macht zu erobern, um nicht länger als Arbeiter funktionieren zu müssen.«* (7)

Fortsetzung auf Seite 7

AUS DEM INHALT:

ÖSTERREICH

Willkürliche Festnahmen durch vermummte Polizisten, Versuche, Leute verschwinden zu lassen, ein Polizeiangriff auf die AusländerInnenberatungsstelle der Grünen und den Kulturvereinen sollen wegen der Demonstrationsaufrufe gegen die blau-schwarze Regierung die staatlichen Fördermittel gestrichen werden – Ein autoritärer Staat ist auf dem Weg...
Seite 2

FEINDLICHE ÜBERNAHME

Der originellsten Eiscremekette der USA, Ben & Jerry's, droht eine feindliche Übernahme durch gewöhnliche Multis. Eine »alternative Investorengruppe«, zustande gekommen aus dem »Netzwerk sozialverantwortlicher Unternehmer«, legte ein eigenes Übernahmeangebot vor. Ziel ist, das Unternehmen nach seiner Rettung wieder von der Börse zu nehmen, damit es in Zukunft von feindlichen Übernahmen verschont bleibt.
Seite 3

REPRESSION IN USA

Über das Verfahren gegen Mumia Abu-Jamal haben wir schon häufig informiert – das Verfahren gegen Mumia geht in die allerletzte Instanz und gezielte Verleumdungen durch Medien und Polizeigewerkschaft sollen dafür sorgen, dass die staatlichen Mordpläne verwirklicht werden können.
Leonard Peltier ist ein weiteres »Paradebeispiel« für die Bereitschaft staatlicher Behörden in den USA politisch unliebsame Personen lebenslänglich einzusperren oder zu ermorden. Ein weiterer Justizskandal made in USA auf
Seite 5

INTERNATIONALER SOLIFONDS

Die Entwicklungspolitische Basisarbeit für die Arbeit der Nord-Süd-Bewegung und politische Projekte der sozialen Bewegungen in den Ländern des Südens wurden bisher mit jährlich 300.000 DM über einen »Internationalen Solidaritätsfonds« der Grünen Partei unterstützt. Auf der Karlsruher Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen wurde der Haushaltstitel vorläufig gekippt. Benötigt wird das Geld zur Deckung des allgemeinen Defizits der Grünen Partei.
Seite 6

DEBATTE

» ... Da aber gerade in der autonomen und anarchistischen Bewegung (welche ja nicht identisch ist) leider allzu häufig Tendenzen zum rechten Rand der politischen Landschaft wahrgenommen werden können, halte ich es für eine Aufgabe der Theoriezulieferer dieses Phänomen zu analysieren und auf die Einfallstore der rechten (faschistoiden) Ideen zu achten«, so Gerhard Kern in CONTRASTE Nr. 186. Der Abschluss unserer Debatte unter dem Titel »Individuelle Utopisten und die Anarchie« auf
Seite 10/11

www.contraste.org

D 8008

FRANKFURT: ERSTE RÄUMUNGEN AUF US-KASERNENGELÄNDE

Kampf um den Erhalt selbstbestimmter Lebensräume

Eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei, Wasserwerfer, Räumfahrzeuge, Bauarbeiter, Möbelpacker und eine Gerichtsvollzieherin rückten im Morgengrauen des 29. Februars an, um den 60 BewohnerInnen der ehemaligen US-Kaserne in Frankfurt-Höchst zu verkünden: »Wir räumen und reißen ab«.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Obwohl sich schnell herausstellte, dass ordnungsgemäße Räumungstitel nur gegen einen Teil des großen Kasernengeländes vorlagen, hinderte dies Polizei und Bautrupps nicht daran, den zentralen Hof mit den unter Naturschutz stehenden alten Plantanen einzuzäunen, den Spielplatz der Kinder einzuebnen und Mauern einzureißen.

Nach dem Abzug der Amerikaner im Jahr 1993 wurde ein Teil der unter Denkmalschutz stehenden Gebäude vom damaligen Eigentümer, dem Bundesvermögensamt an den Verein *»Wohnen-Arbeiten-Leben«* (WAL) vermietet. 1998 wurde das gesamte Kasernengelände an die Spekulationsfirma KEG verkauft und damit begann der Ärger für den Verein. Die Mietverträge wurden nicht mehr verlängert, nach und nach hagelte es Räumungsklagen für die Leute von WAL.

Auf dem Gelände will die KEG 2.000 Wohnungen und Reihenhäuser errichten und teilte dafür das Gelände in lukrative Häppchen auf. Der jetzt zur Räumung anstehende Teil gehört inzwischen der *»Nassauischen Heimstätte«*, die vier der neun Häuser abreißen und die verbliebenen fünf umbauen will. Ein Wohnpark mit Sozialwohnungen für 200 Menschen soll errichtet werden. Doch zunächst einmal sollen die siebzig Menschen, die bisher die neun Häuser in Selbstverwaltung betrieben, vertrieben werden.

Diese, und ihr Verein WAL denken allerdings nicht daran, das Gelände freiwillig zu räumen: »Noch haben wir Mietverträge, und wir werden alle Klagewege nutzen, diese auch zu verteidigen, juristisch und politisch.«

Die BewohnerInnen der beiden an diesem Tage zum Abriss freigegebenen Häuser werden aufgefordert, ihre Möbel und sonstigen Habseligkeiten in die bereit stehenden Möbelwagen zu laden, Bauarbeiter machen sich daran, an einem der Häuser das Dach abzureißen. Vor den anderen Häusern werden Bauzäune »zur Sicherung der Baustelle« aufgestellt, der Innenhof mit seinen alten Platanen, der einstmals Exerzierplatz war, wird wiederrum »militärisch besetzt« und zum Parkplatz für Baumaschinen und Möbelwagen. Und überall die Polizei, fotografierend und filmend, immer auf der Lauer, ob die auf dem Platz versammelten BewohnerInnen und SympathisantInnen nicht doch noch handgreiflich gegen die Abrissbirnen vorgehen wollen. Vorsorglich haben sie einige Hafttransporter mitgebracht und einen Wasserwerfer bedrohlich auf die BewohnerInnen gerichtet.

Die BewohnerInnen haben neben den juristischen Schritten einiges an politischen Aktivitäten geplant: Ein Projektetreffen zum Austausch und Abstimmung von gemeinsamen Aktivitäten, die Einweihung einer »Internationalen Begegnungsstätte für kulturellen Austausch und Völkerverständigung«, einen »Tag der offenen Tür« und mehrere Konzerte. »Wir haben jetzt die GRÜNEN in Bewegung gesetzt«, sagt eine Bewohnerin. »Die sollen jetzt im Ortsbeirat Frankfurt-Höchst dafür sorgen, dass wir als internationale Begegnungsstätte anerkannt werden. Schließlich leben hier Leute aus 13 Nationen.« Der Antrag der GRÜNEN steht schon, in ihm wird gefordert, »dass der Beirat entscheiden möge, im Rahmen der Stadtentwicklung den Antrag von WAL auf eine internationale Begegnungsstätte zu ermöglichen.« Ob dieser Antrag auf Umwidmung des ehemaligen Kasernengeländes zu einer internationalen Jugendbegegnungsstätte das Kapital daran hindert, seine Interessen durchzusetzen ist mehr als zweifelhaft... Augenzeugenberichte und Hintergünde auf

Seite 4

ÖSTERREICH:

Auf dem Weg zum autoritären Regime

**Als sie die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen – denn ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialisten geholt haben, habe ich geschwiegen – denn ich war ja kein Sozialist.
Als sie die Juden geholt haben, habe ich geschwiegen – denn ich war ja kein Jude.
Als sie die Katholiken geholt haben, habe ich geschwiegen – denn ich war ja kein Katholik.
Als sie mich geholt haben, hat es niemanden mehr gegeben, der protestieren konnte.**
(Pastor Martin Niemöller, 1941)

RBH, Wien ● Willkürliche Festnahmen durch vermummte Polizisten, Versuche, Leute verschwinden zu lassen, ein Polizeieinsatz gegen eine Oppositionspartei – sowas kennen wir von lateinamerikanischen Regimes. Aber nicht doch! All das hat sich innerhalb einer Woche in Österreich ereignet. Wir wollen im folgenden Text auf zwei Vorfälle eingehen, und unsere Einschätzung zur Lage schildern.

2. März 2000 – Opernballdemonstration

Das Polizeiaufgebot bei der heurigen Opernballdemonstration, die diesmal im Zeichen der Proteste gegen die Blau-/Schwarze Regierung stand, war angesichts eines friedlich verlaufenden »Antifaschistischen Karnevals« eine glatte Übertreibung. Und weil die Polizei eben doch ein paar »vermummte Gewalttäter« brauchte, um den Widerstand weiter zu kriminalisieren, schickte sie möglicherweise gleich selber welche hin.

Um 23.50 Uhr wurde eine Frau, die allein unterwegs war, am Burgring von Zivilpolizisten festgenommen. Nach ZeugInnenaussagen wurde versucht, sie in ein Taxi zu zerren – diese Methode erinnert an das »Verschwinden lassen« von anderen Regimes. Sie wurde gegen die Mauer geschlagen, und anschließend abgeführt.

Um 0.45 Uhr wurden 4 DemonstrantInnen auf dem Schwarzenbergplatz von vermummten Polizisten mit vorgehaltener Dienstwaffe aus einem Taxi geschleift, in einen Hauseingang gezerrt, dort geschlagen, und unter den verwunderten Blicken einiger uniformierter Beamter in Handschellen abgeführt. Die mehr als verwunderliche Begründung der Festnahme war »Widerstand gegen die Staatsgewalt«. Sie wurden dann in U-Haft gestellt – wegen »Widerstand gegen die Staatsgewalt« und »Landfriedensbruch«. Die Polizei blieb bisher jeden Beweis schuldig. Die Personen sitzen noch immer.

Es ist offenbar ein Vergehen, in Opposition zu diesem Regime zu stehen. Die Tatsache, dass die Polizeisprecherin noch am Freitag behauptete, es hätte keine Festnahmen gegeben, lässt darauf schliessen, dass sich ideologisch gefärbte Teile der Polizei verselbständigt haben und Bürgerkrieg spielen wollen. Besonders hervorgetan hat sich dabei die Sondereinsatzgruppe Kriminaldienst (SEK). Sie hat die Vermummten Polizisten gestellt. Laut der Zeitschrift »der kriminalbeamte 3/2000« handelt es sich dabei um 55 Mann aus der Kripo, die ihren Dienst »freiwillig und unbezahlt« versehen. Das Aufgabenfeld ist »Observation und Zugriff«. Die Truppe, die eigentlich nur dann existiert, wenn sie angefordert wird, ist seit dem 1. Februar im Probebetrieb, und zwar für sechs Monate. Nach ihrem ersten Auftritt am Opernball sollte sie aufgelöst (eigentlich verboten) werden, bevor sie weiteres Unheil anrichtet.

8. März 2000 – Polizeieinsatz gegen die AusländerInnenberatung der Grünen

Am 6. März haben die Grünen eine Pressekonferenz abgehalten, bei der sie einen Videomittschnitt von dem Polizeiübergriff auf dem Schwarzenbergplatz am 2. März zeigten. Und wer sich solchermassen mit dem Polizeiapparat anlegt, sollte nicht ungeschoren davon kommen. 2 Tage später wurde nach einem anonymen Anruf (vom einem blauen Telefon, oder was?) die Polizei bei der AusländerInnenberatung der Grünen aktiv (siehe Kasten). Der Anrufer will einen Schwarzafrikaner gesehen haben, der mit einer Pistole herumgefuchtelt haben soll. Enweder ist dem Anrufer ein politischer Racheakt zu unterstellen oder er war in einem illuminierten Zustand. Zu diesem Zeitpunkt befand sich nicht einmal ein Schwarzafrikaner in oder vor dem Lokal, in dem die Grünen ihre AusländerInnenberatung anbieten. Die Polizei perlustrierte mehrere Personen, und nahm acht fest. Zwei sind mittlerweile wieder auf freiem Fuß, die anderen werden abgeschoben, weil sie illegalisiert sind. Deswegen geht man ja zur AusländerInnenberatung.

Repression kann ALLE treffen

Schon bei der Demonstration am 19. Februar ging die Polizei mit massiver Gewalt gegen DemonstrantInnen aus der radikalen Linken vor. Auf der Opernballdemonstration wurden Leute verhaftet, die die Polizei dem »gewaltbereiten autonomen Spektrum« zuordnet. Ohne dass diese irgendeine Straftat begangen hätten. Und wie immer distanzieren sich »Widerständler« aller Art – von was? Nicht von brutalen Polizeiübergiffen, nicht von der Aushöhlung des Demonstrationsrechts, sondern von denen, die da festgenommen worden sind. Und es ist eine gefährliche Fehleinschätzung, wenn man glaubt, die Polizei hätte es auf »Gewalttäter« abgesehen, diesem Regime geht es um den Widerstand insgesamt. Der Schlag gegen die AusländerInnenberatung der Grünen zeigt schon, was passieren kann, wenn man sich zu weit aus dem Fenster lässt. Und auch die Forderung der Salzburger FPö, Förderungen für Kulturvereine zu streichen, die zu Demonstrationen aufgerufen haben, ist ein Beispiel dafür.

Repression hat viele Gesichter und kann alle treffen. Daher ist es wichtig näher den je zusammenzurücken, als sich von außen spalten zu lassen. Ein autoritärer Staat ist auf dem Weg. Gegen diese Regierung zu demonstrieren, und Solidarität mit Gefangenen zu zeigen, ist daher wichtiger denn je geworden!●

ökologische Linke
Revolutionsbräuhof (RBH)
Rosa Antifa Wien (RAW)
Spendenkonto für die Verhafteten:
Kto-Nr. 01810087435, BLZ 14 000,
Inhaber: Mag. D. Zach
Verwendungszweck: RH bzw. Rechtshilfe

ANGRIFF AUF AUSLÄNDERBERATUNGSSTELLE

Unter dem höchst zweifelhaft scheinendem Vorwand (aufgrund eines ANONYMEN Anrufes bei der Polizei) »ein Schwarzer fuchtle mit einer Pistole herum«, verschaffte sich die Polizei am 8.3. gegen 18.15 Uhr zutritt zum Parteilokal der Grünen der Bezirksgruppen 4/5/6. Dies gerade in den Stunden als die AusländerInnenberatung der Grünen (Flughafensozialdienst) mit ihrer ureigensten Aufgabe beschäftigt war, illegalisiert in Österreich lebende Menschen zu beraten, um Ihnen zu einem legalen Aufenthaltsstatus zu verhelfen.

Fast natürlich könnte man sagen, war zu diesem Zeitpunkt weder ein »Schwarzer« anwesend noch wurden irgendwelche Waffen sichergestellt. Dafür wurden acht »Nicht-Österreicher« festgenommen (zwei Personen wurden mittlerweile entlassen, sechs wurden wegen Verstoßes gegen das Aufenthaltsrecht in Schubhaft überstellt).

Die Wiener Grünen sehen dies als einen unglaublichen Angriff sowohl auf ihre politische Arbeit als auch generell auf Beratungsstellen. Der Polizeieinsatz bietet einen Vorgeschmack, was auf regierungskritische Menschen und unabhängige Beratungsstellen noch zukommen wird. Denn »anonyme Hinweise« kann sich die Polizei jederzeit selbst verschaffen.

Falls diese Entwicklung nicht sofort gestoppt wird, werden in Zukunft nicht nur AusländerInnenberatungsstellen (kirchliche, Integrationshaus, Grüne, ...) permanent damit rechnen müssen, von der Polizei aufgesucht zu werden, sondern auch Bewährungshilfe, Drogenberatungsstellen, etc... (»wenn mal schon mal da ist, können wir ja alle Anwesenden überprüfen«).

Dieser Polizeieinsatz war ein Tabubruch, der gezeigt hat, wie notwendig es für die Arbeit von Beratungsstellen und ihren KlientInnen ist, ein höheres Maß an Rechtssicherheit zu schaffen.

Darüber hinaus empfinden es die Wiener Grünen prinzipiell als einen Affront, wenn die Polizei ein Grünes Bezirksgruppenlokal betritt – augenscheinlich sofort erkennt, dass an dem »anonymen Anruf« nichts dran ist und dennoch beginnt die Anwesenden zu perlustrieren. Es geht eine blau-schwarze Regierung, einen Innenminister, einen Polizeipräsidenten etc. nichts an, wer bei den Grünen mitarbeitet, wer sich bei Ihnen aufhält bzw. wer sich von Ihnen beraten läßt.

In diesem Sinne werden die Grünen sämtliche politische Mittel und Möglichkeiten einsetzen, um Aufklärung über diesen höchst fragwürdigen Vorfall zu erreichen.●

DI Martin Margulies (Landesgeschäftsführer)
Karl Öllinger (Abg. z. NR)

FAIR HANDELN

Faire Bananen und Orangen von den Kleinen Antillen

Zum Jahreswechsel gab es im Fairen Handel zwei wichtige Neuerungen. Seit Januar 2000 importiert die Alternativ-Handelsorganisation BanaFair erstmals fair gehandelte Bananen von den karibischen Kleinen Antillen nach Deutschland.

Redaktion Heidelberg ● Zwei Probelieferungen erreichten Dritte-Welt-, Umweltläden und Initiativkreise in den ersten Januarwochen. Gleichzeitig wird der in Gelnhausen ansässige Verein frische Orangen aus kleinbäuerlicher Produktion einführen. Damit werden erstmals in der Geschichte des Fairen Handels frische Zitrusfrüchte in die Regale deutscher Läden kommen.

Die von BanaFair vertriebenen Früchte kommen von der Karibikinsel St. Vincent. Dort werden sie von mehr als 60 Farmern der Kleinbauernorganisation *WINFA* produziert. Die Farmer arbeiten unter äußerst harten Bedingungen. Auf den großen lateinamerikanischen Plantagen ist eine Mechanisierung der Produktionsbedingungen leichter und billiger zu erreichen als auf den kleinen Feldern der Bauern von St. Vincent. Dabei nimmt der Druck seitens der Vermarktungsfirmen stetig zu: »Wenn wir nicht im Takt der Trommel gehen« so Renwick Rose, Koordinator von WINFA, »werden wir zurückgelassen, verurteilt zu einem Leben in Armut und Rückständigkeit, aus dem wir nie wieder herauskommen werden.« In dieser Situation bietet der Faire Handel eine reelle Chance für die Kleinproduzenten. BanaFair zahlt 40 Prozent mehr für die Bananen als traditionelle Aufkäufer.

Doch geht es hierbei nicht nur um eine Konsumalternative. Über einen zusätzlichen Preisaufschlag wird eine gezielte Projektzusammenarbeit in den Anbauländern ermöglicht. Mit Hilfe einer umfangreichen Pressearbeit bringt BanaFair zudem die Interessen der Partnerorganisationen in die Öffentlichkeit. BanaFair bittet die deutschen Verbraucher, die karibischen Produzenten zu unterstützen und deren Früchte zu kaufen.●

KONGRESSINFO:
The Voice
– Africa Forum, Schillergäßchen 5
D-07745 Jena, Tel. (0 36 41) 66 52 14, Fax 42 37 95
E-Mail: THE_VOICE_Jena@gmx.de
www.humanrights.de/congress

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr. (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2000

Die Monatsstatistik

Eine Monatszeitung, die aus inhaltlichen Gründen nicht für den Markt produziert werden kann, hat es nicht leicht. Die Grundkosten für monatliche Produktion sind enorm hoch. Rabatte für alternative Zeitschriften bei Unternehmen wie z.B. Deutsche Post AG gibt es natürlich auch nicht und eine Finanzierung über den Anzeigenmarkt erübrigt sich – denn unsere bescheidene Auflage ist nicht besonders attraktiv für Anzeigenkunden. Bleibt nur eines: Die Finanzierung des Zeitungsprojektes durch Vereinsmitgliedschaften, Abos und Spenden. Vorteile hat dieses Finanzkonzept allemal: Die Unabhängigkeit des Projektes. Um das Erscheinen der CONTRASTE auch weiterhin zu gewährleisten, benötigt das Projekt in diesem Jahr 10.000 DM an Mehreinnahmen durch neue Abos, Spenden und Fördermitgliedschaften. Nachfolgend unsere aktuelle Statistik:

Auch in diesem Monat konnten wir neue Mitglieder für einen Eintritt in den CONTRASTE e.V. gewinnen. Zwei Abos wurden in Mitgliedschaften umgewandelt:
● Johannes Fichter, München (120 DM)
● Wilfried Lau, Bremen (150 DM)
Ein neues Mitglied können wir begrüßen:
● Aura Modrock, Bochum (120 DM)
Vielen Dank, die neuen Mitgliedsbeiträge ergeben in diesem Jahr 230 DM an Mehreinnahmen.

Folgende Spenden gingen auf unserem Konto ein:
● Reinhold Waber, Mertingen (40 DM)
Herzlichen Dank!

Neue Abos machen einen Mehrbetrag von 240 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 510 DM.

Wie immer blieben auch Kündigungen nicht aus. Vier Abos wurden gekündigt. Aufgefallen sind uns dabei die Kündigungen der Berliner »Heinrich-Böll-Stiftung« und die der GLS-Bank in Bochum. Wir bedauern das sehr, da im Rahmen gemeinsamer Schwerpunktsetzungen (z.B. »Zukunft der Arbeit« – HBS – und »Projektefinanzierung« – GLS –) die Kommunikation zwischen CONTRASTE und den beiden Institutionen sicher schwieriger werden wird.

In unserer Statistik ergeben sich durch die Kündigungen Mindereinnahmen von 320 DM und bereinigt einen Mehrerlös von 190 DM. Damit benötigen wir für das Jahr 2000 noch 9.432 DM.

Wir hoffen auf weitere neue Fördermitgliedschaften, Spenden (**Spendenkonto**: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 – bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben) bzw. neue Abos und werden in der nächsten Ausgabe über den neuesten Stand berichten.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im CONTRASTE e.V.!

dp

USA: FEINDLICHE ÜBERNAHME EINER ALTERNATIVEN AKTIENGESELLSCHAFT DROHT:

Einmarsch feindlicher Truppen in Burlington

Netzwerk sozialverantwortlicher Unternehmer will Übernahme verhindern

Der originellsten Eiscremekette der USA, Ben&Jerry's, droht eine feindliche Übernahme durch gewöhnliche Multis. Aktionäre und Aktionisten wehren sich.

Die Demonstranten zogen mit lustigen Kuh-Plakaten vor der Eisdiele in Burlington auf, doch ihre Stimmung war düster. Vor wenigen Wochen erst, im Vorfeld der Welthandelstagung in Seattle, waren sie gegen die Allmacht der Unternehmen zu Felde gezogen. »Stop WTO!«, hatten sie an Häuserwände der 38.500-Einwohner-Stadt im US-Staat Vermont gesprüht und sich später diebisch über das Scheitern des Treffens gefreut.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Und nun bekamen sie plötzlich die Urgewalt der Wall-Street-Welt am eigenen Leib zu spüren. Zwei Großunternehmen kämpfen um die Übernahme der in South Burlington ansässigen Eiscremefabrik *Ben & Jerry's Homemade*. Für Vermonter ist das gleichbedeutend mit dem Einmarsch feindlicher Truppen.

Denn mit nichts identifizieren sich die Ostküstler mehr als mit der skurrilen Eiscremefabrik der Althippies *Ben Cohen* und *Jerry Greenfield*. Und mit nichts werden sie so sehr identifiziert. Vermont ist Ben & Jerry's-Land und will es bleiben.

Die Geschichte begann, wie so viele Storys vom amerikanischen Traum, mit zwei Freunden und einer Garage. Die Schulkumpels Ben und Jerry beschlossen, nach einigen erfolglosen Karrieren, eine Eisdiele mit fettem, selbst gemachtem Eis zu eröffnen.

Heute, 22 Jahre später, ist aus dem gemütlichen Garagen-Start-up ein Eisimperium geworden, mit landesweit 170 Filialen, Vertretungen im Ausland und einem Börsenwert von über 190 Millionen Dollar. Vor allem aber haben die beiden eine Firma geschaffen, die so umweltfreundlich ist wie sozialverantwortlich, die sich einsetzt für Kinder und Obdachlose und die mit der Region lebt.

Jährlich gibt *Ben & Jerry's* 7,5 Prozent ihres Bruttogewinns an ihre Stiftung für soziale Zwecke ab. Die Firma zahlt überdurchschnittliche Löhne, bietet Krankenversicherung, Erziehungsurlaub und für jeden Mitarbeiter drei Becher Eis am Tag. Sie kämpft für den Regenwald, benutzt hormonfreie Öko-Milch von örtlichen Bauern und verpackt ihr Eis in ungebleichten Pappbechern.

Ben und Jerry also sind gut – vor allem aber haben sie sich eine doppelte Portion anarchischen Witz erhalten, streng nach ihrem Motto: »Wenn etwas keinen Spaß macht, warum sollten wir es machen?«

Der Jahresbericht ist so regenbogenbunt wie das Greenpeace-Magazin, und die jährlichen Aktionärsversammlungen sind kaum mehr als ein Vorwand für anschließende Open-Air-Konzerte mit Alt-Stars wie *Carlos Santana* und *Arlo Guthrie*. Hippie-Größen werden als Geschmacksrichtungen verewigt, etwa *»Cherry Garcia«*, inzwischen verstorbener Gitarrist der Rockband *Grateful Dead*, oder *»Wavy Gravy«*, der legendäre Woodstock-Organisator. Selbst in den Fabrikhallen dröhnt die Rockmusik.

Statt TV-Spots fahren die Gründer mit dem Eiswagen auf »Roadshow« und verteilen kostenlose Proben. Am »Dogs Day« kriegen alle Hunde eine Kugel umsonst. Und gegen ein Atomkraftwerk protestierte Ben&Jerry's mit dem Slogan: »Haltet unsere Kunden am Leben und am Lecken.«

Diese Firmenphilosophie hat aus dem Eisladen das fünftangesehenste Unternehmen der USA gemacht – und einen lukrativen Übernahmekandidaten. Jede der 6,91 Millionen Aktien kostet 28 Dollar.

Der kalifornische Eishersteller und Konkurrent Dreyer's bietet nun 31 Dollar, der Nahrungsmittel-Multi Unilever will die Aktionäre gar mit 40 Dollar pro Aktie für sich gewinnen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Cohen und Greenfield, die 1985 an die Börse gingen, um einen Fabrikbau zu finanzieren, sitzen in der Zwickmühle. Lehnen sie höhere Angebote einfach ab, droht dem Vorstand eine Klage von wütenden Aktionären. Stimmen sie zu, könnten Kunden und Mitarbeiter vergrault werden.

»Die Globalisierung nimmt Städten und Firmen die Eigenkontrolle«, klagt Burlingtons Bürgermeister *Peter Clavelle*, »Wall Street bestimmt statt Main Street.« *Charles Hafter*, Stadtverwalter von South Burlington, glaubt: »Multis haben doch kein Verhältnis zu der Region, zu der Geschichte, nur eins zum Eigentum.«

Nun kämpfen die Gründer um ihre Firma – mit allen Tricks ihrer Gegner. Sie informierten ihr *Netzwerk sozialverantwortlicher Unternehmer*, vergangene Woche nun legte eine »alternative Investorengruppe« ihr eigenes Übernahmeangebot vor, mit 32 Dollar pro Aktie, 268 Millionen Dollar total. Die Gruppe, zu der unter anderem auch Body-Shop-Chefin *Anita Roddick* gehört, will die soziale und ökologische Ausrichtung des Unternehmens beibehalten.

Dazu müsste es wieder von der Börse genommen werden: Ben&Jerry's soll nach diesem Rettungsplan wieder in einen Privatbetrieb umgewandelt werden, um in Zukunft von feindlichen Übernahmeversuchen verschont zu bleiben. Getreu dem Firmenmotto: Make ice, not war.●

MIchaela Schiessl

Aus: Der Spiegel 8/2000

10 JAHRE BAOBAB IN BERLIN:

Unter dem Affenbrotbaum

Fast hätten wir selber den Jubiläumstermin verpasst, wenn uns nicht die »Chronik der Wende« im Fernsehen allabendlich in Erinnerung rufen würde, dass das alles wirklich schon eine Dekade zurückliegt:

Der erste Laden in der Winsstraße Foto: Archiv BAOBAB

BAOBAB e.V., Berlin ● Vor 10 Jahren also, am 17. Februar 1990, besetzten Leute, die sich aus dem Nicaragua-Arbeitskreis, der Gruppe »Xitsikwane – Arbeitskreis Südliches Afrika« und der – heute würde man sagen - Multikulti-Begegnungsstätte CABANA kannten, den leer stehenden »Südfrüchte«-Laden in der Winsstraße im Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg und hängten ein Schild in die Tür: »Hier entsteht ein Dritte-Welt-Zentrum«. Der Verein, noch nach DDR-Recht gegründet, musste bald darauf in bundesdeutsches Recht überführt werden und trägt seitdem den Namen »BAOBAB – Infoladen Eine Welt e.V.«

Der Name ist natürlich Programm: Der BAOBAB (»Affenbrotbaum«) gilt in vielen afrikanischen Ländern als zentraler Versammlungsort, unter seinem »Dach« treffen sich verschiedene Gruppen zur gemeinsamen Diskussion und Aktion. So sollte es auch bald im BAOBAB-Infoladen sein: Hinzu kamen die Handelsgruppe, die den Weltladen betreibt, die Infoladengruppe, die Redaktion der vom Verein herausgegebenen Zeitschrift »Umbrüche«, die Türkei-Gruppe, die Antifa-Gruppe im Prenzlauer Berg, das antirassistische Telefon, die antirassistische Frauengruppe und einige andere. Sehr bald wurde im Zuge der politischen Veränderungen deutlich, dass es keineswegs mehr ausreicht, klassische Solidaritäts- und entwicklungspolitische Arbeit zu leisten. So nahm die antirassistische und antifaschistische Arbeit (im Kiez, berlinweit und überregional) bald einen ebenso großen Stellenwert ein.

In den zurückliegenden 10 Jahren hat der BAOBAB viele Höhen und Tiefen erlebt. Dem ersten »Boom« mit zeitweilig neun ABM-Hauptamtlichen folgte eine Phase der Konsolidierung auf niedrigerem Niveau, die über mehrere Jahre ausschließlich ehrenamtlich getragen wurde. Heute wird die Arbeit gemischt haupt- und ehrenamtlich geleistet. Unvermeidlich waren auch viele Auseinandersetzungen, in denen politische und persönliche Differenzen nicht immer zu trennen waren. Dies hat dazu geführt, dass etliche früher sehr aktive Leute ausgeschieden sind, in einzelnen Fällen wurden sogar Leute aus dem Verein gedrängt. Bei anderen wiederum haben sich die persönlichen Schwerpunkte verschoben, so dass sie unsere Arbeit jetzt passiv – vielfach als Förderer – unterstützen.

Bei all diesen Veränderungen und auch heute bestehenden Schwierigkeiten vor allem finanzieller Art, die bereits zwei Umzüge erforderlich machten, denken wir, dass der BAOBAB seinen ursprünglichen Zielen treu geblieben ist, ja diese sogar noch erweitert hat. So haben wir mit vielen ehemaligen, aktuellen und zukünftigen MitarbeiterInnen, Freunden und Förderern 10 Jahre BAOBAB gefeiert.●

Aus: Der Rabe Ralf, März 2000

18. EVG-Jahrestagung in Bremen

»Zwischen konkreter Utopie und Pragmatismus«

Welche Modelle kooperativer Produktion und Vermarktung ökologischer Lebensmittel sind zukunftsfähig?

Peter Bargfrede (EVG-Bremen) ● Die Entwicklung des ökologischen Landbaus und der Ökovermarktung ist von starken Veränderungen geprägt, die auch vor den EVG's nicht halt machen. Der Ökolandbau unterliegt immer mehr den gleichen Marktgesetzen wie die konventionelle Landwirtschaft und die »Ökonomisierung der Gesellschaft« beeinflusst zunehmend das Verhalten der VerbraucherInnen. Die traditionelle Biokundschaft, die sicher noch das Rückgrat der meisten EVG's bildet, bestimmt nicht mehr so stark das Nachfragepotential, an Bedeutung gewinnt dagegen der »neue Ökokonsument« der guten Service will, günstige Preise und weniger »Ideologie«.

Auf der diesjährigen EVG-Jahrestagung wollen wir uns mit diesen gesellschaftlichen Entwicklungen auseinandersetzen, uns mit Zwischenergebnissen des »Tagwerk«-Forschungsprojektes befassen und – nicht zuletzt – auch mal einen Blick über den »EVG-Tellerrand« werfen. Welche Modelle kooperativer Produktion und Vermarktung ökologischer Lebensmittel sind erfolgreich und zukunftsfähig? Wie sind die Tendenzen in der Ökovermarktung aus einer regional-ökologischen Perspektive einzuschätzen? Wie reagieren andere Öko-Projekte und Betriebe mit kooperativen Strukturen auf diese Veränderungen? Ist Professionalisierung und Marktorientierung die richtige Antwort und/oder die regionale bzw. europäische Vernetzung der EVG's auf der Basis einer solidarischen Ökonomie – incl. einer Repolitisierung der Aktivitäten?

Diese und andere Fragen sollen auf der agrarpolitischen Veranstaltung bearbeitet werden, die sich an MultiplikatorInnen der EJL, an BäuerInnen und Bauern, kritische VerbraucherInnen und Mitglieder von EVG's wendet.

Im Rahmen der Jahrestagung sind folgende Diskussionen und Projektvorstellungen geplant:

- Longo Mai: »Europäische Kooperative« – Vortrag mit Diskussion über Arbeit und Selbstverständnis der Kooperative am Beispiel vom »Hof Ulenkrug« in Mecklenburg (Fr., 5.5.2000, 20 Uhr)
- Entwicklungstendenzen in der Ökovermarktung – welche Probleme und Chancen haben regional-ökologische Vermarktungsprojekte? – Bioland-Nordhessen (Sa., 6.5.2000, 10 Uhr)
- Service-Coops und der »neue« Ökokonsument: dienstleistungsorientierte Mitgliederläden stellen sich und ihr Konzept vor – Wendland-Kooperative, Hannover / Oecotop Bremen (Sa., 6.5.2000, 11.30 Uhr)
- »Nachhaltigkeit durch regionale Vernetzung – EVG's im Bedürfnisfeld Ernährung« – Zwischenergebnisse des »Tagwerk«-Forschungsprojekts (Sa., 6.5.2000, 14.30 Uhr)
- EVG's 2000: unter welchen Voraussetzungen sind EVG's zukunftsfähige Projekte von Produktion und Konsum ökologischer Lebensmittel? – am Beispiel der »Tagwerk e.G.« (Sa., 6.5.2000, 16 Uhr)
- Vorstellung der Kampagne »Neue Agrarreform« von FIAN und »La via campesina«/AbL (Sa., 6.5.2000, 20 Uhr

Tagungsort: Kulturzentrum Lagerhaus, Schildstr. 12-19, 3. Stock, D-28203 Bremen

Anmeldung: Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft, Donandtstr. 4, D-28209 Bremen, Tel. (04 21) 349 90 77, Fax 349 17 74
e-mail: evgbremen@aol.com
Anmeldeschluß: 21.4.00

AUGENZEUGENBERICHT: ERSTE RÄUMUNGEN AUF EHEMALIGEM KASERNENGELÄNDE IN FRANKFURT-HÖCHST

Räumung in Raten ...

Am Morgen des 29.02.00 um 6.30 Uhr nimmt eine Hundertschaft der Bereitschafts- und Einsatzpolizei den Hof der Michael Barrax in Frankfurt am Main ein. In ihrer Begleitung befinden sich die Verantwortlichen aus KEG, »Nassauische Heimstätte« (NH) und BSMF, als auch die vollstreckende Gerichtsvollzieherin Kirchner. Nach den letzten gescheiterten Zwangsräumungen vom 10.12.99, 17.01. und 31.01.00 kündigen sich die destruktiven Kräfte diesmal nicht vorher an.

Nachdem ein Räumfahrzeug der Barrikade ihre Funktion nimmt und die anwesenden Bauarbeiter der Firma Seipl sowie die Möbelpacker des Transportunternehmens Kümmel freien Zutritt haben, beginnen diese damit, mit ihren Lastfahrzeugen das Gelände zu befahren.

Parallel dazu werden die beiden Zufahrtsstraßen Josef-Fenzl-und Windhorststraße abgesperrt, während ein Bagger beginnt, unsere Ostmauer einzureißen. Um den ummauerten Eingangsbereich tummeln sich an die 70 Schergen, die Ausweiskontrollen durchführen und niemandem Zutritt gewähren, der nicht bei uns gemeldet ist. Mindestens 30 Einsatzwagen, einige Hafttransporter (prophylaktisch für die potenziell Kriminellen) und ein Sanitätsfahrzeug parken rund um's Gelände, ein Wasserwerfer steht direkt vor dem Tor und zielt auf die BewohnerInnen.

Als Erstes beginnen die Bauarbeiter damit, den zentralen Hof, der von unter Naturschutz stehenden, alten Platanen bestanden ist, einzuzäunen und den Spielplatz der Kinder ohne ersichtlichen Grund zu zerstören.

Die erste Festnahme erfolgt, als ein Bewohner über den Zaun steigt, um zu seinem Bus zu gelangen, in dem er lebt. Weil er nicht sofort auf den ausgesprochenen Platzverweis reagiert, wird er mehrere Stunden in Verwahrung genommen, ohne ein Anwaltstelefonat durchführen zu dürfen. Er muss eine ED (erkennungsdienstliche) Behandlung über sich ergehen lassen, obwohl es sich nur um eine Ordnungswidrigkeit handelt. Zu den beiden akut betroffenen Häusern gibt es kein Durchkommen mehr, uns wird untersagt, nach der hochschwangeren Bewohnerin zu sehen, keiner darf den abgesperrten Raum betreten, Platzverbote werden ausgesprochen. Bauarbeiter montieren unsere Briefkästen ab und tragen sie weg, während die BewohnerInnen der Häuser 826 und 827 aufgefordert werden, zügig ihre Habseligkeiten in die bereitstehenden LKW's zu räumen.

Den von uns angerufenen SympathisantInnen und UnterstützerInnen wird unterdessen von den draußen abgestellten Beamten der Zutritt zum Hof verwehrt, viele gehen wieder heim, ohne uns helfen zu können.

Wir bemerken um etwa 8.30 Uhr, dass die Strom- und Wasserversorgung des gesamten Geländes unterbrochen ist, dieser Zustand hält bis in die frühen Nachmittagsstunden an, in einigen Häusern auch länger.

VertreterInnen der Presse, drei Fernsehteams und ca. 30 SympathisantInnen, die sich durch diverse Tricks auf den Hof begeben konnten, finden sich auf dem wieder eröffneten militärischen Stützpunkt Michael Barrax ein. Unser Anwalt, der gegen 10 Uhr eintrifft, versucht, die Gerichtsvollzieherin davon zu überzeugen, dass der angedrohte Abriss des Hauses 827 wegen der noch aushängigen Verhandlung um die Gemeinschaftsräume des WAL (Verein Wohnen Arbeiten Leben e.V., über den sich die BewohnerInnen selbst verwalten) womöglich rechtswidrig ist. Bis etwa 14 Uhr werden wir in dem Glauben gelassen, Frau Kirchner sehe dies ein, die angestrengten Verhandlungen um die 827 erstrecken sich über mehrere Stunden.

Als der Rechtsanwalt der Gegenseite, Herr Arnoul, um 14 Uhr auf der bereits im regen Betrieb florierenden Baustelle eintrifft, zeigt er ein Urteil des Landgerichts vom 19.02.00 vor, welches bis heute, 10 Tage später, weder uns noch unserem Anwalt zugestellt worden ist. Daraufhin versucht die Vollstreckerin Kirchner vergeblich, den Wisch einem »Organwalter« des WAL zu überreichen und wählt dann den Weg in die Offensive, als sie den Titel in Vereinsräumlichkeiten niederlegen will. Dabei praktizieren sie und die beteiligten Polzeibeamten Sachbeschädigung, bei der vor dem Eingang deponierter Hausrat zu Bruch geht. Auch vor Hausfriedensbruch schrecken die gut gelaunten Einsatzkräfte nicht zurück, denn gegen das gestürmte Haus 829 besteht kein Vollstreckungstitel, es wird legal bewohnt und gemietet. Die BewohnerInnen nutzen ihr Hausrecht und versuchen, den Zutritt zu verweigern, indem sie sich vor den Eingang stellen, wobei sie maximal zu viert sind, weil die Exekutive mit mindestens 20 Mann sofort interveniert. Bei dem entstehenden Angriff auf die BewohnerInnen wird eine Frau zu Boden geworfen, geschlagen und am Kopf getreten. Ein Mann, der ihr zu Hilfe kommen will, wird verhaftet, weil der Prügelknabe simuliert, er habe ihn mit seinem Funkgerät auf den Kopf geschlagen. Der Helfer wird über acht Stunden festgehalten, auch er wird Opfer einer ED Maßnahme, darüber hinaus wird ihm sogar Blut abgenommen! Weitere Schikanen erfolgen durch einen Menschen, der sich als Mitarbeiter des Amtes für Staatsschutz vorstellt und Fotos macht, Leute anquatscht und ausfragt. Einem Bewohner des Hauses 834 wird eine Summe in Höhe von 500 Mark sowie sofortiger Ersatzwohnraum angeboten, wenn dieser seine Wohnung räumt. Die 834 ist das nächste Haus auf der schwarzen Liste der NH respektive des Projektleiters Kaleve, der offensichtlich keine Mittel scheut.

Während all dies passiert, decken Arbeiter mit weißen Schutzanzügen und Mundschutz das angeblich asbestverseuchte Dach des Hauses 826 ab. Weder die Sicherheitsvorkehrungen noch der Umgang mit den vorgeblich asbesthaltigen Schindeln entspricht den gesetzlichen Richtlinien.

Die BewohnerInnen des Hauses haben – wenn das Argument Asbestverseuchung faktisch richtig ist – jahrelang in kontaminierten Räumlichkeiten gelebt, was keinen der Entscheidungsträger je interessiert hätte. Jetzt, wo ein schneller Abriss wegen »Gesundheitsgefährdung« gerechtfertigt werden soll, sind diejenigen sehr besorgt um uns, die jahrelang Miete für die verseuchten Räume kassiert haben und denen es nichts ausmacht, eine Hochschwangere und eine Mutter mit Kleinkind aus ihren Wohnungen zu vertreiben und durch den Abriss zweier Häuser fast zehn Menschen obdachlos zu machen. Nachdem die Dachschindeln dilettantisch entfernt worden sind, erscheint eine Sondereinheit aus etwa 20 Beamten im Kampfanzug, die sich demonstrativ in einer Kette um den Bauzaun postieren. Obwohl wir der Räumungsfetischistin Kirchner einen schriftlichen Einspruch unseres RA gegen das Urteil des LG vorlegen, ignoriert diese die Tatsache und schafft Fakten, indem sie den Abriss beider Häuser genehmigt. Um ca. 17 Uhr beginnen die Bauarbeiter, die Häuser zu zerstören, die Bagger fressen sich durch die über 70 Jahre alten Gemäuer, die nach einem Gutachten von 1993 als »denkmalschutzwürdig« erachtet wurden.●

Platanenhof Michael Barracks Foto: WAL e.V.

UNSERE BILANZ:

Das brutale Vorgehen der Entscheidungsträger aus KEG und NH und deren Vollstrecker am 29.02. hat uns und der Stadt Frankfurt folgende Konsequenzen gebracht:

- durch den Abriss zweier Häuser haben acht Erwachsene und zwei Kinder (eines noch ungeboren)ihre Wohnungen verloren und sind vorerst obdachlos,
- den Verlust der Gemeinschaft, zu der die BewohnerInnen der beiden Häuser zusammengewachsen sind,
- die Zerstörung eines selbstbestimmten Lebensraumes, in dem in den letzten Jahren Lernprozesse stattfinden konnten, die in der anonymisierten Mainstream-Gesellschaft unmöglich wären und in die auch die BewohnerInnen der Nachbarschaft involviert sind,
- die Zerschlagung einer Gemeinschaft, die sich momentan aus Menschen zusammensetzt, die durch ihre existenzielle Bedrohung extremen psychischen Belastungen ausgesetzt sind,
- eine katastrophale Wohn- Lebens- und Arbeitssituation, die von der permanenten Präsenz der Bauarbeiter und ihrer Gerätschaften auf unserem Hof, der jetzt zur Dauerbaustelle mutiert ist, geprägt ist,
- eine erhebliche Beschränkung der freien Entfaltung und der Entwicklung der Kinder und Erwachsenen, die u. a. durch den Geräuschpegel der Baustelle, die von den frühen Morgen- bis in die späten Nachtstunden in Betrieb ist, die Einzäunung unseres Hofes und die mutwillige Zerstörung des Kinderspielplatzes ausgelöst wird,
- die Vernichtung unserer Perspektiven, in deren Umsetzung wir viel Zeit und Geld investiert haben und die wir nun teilweise aufgeben müssen,
- die Gefährdung der unter Naturschutz stehenden, sehr alten Platanen, über deren Wurzeln jetzt die Bagger rollen,
- zwei Anzeigen und zwei Festnahmen,
- Sachbeschädigung am Eigentum der BewohnerInnen,
- die Reduktion kultureller, integrativer und sozialer Initiativen und Angebote für die Stadt Frankfurt,
- und viele persönliche Konsequenzen mehr.

...trotz alledem... – wir machen weiter!!!

Wir sehen nicht ein, dass unsere Häuser zerstört und unser soziales und kulturelles Leben reduziert und vernichtet wird, während die NH offen zugibt, dass mit den Neubauten erst im Sommer 2000 begonnen wird. Nach Aussagen des Projektleiters Kaleve wurden die Häuser bereits jetzt abgerissen, »um zu verhindern, dass es wieder zu einer Besetzung kommt« (und somit der zivile Ungehorsam ein Ende hat!). Um uns klar zu positionieren und unsere Empörung und unseren Protest zu bekunden, planen wir für die nächsten Tage und Wochen einige Aktionen in Frankfurt.

Am Mi., den 01.03.00 haben wir einen spontanen Demonstrationszug durch die Innenstadt Frankfurts initiiert, unser Ziel war das Stadtparlament, vor dem sich die etwa 20 DemonstrantInnen versammelt haben. Dabei wurden Flugblätter verteilt, Musik gehört und Unterschriftenlisten herumgereicht.

Am Do., den 02.03.00 ab 21 Uhr: Filmvorführung in der »Galerie auf Zeit«, die auch vom Abriss bedroht ist.

Am Fr., 03.03.00 veranstalten wir einen Session- und Partyabend.

Am Sa., 04.03.00 um 14 Uhr findet das dritte Projektverbindungstreffen statt, diesmal bei »ProWoKultA«, Am Ulmenrück 7, Frankfurter Berg. Eingeladen sind alle, die sich nicht weiterhin nur auf ihr Projekt und ihre Gruppe beschränken wollen und den Austausch mit VertreterInnen anderer Projekte suchen. Abends knüpfen wir mit einer After Hour in den Barrax an die Party in Wetzlar an.

Am So., 05.03.00 ab 14 Uhr weihen wir unsere »Internationale Begegnungsstätte für kulturellen Austausch und Völkerverständigung« offiziell ein und veranstalten einen Tag der offenen Tür. Involvierte (und bedrohte) Projekte:

- Internet-Cafe, welches im Haus 827 eingerichtet wurde und das nun in Trümmern liegt. Wir versuchen, Ausweichmöglichkeiten zu finden.
- Musikkindergarten für Groß & Klein

Am Fr., 17.03.00 ab 20 Uhr gibt's bei uns ein Soli Konzert zur Unterstützung des Häuserkampfes mit 6 Punkbands: UNTERGANGSKOMMANDO, PMS, NAFI, JUDÄISCHE VOLKSFRONT, BUBONIX UND BLUTSÄGE DES TODES. Pogo gegen den Abriss in der Monsterbar, Michael Barrax, Josef-Fenzl oder Elsenborner Str. 2, 65929 Frankfurt-Höchst, Tel: (0 69) 34 05 84 84.
Am Sa., 25.03.00 ab 20 Uhr großes Festival in den Michael Barrax.

Es wurden schon genug selbstbestimmte Lebensräume, AZ's und alternative (Kultur)Projekte zerstört und zerschlagen, wir wollen nicht weiterhin ohnmächtig und tatenlos zusehen, wie nun auch die MBX einem Spekulationsobjekt zum Opfer fallen! Wir streben ein Bündnis zwischen den, von dieser Entwicklung betroffenen, Projekten an und bitten alle Menschen, die ebenfalls denken, dass hier Kultur zum Wohle wirtschaftlicher Interessen vernichtet wird (bedenke des Infoladens/der Südanlage 20 in Gießen, der Köpi in Berlin, des AZ Heidelberg, des Wagenplatzes K18 in Kassel u. v. a. m.) um Unterstützung in Form von Solidaritätskundgebungen, Aktionen oder indem ihr uns besucht, unsere Infoblätter weiterleitet und verteilt, unsere Unterschriftenlisten unterschreibt, über die Situation sprecht etc. pp.

ZUSAMMEN KÄMPFEN GEGEN DIE REDUKTION AUTONOMER SOZIALER UND KULTURELLER ORGANISATIONSFORMEN und FÜR DEN ERHALT SELBSTBESTIMMTER LEBENSRÄUME !!

eMail: MBarrax@aol.com, MBX@freenet.de oder MBX-Newzletter@gmx●

CHRONOLOGIE

Die Michael Barrax als Projektgelände existieren seit 1993, gebaut 1928. Ein idyllischer, platanenbestandener Hof mit einer langen militärischen Geschichte.
Neun Häuser, die von 70 Menschen in Selbstverwaltung belebt werden.
1998: die Barrax werden von der Spekulationsfirma KEG gekauft. Der Chef dieses Ladens fängt an, die Bewohner unter Druck zu setzen. Er behauptet, dass sich die Bewohner schadenersatzpflichtig machen, wenn sie nicht sofort ausziehen.
1999: mittlerweile ist eine Prozesslawine über unserem Hof niedergegangen. Einige Verfahren sind verloren, andere in Berufung, aber nur ein Mensch wirklich herausgeklagt! Für einen der Beklagten haben wir am 30.9.99 9.000,-DM (!) am Landgericht Frankfurt hinterlegt – Sicherheitsleistung zur Abwendung der Vollstreckung. Soweit wir wissen, ist die Vollstreckung des Urteils damit bis zum Ende der Berufungsverhandlung (Beginn im November 2000!) ausgesetzt.
10.12.99: Die KEG (s.o.) hat am 6.12. ebenfalls 9 Mille hinterlegt und kommt mit Gerichtsvollzieherin Kirchner und Baufirma Seippel auf den Hof, um den Bewohner zu räumen. Dabei wird brachiale Gewalt angewendet. Nachdem die Chefin der Fa. Seippel die Bauarbeiter wörtlich auffordert, »alles kaputt zu schlagen« zerstören diese Wandvertäfelungen, schlagen Fenster ein, reißen Deckenverkleidungen heraus, – kurz, versuchen, das Dachgeschoss unbewohnbar zu machen.
Zum Glück hat Fred ein paar gute Freunde zu Besuch, die die Herren Bauarbeiter dann freundlich vor die Tür beten. Die von der KEG dazu geholten Bullen sind ebenfalls der Meinung, dass der Titel der Gerichtsvollzieherin vielleicht zur Räumung, aber nicht zur Zerstörung des Hauses berechtigt, worauf KEG, Gerichtsvollzieherin & Bautrupp den Hof wieder verlassen.
Der nächste Räumungstrupp wird wohl noch diese Woche erwartet und die Wahrscheinlichkeit, dass die Cops die Sache im 100-Mann-Format anders sehen, ist groß.
Am 13.12. erfolgt die nächste Attacke. Herr Weisenborn von der KEG begibt sich mit Mitarbeitern der Mainkraftwerke (MKW) auf den Hof der Michael Barrax, um den Strom für das besagte Haus abzuschalten. Als die Angestellten der MKW sich wegen der unklaren juristischen Situation weigern, der Anordnung Weisenborns nachzukommen, zerstört dieser schlicht eigenhändig den Verteilerkasten. Dabei unterläuft ihm der Fehler, die Stromversorgung für das benachbarte Haus zu kappen, welches von zwei Bewohnern legal gemietet wird, unter denen sich eine schwangere Frau befindet.

Da die Heizung mit elektrischen Pumpen betrieben wird, sitzen die beiden Mieter jetzt nicht nur im Dunkeln, sondern werden durch das unverantwortliche Verhalten der KEG auch gesundheitlichen Gefahren durch Unterkühlung ausgesetzt. Dies ist juristisch als Nötigung zu verstehen und wird zur Anzeige gebracht.
Weil es der KEG auf dem rechtlichen Weg zu lange dauert, versucht sie, nach Spekulantenmanier, die Mieter aus den Häusern zu ekeln und greift dabei zu drastischen Mitteln, die unserer Meinung nach rechtswidrig sind.

Darstellung der BewohnerInnen, Ende Dezember 1999

DER FALL LEONARD PELTIER – EIN KURZER ABRISS

Justizskandal made in USA

Justizskandale haben in den Vereinigten Staaten Tradition, und sie hängen eng mit der Vernichtung politischer GegnerInnen zusammen – von Sacco und Vanzetti bis Mumia Abu-Jamal. Der Fall Leonard Peltier ist ein »Paradebeispiel« dafür, wie staatliche Behörden – von Polizei, FBI bis zu Gerichten, gedeckt von Ministern und Präsidenten bereit sind unliebsamen Personen das Leben zu nehmen, ob ermordet oder lebenslänglich hinter Gitter gesperrt. Ein Land, welches sich weltweit als Hüter von Demokratie und Freiheit aufführt, ist unfähig im eigenen Land dies zu garantieren.

Jochen Knoblauch, Berlin ● Der ganze Fall Leonard Peltier ist wesentlich komplizierter und umfangreicher als er hier dargestellt werden könnte. *Peter Matthiessen* hat in seinem über sechshundertseitigen Buch »In the Spirit of Crazy Horse: The Story of Leonard Peltier and the FBI's War on the American Indian Movement« dies sehr ausführlich getan. Zu dem Thema steht auch einiges in dem Buch von Leonard Peltier: »Mein Leben ist ein Sonnentanz« (siehe Kasten).

Leonard Peltier schließt sich 1972 dem AIM (American Indian Movement) an. AIM setzt sich für die IndianerInnen ein, die ihre Rechte einfordern und/oder sich der traditionellen indianischen Lebensweise verschrieben haben. Im Pine Ridge Reservat in South Dakota werden Uranvorkommen entdeckt, und gegen die indianische Bevölkerung wird ein Vernichtungsfeldzug begonnen, um sie zu vertreiben. Selbst Indianer lassen sich kaufen um gegen die eigenen Stammesleute vorzugehen.

AIM organisiert praktische Hilfe, Protestmärsche, Besetzungen. 1975 wird AIM von den Ältesten der Pine Ridge -Reservation um Hilfe gebeten. Der Terror gegen traditionelle IndianerInnen wird zunehmend erdrückender. Zahlreiche Morde werden nicht aufgeklärt. FBI, Stammespolizei und sog. GOONs (bezahlte Bürgerwehr bestehend aus Indianern und Weiße im Dienste kapitalistischer Interessen) errichten eine Schreckensherrschaft, die bis heute nicht aufgeklärt worden ist. Leonard Peltier und FreundInnen errichteten auf dem Besitz der Familie Jumping Bulls eine Zeltstadt, um dieses ältere Ehepaar gegen Übergriffe zu beschützen.

Unter dem Vorwand einen roten Truck mit einem Dieb zu verfolgen, stürmen zwei FBI-Agenten auf das Grundstück, eröffnen ohne jegliche Vorwarnung das Feuer. Zwischen den nicht erkennbaren FBI-Leuten und den AIM-AnhängerInnen entbrennt ein Feuergefecht. In kürzester Zeit umzingeln weitere FBI-Agenten, US-Marshalls, GONNs, und BIA-Polizisten (vom Staat eingesetzte Stammespolizei) das Gelände. Die beiden FBI-Agenten und einer der Verteidiger kommen zu Tode. Leonard Peltier gelingt es Frauen und Kinder von dem Gelände in Sicherheit zu bringen. Es beginnt eine Jagd auf sie und weiterer Terror gegen die TraditionalistInnen.

Peltier nimmt im August heimlich am Sonnentanz teil, der für ihn zu einem spirituellen Erlebnis wird. Es gelingt ihm nach Kanada zu fliehen. Das Auto von Rob Robideau, einem weiteren AIM-Flüchtling, explodiert. Im Wagen wird ein verkohltes AR-15-Gewehr gefunden, welches angeblich die Mordwaffe sein soll und obendrein Leonard Peltier gehören soll. Obwohl dies der Hauptbeweis sein sollte, wurden Jahre später Laborberichte bekannt, die jene Waffe als Mordwaffe ausschliessen.

Am 6. Februar 1976 wird Peltier in Kanada verhaftet. Das FBI präsentiert eine indianische Frau, die als Zeugin gegen Peltier aussagt und angeblich seine Freundin sei, später berichtet sie, dass sie zu dieser Aussage gezwungen wurde. Kanada liefert daraufhin aus. Heute setzen sich kanadische Behörden dafür ein, dass Leonard Peltier zurück nach Kanada überstellt wird, wegen falscher Beweismittel, die zur damaligen Auslieferung führten.

Am 16. März 1977 beginnt in Fargo, North Dakota der Prozess gegen ihn wegen zweifachen Mordes. Beweise werden gefälscht, Aussagen erzwungen, entlastendes Material vorenthalten und die nur aus Weißen

Lithografie von Ölmalereien Leonard Peltiers werden zugunsten ärtzlicher Versorgung und Prozeßkosten verkauft

bestehende Jury sprechen ihn schuldig. Das Gericht verhängt die Strafe von zweimal Lebenslänglich. All das schien den Behörden aber nicht zu reichen. Peltier wird kurzfristig von der Anstalt Leavenworth in das Hochsicherheitsgefängnis Marion, Illinois verlegt. Hier erzählt ihm ein Indianer von einem Mordkomplott gegen ihn, und während der Supreme Court eine Wiederaufnahme seines Verfahrens am 5. März 1979 ablehnt, wird Peltier erneut verlegt. Aus Angst vor dem Mordkomplott unternimmt Peltier einen Fluchtversuch, der ihm weitere 7 Jahre Haft einbringt.

Der selbe Richter, der Peltier zu zweimal Lebenslänglich verurteilte, war auch derjenige, der 1985 das Gesuch auf einen Revisionsprozess ablehnte, obwohl der damalige Ankläger inzwischen öffentlich erklärte, dass niemand wisse, wer die FBI-Leute getötet hätte. 1986 wird das Urteil erneut bestätigt, obwohl das Gericht ein Fehlverhalten des FBI einräumt. Derselbe Richter, der dieses Schandurteil bestätigte, schreibt 1991 nach seiner Pensionierung einen Brief an den Präsidenten der USA, in dem er die Begnadigung Peltiers erbittet, und Beweise für ungesetzliche Handlungen von FBI und andere staatliche Behörden vorlegt. Und schon wieder derselbe Richter, der 1977 Peltier verurteilte, ist zuständig für ein erneutes Wiederaufnahmeverfahren und lehnt es am 30. Dezember 1991 ab.

Auch 1992 und 93 werden Anträge gestellt und abgelehnt, obwohl immer wieder neue Enlastungsbeweise auftauchen. 1996 wird auch ein Gesuch auf Entlassung auf Bewährung abgelehnt, er soll es im Jahre 2008 noch mal probieren. Inzwischen verschlimmert sich der Gesundheitszustand von Leonard Peltier. Seit seiner Kindheit hat er ein Kieferleiden. Bei einer Operation in einem Knastkrankenhaus stirbt er fast. Inzwischen hat sich sein Zustand verschlechtert, er kann kaum noch feste Nahrung zu sich nehmen. Die Behörden verweigern ihm eine dringende Operation, für die sich die Mayo-Clinic bereit erklärte. Seit 1998 liegt ein Gnadengesuch bei der Generalstaatsanwaltschaft, die seitdem nichts von sich hat hören lassen.●

Zur Unterstützung Leonard Peltier in Sachen seiner ärztlichen Versorgung:
Forderung nach freier Wahl der Behandlung.
Vollzugsanstalt Tel.: 001-913-682 87 00
Gefängnisbehörde Tel.: 001-202-307 31 98
Fax: 001-202-514 68 78

Weiterhin können sich UnterstützerInnen auch per Post an das Leonard Peltier Defense Committee wenden:
P.O.Box 583, Lawrence, KS 660 44 USA
e-mail: lpdc@idir.net

Eine deutschsprachige Site vom »Peltier-Defence-Comitee«:
www.humanrights.de/u/usa/lpdc/index_d.html

Freiheit für Leonard Peltier (US-Häftling Nr. 89637-132)

Eine Botschaft an die Menschheit

Dass Winnetou ebenso viel mit Indianern zu tun hat, wie im vorliegenden Fall die Gerechtigkeit mit der US-amerikanischen Justiz, pfeifen die Spatzen von den Dächern. In den 70er Jahren gab es spektakuläre Aktionen von IndianerInnen, die ihre Rechte einforderten. Bei bürgerkriegsähnlichen Zuständen kam es zu vielen Toten, deren Fälle bis heute nicht aufgeklärt worden sind. Repressionen jeder Art, die an Methoden von Diktaturen erinnerten, bestimmten viele Indianer-Reservate jener Zeit, und das schlimmste – die Zeit ließ einige der Opfer fast in Vergessenheit geraten, wie z.B. Leonard Peltier.

Um so erfreulicher war es, als mir das Buch »Mein Leben ist mein Sonnentanz« von Leonard Peltier ins Auge sprang und plötzlich die Ereignisse der 70er Jahre in Erinnerung brachte, an denen sich leider bis heute nur zu wenig geändert hat.

Dieses Buch erschüttert in vieler Hinsicht. Nicht nur die persönliche Geschichte Leonard Peltiers, wie er aufwuchs, politisiert wurde und die umstrittenen Ereignisse des 26. Juni 1975, für die er seit 1976 unschuldig inhaftiert ist, sondern auch der ungebrochene Geist Peltiers, sein Glaube an das Gute im Menschen und an die menschliche Fähigkeit in Frieden miteinander leben zu können. Sein Kampf ist längst nicht mehr ein Kampf um seine Person, und um seine private Gerechtigkeit, es ist ein Kampf um Menschenrechte.

Während sich für den indianischen Bürgerrechtler Peltier namhafte Personen, wie Desmond Tutu, Denis Banks oder der ehemalige Generalstaatsanwalt der USA Ramsey Clark, sowie rund 25 Millionen Menschen weltweit einsetzen, ruft er selbst aus dem Gefängnis heraus zur Unterstützung z.B. von Mumia Abu-Jamal auf, der mit dem Tode bedroht ist, und ebenfalls in Haft sitzt. Oder er unterstützt die mexikanische Chiapas-Bewegung, und natürlich kämpft er auch gegen den Alkoholismus und die Arbeitslosigkeit bei seinen StammesgenossInnen.

Das Buch zeugt von einer unendlichen Kraft und einem starken Willen. Leonard Peltier sieht sich in der Nachfolge eines Mahatma Gandhi oder eines Nelson Mandelas, ohne sich mit ihnen zu vergleichen – ein gewaltloser Krieger im Herzen der Bestie.

Was einigen westeuropäischen Linken Zahnschmerzen bereiten wird, ist seine Spiritualität, sein Glaube an sein »Volk«, d.h. an seine indianische Identität. Es geht ihm zu allererst um Gerechtigkeit, in einem Land, welches seine Leute seit über 200 Jahren mit Versprechungen abspeist, und sie ständig damit beschäftigt, einen Kampf gegen den systematischen Versuch der Ausrottung führen zu müssen.

Sein Glaube an die indianische Tradition und an indianische Werte geben ihm Kraft politisch weiterhin aktiv zu sein, und das eben nicht nur in eigener Sache. Der Sonnentanz, ein spirituelles Ritual, welches bei verschiedenen Stämmen unterschiedlich gehandhabt wird, ist bei den Lakota-Sioux ein mit Schmerz verbundenes Ritual, welches Peltier kurz vor seiner Verhaftung noch durchgeführt hat. Diese Schmerzen setzten sich in seinem Leben, seinem Schicksal in anderer Form fort. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass er beim Sonnentanz sich den Schmerzen freiwillig aussetzt, während in 23 Jahre Haft ihm Schmerzen zugefügt wurden, um die er nicht gebeten hat. Diese Schmerzen werden im Buch nachvollziehbar. Und sie machen traurig und wütend, und beschämen einen, wenn Leonard Peltier sich bei den LeserInnen bedankt, dass sie sich die Zeit nehmen dieses Buch zu lesen. Es wäre wünschenswert, dass dieses Buch eine weite Verbreitung findet, und als Ergebnis dessen er bald seine Freiheit erlangen kann. Die sichtbaren wie die unsichtbaren Narben werden wohl nie verheilen.

Peltiers Menschlichkeit steht einem Machtapparat gegenüber, dessen kapitalistische, und inhumane Fassade bloß gelegt werden muss. Ihn frei zu bekommen hieße ein Stück Gerechtigkeit zu einem Sieg zu verhelfen.●

Jochen Knoblauch

Leonard Peltier: Mein Leben ist mein Sonnentanz. Verlag Zweitausendeins, Frankfurt/M. 1999, 299 Seiten, 25,– DM.

Kriegsgefangene und politische Gefangene in den USA rufen auf:

Rettet Mumia Abu-Jamal!

Wir sind Kriegsgefangene (Prisoners of Wars, POWs) und politische Gefangene (Political Prisoners, PPs) in den Vereinigten Staaten. Wir sind wegen verschiedener Aktivitäten inhaftiert: Kampf gegen weiße Herrschaft und Kolonialismus, Opposition gegen eine Ökonomie weltweiter Ausbeutung und Unterdrückung, für Aktivitäten gegen Sexismus und Diskriminierung, eine generelle Gegnerschaft zu den vielen Unterdrückungs- und Ausgrenzungsformen dieser Gesellschaft. Wir stehen für die Selbstbestimmung aller unterdrückten Völker, gegen Rassismus, für die Frauenbewegung (Gleichberechtigung), für eine Wirtschaftsform, in der menschliche Bedürfnisse und nicht die Raffgier der Wirtschaftskonglomorate im Mittelpunkt stehen.

Der Grund für diese einzigartige gemeinsame Erklärung ist die akute Situation unseres Genossen Mumia Abu-Jamal. Sein juristischer Kampf wird nun in den Bundesgerichten ausgetragen, seiner letzten Kampfarena, und könnte innerhalb Monaten beendet sein. Obwohl die Beweise seiner Unschuld überwältigend sind, wurden die meisten von den Gerichten nicht zugelassen.

Viele von euch haben (begrüßenswerterweise) hart daran gearbeitet, Mumias Leben zu retten. Ohne eure Arbeit hätte der Staat ihn wahrscheinlich schon längst hingerichtet. Wir müssen euch jedoch auf die Dringlichkeit seiner Lage hinweisen. Ein Maß für die Wichtigkeit dieses Falles ist die neuerliche Verleumdung Mumias im Nachrichtenprogramm »20/20« der Fernsehgesellschaft ABC und im Magazin »Vanity Fair«. Die Polizeigewerkschaft »Fraternal Order of Police« (FOP), das reaktionäre Strafrechtssystem und die Medienanstalten sind entschlossen, diesen redegewaltigen und mutigen Bruder hinzurichten. Es bedarf einer entschlossenen und starken Solidaritätsbewegung, um diese Mordpläne zu vereiteln.

Die Dringlichkeit besteht nicht nur, weil sein Leben

bedroht ist, sondern auch wegen der Auswirkungen auf politische und soziale Bewegungen. Mumia ist eine außerordentlich wortgewaltige und machtvolle »Stimme der Stimmlosen« (»Voice of the Voiceless«). Er hat mit Reden und Texten zu den mehr als 3.000 Menschen in den Todestrakten der USA, über die grundsätzliche Fehlerhaftigkeit des Justizsystems und die Ursprünge von Rassismus und Ungerechtigkeit aufgeklärt.

Wir fordern dazu auf, dass die ganze Bandbreite von AktivistInnen und Bürgerrechtsgruppen, in den kommenden Monaten Mumias Fall zu ihrem Hauptanliegen, zu ihrem Hauptfall macht. Eine solche Fokussierung auf Mumia würde keineswegs den Verzicht auf andere politische Arbeit und Kampagnen bedeuten.

Mumias Fall kann allgemein als ein mächtiges Werkzeug dienen, um die Todesstrafe, das Vorhandensein politischer Gefangener und POWs, das Justizsystem, Rassismus und Ungerechtigkeit zu thematisieren. Er kann als konkretes Beispiel für diese bedeutenden Probleme dienen und mehr Aufmerksamkeit auf die Bereiche lenken.

Gleichzeitig rufen wir alle Menschen, die für Recht und soziale Gerechtigkeit kämpfen, auf, für Mumia zu mobilisieren.

Freiheit für Mumia!
Abschaffung der Todesstrafe!

Unterzeichnende:
Herman Bell · David Gilbert · Abdul Majid · Veronza Bowers · Juan Segarra Palmer · Jihad Abdul Mumit · Marilyn Buck · Dr. Mutulu Shakur · Jaan Laaman · Tom Manning · Richard Williams · Ray Luc Levasseur · Linda Evans · Edward Goodman · Africa · Sundiata Acoli · Chuckie Africa · Phil Africa · Teddy Jah Heath · Larry W. Giddings · Robert Seth Hayes · Russell Maroon Shoats · Yu Kikumura · Leonard Peltier · Debbie Africa · Janine Africa · Janet Africa · Bill Dunne · Jalil Muntaqim (Anthony Bottom) · Albert Nuh Washington

GRÜNE BUNDESDELEGIERTENKONFERENZ IN KARLSRUHE:

Internationaler Solifonds stillgelegt

»Der internationale Solidaritätsfonds (ISF) wird für das Jahr 2000 ausgesetzt. Der Bundesvorstand setzt eine Arbeitsgruppe ein, die den Auftrag hat bis zum 30.10.2000 der Bundesdelegiertenkonferenz ein Konzept vorzulegen, wie entwicklungspolitische Basisarbeit weiterhin unterstützt werden kann. ...« So der Wortlaut des Parteitagsbeschlusses.

Foto: JOKER/Lutz Schmidt

Redaktion Heidelberg ● In einer Presseerklärung kritisiert der »Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen« (BUKO) die Entscheidung der grünen Bundesdelegiertenkonferenz: »Mit der Stilllegung des Internationalen Solidaritätsfonds (ISF) für ein Jahr hat die Grüne Partei nach Auffassung des BUKO's als Dachverband von über 200 Dritte-Welt-Organisationen der Solidaritätsarbeit eine klare Abfuhr erteilt. Der BUKO fordert die Grünen auf, die Entscheidung der Bundesdelegiertenkonferenz zu revidieren.

Der Internationale Solidaritätsfonds der Grünen unterstützte jährlich mit 300.000 DM Dritte-Welt Gruppen in der BRD und emanzipatorische Bewegungen in der sogenannten 3.Welt. Für die Nord-Süd-Bewegung und unzählige kleine Basisorganisationen geht nun ein wichtiger, unbürokratisch arbeitender Fonds verloren. Den Partnerorganisationen aus anderen Kontinenten fehlt nun eine politisch relevante Adresse in Europa, die bisher eine unkonventionelle Förderung von emanzipatorischen Aktivitäten anbieten konnte. Kein anderes Förderinstrument kann die Arbeit des Solidaritätsfonds ersetzen.

Die frei werdenden Mittel sollen nicht für andere internationalistische und entwicklungspolitische Aktivitäten eingesetzt werden, sondern zur Deckung des allgemeinen Defizits der grünen Partei.

Mit dieser Entscheidung schneiden sich die Grünen ins eigene Fleisch und entwickeln sich zu einer beliebigen Partei der Mitte.«

Zur Geschichte des Solifonds

Im Jahr 1984 beschlossen die Grünen, die Erhöhung der Wahlkampfkostenrückerstattung anlässlich der Europawahlen nicht der Parteikasse zufließen zu lassen, sondern daraus einen Fonds für die Dritte-Welt-Arbeit einzurichten. Dies war die Geburtsstunde des Internationalen Solidaritätsfonds der Grünen, kurz Solifonds genannt. Die Wahlkampfkostenerstattung zu den damaligen Europaparlamentswahlen ergab über fünf Millionen DM.

Aus den Zinsen dieses Vermögens sollten Gruppen in der Dritten Welt und internationalistische Gruppen und Nichtregierungsorganisationen hier, die sich für gesellschaftliche Emanzipation und Befreiung von Unterdrükkung und Ausbeutung einsetzen, unterstützt werden. Das geschah auch ein paar Jahre lang. Dann war das Vermögen weg.

Die Partei hatte ganz diskret ihr Wahlkampfgeschenk an die »Bewegung« eingesackt und zum Kauf einer Immobilie, des ersten nationalen Parteisitzes, Haus Wittgenstein bei Bonn, benützt.

Auch in den Folgejahren haben Löcher im Haushalt des Bundesverbandes in schöner Regelmässigkeit zu dem Ansinnen geführt, sie mit den Mitteln des ISF stopfen zu wollen. Von Jahr zu Jahr wurde es für den ISF und seine FreundInnen innerhalb und ausserhalb der Grünen immer schwieriger, klar zu machen, dass mit der vielfältigen Ausstrahlung des ISF in die internationalistische Szene und in das entwicklungspolitische Spektrum hinein der Partei mehr gedient ist, als mit notdürftigem Flickwerk am Haushalt des Bundesverbandes, der chronisch an Schwindsucht leidet.

Im vergangenen Sommer war es dann wieder soweit: überteuerte Parteitage und ein weit über die Kostenvoranschläge hinausgehender Bedarf für den neuen Parteisitz in Berlin, sowie die anhaltenden Wahlniederlagen, die sich in geringeren Zuschüssen und Spenden niederschlugen, hatten ein neuerliches Loch in die Kasse des Bundeshaushaltes gerissen.

Seither geht der Streit darum, ob der ISF mal wieder für Verluste gerade stehen soll, die er nicht verursacht.

Zur ehemaligen Arbeit des Solifonds

Der Solifonds unterstützte bis zum Sommer 1999 sowohl die Arbeit der Nord-Süd-Bewegung hier als auch politische Projekte der sozialen Bewegungen in den Ländern des Südens – wie auch friedens- und umweltpolitische und antirassistische Aktivitäten und die Arbeit unabhängiger Initiativen in Osteuropa. Die Mittel wurden von einem gewählten Vergaberat bewilligt, dem VertreterInnen aus den sechzehn Landesverbänden der Partei, aus dem Bundesvorstand, der Bundestags- und der Europafraktion angehörten. Bewertet wurden die Anträge aus dem In- und Ausland nach ihrer politischen Bedeutung. Die hohe Zahl sinnvoller Anträge führte ständig dazu, dass die beantragten Fördermittel nur zu einem Teil bewilligt werden können.

Die ursprünglich über 5 Millionen DM, die dem Fonds aus der Erhöhung der Wahlkampfkostenrückerstattung zuflossen, wurden ihm allerdings nie als Vergabemittel zur Verfügung gestellt. Diese Summe verblieb bei der Bundespartei. Zuerst wurden die jährlichen Zinserträge vergeben. Später wurde dem Solifonds ein fester Titel im Haushalt der Bundespartei eingerichtet.

Dieser betrug die letzten Jahre DM 300.000, wenn nicht Kürzungen vorgenommen wurden. Im Jahr 1995 beschloss die Bundesdelegiertenkonferenz in Bremen, den Solifonds in die Satzung der Partei aufzunehmen.

4 Millionen DM vergeben

In den mehr als 14 Jahren seines Bestehens hat der Solifonds 2.807 Anträge entgegen genommen. Etwa die Hälfte davon wurden positiv beschieden. Für die 1.541 bewilligten Vorhaben in den Ländern der Dritten Welt, Osteuropas und in der Bundesrepublik wurde insgesamt eine Summe von 3.948.000 DM vergeben; im Durchschnitt ca. 2.500 DM/ Projekt. Ca. 85% der Bewilligungen sind für Aktivitäten hier bei uns. Zu 30% geht es dabei allgemein um internationalistische Themen, zu 70% um länderspezifische, friedens- und umweltpolitische und antirassistische Aktivitäten.

Klein und groß

Struggles of Students (S.O.S.) erhielten ein paar Hundert DM, um »urgent actions« für verfolgte StudentInnen in Kamerun machen zu können. Die Kampagnen 1988 gegen den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank und 1999 zum Weltwirtschaftsgipfel in Köln unterstützte der Solifonds mit jeweils über 50.000 DM.

In der Dritten Welt und hier

Für die Besetzung von Ländereien mit über der gesetzlichen Höchstgrenze liegenden Flächen erhielt die Demokratische Bauernallianz in El Salvador 5.000 DM, während die bundesweite Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen mit 6.000 DM unterstützt wurde.

Basisbewegungen und Nichtregierungsorganisationen

Der Solifonds hat das Arbeiterinnen-Solidaritätsforum Surakarta in Indonesien mit Mitteln für Trainingsseminare gefördert und unterstützt seit einigen Jahren WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung) bei der Herausgabe des Schuldenreports.●

Weitere Informationen bei:
Internationaler Solidaritätsfonds, Bündnis 90/Die Grünen, Postfach 040609, D-10063 Berlin, Tel./Fax (02 21) 24 93 94
E-Mail: isf-umb@t-online.de

HAMBURGER RUNDSCHAU:

Belegschaftsübernahme?

Die Deutsche Journalisten-Union (DJU) in der Hamburger IG Medien und der Deutsche Journalistenverband Hamburg (DJV) verfolgen mit großer Sorge die Entwicklung um die »Hamburger Rundschau« (HR). Denn dem Blatt, das vor fast 20 Jahren als kritisches Lokalzeitungsprojekt in der Hansestadt begann, droht nun die stillschweigende Abwicklung, hieß es in einer gemeinsame Erklärung der Gewerkschaften.

Redaktion Heidelberg ● Die wechselnden Inhaber hätten es bislang nicht vermocht, die Wochenzeitung auf eine sichere Existenzgrundlage zu stellen. Die Belegschaft hat den derzeitigen Verlegern Hans Barlach und Josef Depenbrock deshalb das Angebot gemacht, die »Hamburger Rundschau« zu übernehmen und in eigener Regie fortzuführen.

Sprecher von DJU/IG Medien und DJV begrüßten den Versuch der HR-Beschäftigten, ihr Blatt zu retten. Sie forderten die Verleger Depenbrock und Barlach auf, die Existenz der Hamburger Rundschau zu sichern und in diesem Zusammenhang das Verhandlungsangebot der HR-Belegschaft anzunehmen. »Der Markt für eine unabhängige, kritische lokale Wochenzeitung ist in Hamburg vorhanden«, heißt es in der gemeinsamen Erklärung der Journalistenorganisationen. Dass es bisher am verlegerischen Erfolg mangelte, diesen Markt auch zu erschließen, dürfe jetzt nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Die beiden Verlagsgesellschafter hatten in den zurückliegenden Wochen dem überwiegenden Teil der Angestellten der HR gekündigt.

Als pikant werten DJU/IG Medien und DJV in diesem Zusammenhang, dass HR-Verleger Barlach seit einigen Monaten auch einer der Verleger der »Hamburger Morgenpost« ist und Josef Depenbrock seit dem 1. März deren amtierender Chefredakteur. »Der demonstrierte Umgang mit der HR und ihren Mitarbeitern sei nicht gerade die beste Empfehlung für die notwendige, langfristige Sicherung der 'Hamburger Morgenpost'«, heißt es dazu in der Gewerkschaftserklärung. Ihren Beteuerungen, die Pressevielfalt in Hamburg erhalten zu wollen, sollten die HR-Verleger deshalb zumindest auch dadurch Taten folgen lassen, dass sie die Verantwortung für die »Hamburger Rundschau« wieder in die Hände der Verlags- und Redaktionsangestellten legen.●

Anzeige

«Räder müssen rollen für den Sieg».
Zwangsarbeit im «Dritten Reich»

Dieses Buch gibt einen Überblick über Formen, Ausmaß und Verlauf des Zwangsarbeitereinsatzes im «Dritten Reich», fragt nach der zugrundeliegenden Ideologie und ihren gesellschaftlichen Ursachen, beschreibt den Mikrokosmos des Zwangsarbeitssystems an der Industriestadt Esslingen und resümiert die Entschädigungsdebatte seit 1945.
Mit Beiträgen von Alfred Hausser, Rainer Bakonyi, Lion Feuchtwanger, Christine Krause, Tjark Kunstreich, Karl Heinz Roth, Holger Schatz und Andrea Woeldike. Herausgegeben von der VVN/BdA KV Esslingen
182 Seiten, viele Illlustrationen, 26,80 DM, ISBN 3-89657-460-4
Schmetterling Verlag. Bezug im Buchhandel oder bei der VVN c/o J. Exner, Barbarossastr. 76, 73732 Esslingen

BUKO ZUM JAHRESTAG DES ERSTEN DEUTSCHEN ANGRIFFSKRIEGES NACH 1945

»Krieg der NATO war ein Desaster«

Nach Ansicht der BUKO-»Kampagne Stoppt den Rüstungsexport« und der »AKTION 3.WELT Saar« war der Kosovo-Krieg durch die NATO ein Desaster. Der Einsatz hat nur zu einer weiteren Ethnisierung der Region geführt.

Redaktion Heidelberg ● Am 24. März 1999 begannen die Bombardierungen der Bundesrepublik Jugoslawiens und des Kosovos durch NATO-Flugzeuge. Mit dabei: Die deutsche Bundeswehr. Zum ersten mal in der Nachkriegsgeschichte beteiligten sich deutsche Soldaten wieder an einem Angriffskrieg. Entgegen dem Grundgesetz, dem 2+4-Vertrag und dem Völkerrecht stimmte der deutsche Bundestag für einen Krieg, der auch noch mit dem geschmacklosen Vergleich mit Auschwitz begründet wurde (Bundesaußenminister Fischer).

Seit diesem Einsatz ist militärisches Engagement als »Konfliktlösung« auch in Deutschland wieder angesagt, nachdem es jahrzehntelang zu Recht politisch nicht durchführbar war. Die »Durchsetzung von Menschenrechten« dient dabei als Legitimation für die Kriegseinsätze der NATO, die jedoch nichts anderes als die wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen der NATO-Kernstaaten verfolgt. Die EU-Länder beschleunigen seit dem Krieg ihre eurozentrierte Sicherheitspolitik und versuchen, eine von der NATO und den USA unabhängige Einsatztruppe aufzubauen. In der Bundesrepublik Deutschland werden die Krisenreaktionskräfte aufgestockt, die jederzeit weltweit eingesetzt werden können. Die russische Föderation nimmt das aggressive Vorgehen der NATO und der EU als Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit wahr, die Folge ist eine neue Rüstungsspirale, auf allen Seiten wird wieder aufgerüstet.

Kern des Kosovo-Krieges war nach Ansicht des BUKO und der AKTION 3.WELT Saar, dass alle Kriegsparteien – NATO, Jugoslawien, UCK – auf die ethnische Karte setzten. Durch die aktiv betriebene frühzeitige Anerkennung von Slowenien und Kroatien durch die Bundesrepublik Deutschland Anfang der 90er Jahre, wurden die nationalistischen Kräfte in allen Regionen des Balkans ermuntert.

Das Ergebnis dieses Krieges wird nicht zuletzt an der Stadt Mitrovica im Kosovo deutlich: Einer geteilten Stadt, in der die internationalen Armeen nur mühselig Übergriffe der albanischen Seite auf die dort noch verbliebenen SerbInnen verhindern können. Waren es während des Krieges vor allem AlbanerInnen, die vor der jugoslawischen Armee und später auch den NATO-Bomben flüchteten, verließen nach Ende des Konflikts SerbInnen und vor allem Sinti und Roma den Kosovo. Im November 1999 erklärte der UNHCR, dass innerhalb von fünf Monaten seit Beginn der NATO-Besetzung, 234.000 nicht-albanische JugoslawInnen aus dem Kosovo vertrieben wurden. Zuflucht fanden sie meist in Jugoslawien, dessen Infrastruktur weitgehend zerbombt wurde. „Humanitäre Hilfe" gibt es hier nur für diejenigen Regionen, die unter Kontrolle der pro-westlichen Opposition sind.

Von einer Befriedung des Kosovo selbst kann keine Rede sein, die UCK formiert sich erneut, um einen ethnisch homogenen Staat anzustreben. Die NATO hat ihre propagierten Ziele vollkommen verfehlt, ein friedliches Zusammenleben ist heute unwahrscheinlicher denn je.●

Anzeige

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Sphärenklänge

Befreiung von der Arbeit bedeutet für Gorz zunächst ganz einfach eine drastische Reduktion der Erwerbsarbeitszeit. Ausgehend von der heutigen Produktivität taxiert er die notwendige Lebensarbeitszeit: *»Es sieht kaum aus, als würde dieses Quantum gegen Ende des Jahrhunderts 20.000 Stunden überschreiten. Nun bedeuten aber 20.000 Stunden pro Leben zehn Jahre Vollzeitarbeit oder zwanzig Jahre Teilzeitarbeit oder – weit plausibler – vierzig Jahre unregelmäßige Arbeit, wobei Halbzeitperioden, Urlaubsperioden oder Perioden unbezahlter autonomer Tätigkeit in einer Arbeitsgemeinschaft usw. einander abwechseln.«* (8) Diese Lebensarbeitszeit sieht er als Pflicht, von der niemand freigestellt sein soll. In der radikalen Einschränkung der Lohnarbeit – in der Terminologie von Gorz der heteronomen Arbeit – erkennt er aber die Chance zu einer neuen Lebensqualität. *»Sinn und Ziel der Forderung, »weniger zu arbeiten« ist nicht »mehr auszuruhen«, sondern »mehr zu leben««* (9)

In der Umsetzung dieses Ansatzes sieht Gorz die Möglichkeit, die vom Kapitalismus eingeimpfte »produktivistische Arbeits-Ethik auszumerzen und durch eine Ethik zu ersetzen, in der die freiwillige Kooperation, die Selbstbestimmung, die Kreativität, die Qualität der Beziehungen zu anderen und zur Natur die dominierenden Werte sind. Wir müssen wieder lernen, uns in das, was wir tun, einzubringen, nicht weil wir dafür bezahlt werden, sondern aus Freude, etwas zu schaffen, zu schenken, zu lernen, mit anderen nicht-kommerzielle und nicht-hierarchische, praktische und affektive Beziehungen zu knüpfen.« (10)

Und umgekehrt verhindert ein Beharren auf den Vollzeitarbeitsplatz einen Durchbruch der neuen Ethik. »Solange das Arbeitsleben den Hauptteil der Zeit eines jeden beansprucht und der Despotismus der Stoppuhr die Arbeitszeit von der Lebensarbeitszeit abschneidet, werden die Entdeckung, die Neuerfindung der nicht-ökonomischen Werte auch außerhalb der Arbeit unwahrscheinlich bleiben« (11) In dieser neuen Sphäre der autonomen Tätigkeiten – hat die ökonomische Logik keine Geltung mehr. Hier ist kein Sich-zurichten-müssen angesagt, auch nicht, wenn die frei verfügbare Zeit für die Herstellung von Notwendigem genutzt wird. *»Handgenähte Kleider und Schuhe haben nicht denselben Status wie industriell gefertigte. Sie um des Vergnügens willen herstellen heißt, dass die Zeit, die man damit zubringt, nicht gezählt wird: es ist die Zeit des Lebens selbst.«* (12)

Autonomes Tun braucht folgerichtig eine angemessene Infrastruktur, um sich entfalten zu können. Gorz fordert daher eine Politik kollektiver Einrichtungen. Als Beispiel nennt er *»die städtischen Zentren in Großbritannien , die unter einem Dach Schwimmbad, Bibliothek, Lesesaal, Spiel- und Musikräume, Restaurant, Reparatur- und Bastelwerkstatt vereinen.«* (13) Weiterhin sieht er den Staat gefordert, für Selbsthilfegruppen, welche Altenhilfe, Kinderbetreuung u.a. organisieren, eine geeignete Infrastruktur aufzubauen und ständige finanzielle Unterstützung zu gewährleisten.

Gorz selbst bezeichnet seinen Ansatz als dualistische Konzeption, und nur eine solche hält er für realistisch und realisierbar. *»Die heteronome Sphäre gewährleistet die programmierte, geplante Produktion all dessen, was für das Leben der Individuen und für das Funktionieren der Gesellschaft notwendig ist, so wirksam wie möglich, folglich mit dem geringsten Aufwand und minimalen Ressourcen. In der anderen Sphäre produzieren die Individuen auf autonome Weise, außerhalb des Marktes, allein oder frei assoziiert, materielle und immaterielle, nicht notwendige, aber den Wünschen, dem Geschmack und der Phantasie des Einzelnen entsprechende Güter und Dienste.«* (14) Die eine Sphäre gilt es abzubauen, die andere zu erweitern. In dem Maß wie das gelingt und endlich das Selbstbestimmte überwiegt, wird die Gesellschaft sozialistisch. Hier käme dann den von *ökonomischer Rationalität der Kapitalverwertung geprägten Beziehungen* nur noch eine untergeordnete Rolle zu und somit wäre die *»ökonomisch rationale Arbeit sowohl gesamtgesellschaftlich als im Leben der einzelnen nur noch eine Tätigkeit unter mehreren anderen, ebenso wichtigen«.* (15) Die restlose Beseitigung von Geld- und Warenbeziehungen hält Gorz allerdings für utopisch. (16)

Soweit die Vorstellung der Gorz'schen Position. Kann nun die dualistische Konzeption ein Ausweg aus der Krise des marktwirtschaftlichen Systems sein? Um diese Fragen befriedigend beantworten zu können, sind die Grundlagen und Ausgangspositionen zu erörtern.●

Der Arbeitsbegriff bei Gorz

Gorz hat einen negativ besetzten Arbeitsbegriff, er tritt für die Befreiung von der Arbeit ein. (17) Dennoch bleiben sowohl seine Kritik an der Arbeit, als auch seine Vorstellungen von einer Aufhebung der Arbeit letztlich doch noch befangen in den Kategorien der modernen Warenproduktion. Die Arbeit im Kapitalismus unterliegt durch die von der Konkurrenzlogik erzwungenen Produktivitätsdynamik einem ständigen Wandel. Sie muss sich der unablässigen Revolutionierung des Produktionsmittel stets anpassen. So wurde aus dem Handwerkerstolz das Fließbandleiden. Hier erst setzt Gorz an. Er bezieht sich in seiner Kritik der Arbeit in erster Linie auf die Zumutungen der empirischen Form der Arbeit im Fließbandkapitalismus, welche als maschinenbestimmtes, zerstückeltes und monotones Handeln charakterisiert werden kann. Gorz fragt sich, wo hier der von Marx bemühte »Baumeister« überhaupt noch seinen Platz finden kann. (18) Er erkennt und beschreibt hierin treffend einen Grund für die Deformierung durch die Arbeit, die auch in der Sphäre der Nicht-Arbeit nicht aufgehoben ist, wie sich etwa im kompensatorischen Konsumverhalten zeigt. (19) Und es ist offensichtlich, dass Menschen in diese Arbeitsbedingungen nur gezwungen werden können, weil sie ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um ihre Reproduktion zu sichern.

Die jeweilige Technologie und der Herstellungsprozess ist nun immer schon durch den Filter der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse hindurchgegangen. Aus diesem Grund ist ein kritisches Verhältnis zur kapitalistisch geformten Technik angesagt, nicht aber braucht industrielle Technik per se abgelehnt zu werden. Eine Überwindung der wertförmigen Vergesellschaftung würde unweigerlich die Entwicklung einer »menschlichen« Technik auf die Tagesordnung setzen. Das Produzieren und die Produktionsmittel könnten dann den individuellen menschlichen Bedürfnissen angepasst werden. (20) Dies schließt auch mit ein, dass einerseits die Latte der Produktivität nicht zwanghaft ständig nach oben angepasst und dass andererseits immer auch schon ökologische Aspekte mitberücksichtigt werden müssten. (21)

Gorz vertritt dagegen die These, dass industrielles Produzieren an sich und demnach »ewig« ein fremdbestimmtes Tun bleiben müsse. *»Ein so alltägliches Gerät wie eine Waschmaschine enthält eine Fülle von Kenntnissen, die die Fähigkeiten mehrerer Zehntausende von Personen übersteigt. ... Die Koordinierung einer so großen Vielfalt spezialisierter Aufgaben erfordert ihrerseits prädeterminierte Verfahren und Regeln, die individuelle Phantasie ausschließen. Der Apparat ge-*

Foto: Paul Langrock/ZENIT

sellschaftlicher Produktion kann nur nach Art einer einzigen großen Maschine funktionieren, der alle Tätigkeiten untergeordnet sind. ... Die im Rahmen der gesellschaftlichen Produktion von jedem geleistete Arbeit ist also notwendig heteronom, das heißt: welche Qualifikationsstufe sie auch hat, ihrem Inhalt und ihren Modalitäten nach ist sie von technischen Imperativen bestimmt.« (22)

Gorz kritisiert hier das Fremdbestimmte einer fordistischen Produktionsweise, sieht aber die Ursache in technologischen Sachzwängen statt in der wertförmigen Zurichtung der Herstellungsprozesse. Daher bleibt für ihn die *Sphäre der heteronomen Arbeit* auch unaufhebbar und kann nur durch eine *Sphäre autonomer Tätigkeiten* ergänzt werden. Gorz sieht keinen anderen Ausweg, als die heteronome Sphäre zurückzudrängen, um so wenigstens das Arbeitsleid zu minimieren. Deshalb gelte es, die Arbeitszeit auf möglichst vier Stunden am Tag zu verkürzen. Auf diese Weise fielen die Zumutungen geringer aus und ließen sich leichter kompensieren. Es bliebe noch genug Zeit, Mensch zu sein. Zumal sich auch die Hierarchie am Arbeitsplatz durchaus auflösen ließe; *»Der Arbeitsplatz kann zu einer Stätte des Austausches, der Kooperation und des guten Einvernehmens werden.«* (23) Eine Überwindung des *heteronomen Vier-Stunden-Apparates* allerdings erscheint Gorz unmöglich. *»Die gesellschaftliche Zusammenarbeit auf der Ebene eines großen Wirtschaftsraums kann keine selbstbestimmte und freiwillige sein.«* (24) Denn auf dieser Ebene herrsche notwendigerweise eine objektive und unaufhebbare ökonomische Logik: *»Handeln ist ökonomisch rational, insofern es auf die größtmögliche Leistung (Produktivität) der eingesetzten Faktoren abzielt. Gemessen wird Leistung im ökonomischen Sinn an dem pro Quantum eingesetzter lebendiger oder toter Arbeit »(zirkulierendes und fixes Kapital) erzielten Profit. Welche immer auch die Eigentümsverhältnisse sein mögen, gibt es vom betriebswirtschaftswissenschaftlichen Standpunkt aus nicht einerseits eine kapitalistische, andererseits eine sozialistische ökonomische Rationalität. Diese Einsicht hat sich in letzter Zeit überall durchgesetzt.«* (25) Und von diesem Wirtschaftswissenschaftsstandpunkt aus, in dem Gorz befangen bleibt, ist seine Argumentation durchaus folgerichtig. Ihm ist es undenkbar, dass makrogesellschaftliches Produzieren ohne Profitanreiz bzw. anders als in der Wertform organisierbar wäre. *Ökonomisch rationale Arbeit* ist dann folglich nur zu leisten mit ökonomisch rationalen Maschinen und ökonomisch rationaler Infrastruktur. So bestimmt Gorz die heutige Technik nicht als stofflichen Ausdruck der Wert- und Geldgesellschaft. Stattdessen nimmt er die vom Wert konstituierten empirischen Erscheinungen der fortgeschrittenen Produktivkraft selbst für »bare Münze« und verlängert sie in die Zukunft.

Nun gehört er aber nicht zu denen, die das betriebswirtschaftliche Produzieren vergöttern und die Politik nur darauf beschränken wollen, die daraus folgenden gesellschaftlichen und ökologischen Verwüstungen hier und da zu reparieren, eine Politik, die unter dem Namen Sozialdemokratie und Grünen sich etabliert hat. Für Gorz ist die wertförmige Ökonomie nur ein notwendiges Übel, das die Menschheit aber stets mit sich herumschleppen muss. Die kapitalistische Logik scheint ihm unbesiegbar, doch geht er immerhin so weit, sie in eine Nebenrolle drängen zu wollen. Dass er damit innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, welche die Arbeit als gesellschaftlichen Hauptpfeiler bejaht, teil- und zeitweise durchaus Gehör gefunden hat, erklärt sich einerseits aus der strukturellen Krise dieser Arbeitsgesellschaft, also durch die hohe Produktivität bedingten massiven Freisetzung von Arbeitskräften, die nicht wieder integriert werden können. (26) Wo niemand mehr auf dem alten Wege weiter weiß, rücken die Kritiker allmählich ins Blickfeld. Andererseits baut Gorz auch der Sozialdemokratie eine ideologische Brücke, indem er nämlich die Unaufhebbarkeit der Arbeit und der warenförmigen Vermittlung gesellschaftlicher Beziehungen vertritt.

Angefügt sei hier noch, dass auch eine *duale Konzeption* – selbst wenn sie gegen die Schwerkraft der Warenlogik durchgesetzt werden könnte – die Krise nicht zu lösen imstande wäre. Selbst eine drastische Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch Umverteilung des Arbeitsvolumen würde das Kernproblem nicht lösen: den Prozess des absoluten Schrumpfens von wertproduktivem Arbeitsvolumen, einer Reduktion der Wertmasse im substantiellen Sinne. Alle Regulierungsversuche auf dieser Ebene der Krisensymptome verschärfen nur noch das geldförmige Dilemma; entweder durch Demontage des Sozialstaates und Lohnsenkung (wozu auch die Arbeitszeitverkürzung zu rechnen ist), die Kaufkraft abzuwürgen oder durch höhere Staatsverschuldung sich Währungsturbulenzen und Inflation einzuhandeln. Das Ergebnis ist das Gleiche: Der kapitalistische Motor kommt noch stärker ins Stottern und eine Verschärfung des wirtschaftlichen Ein-

Fortsetzung Seite 8

SCHLUSS

Sphärenklänge

Ohne Moos viel los

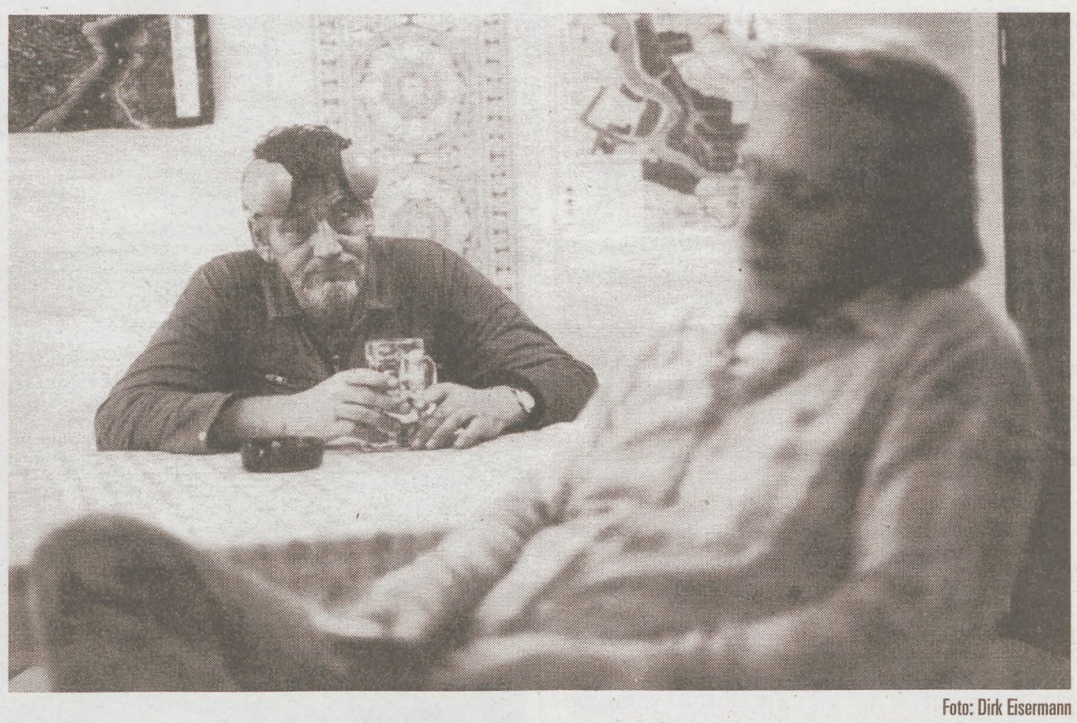


Foto: Dirk Eisermann

Wenn das Gorz'sche Gesellschaftsprojekt, den Kapitalismus zwar zu »minimieren«, letztlich aber doch zu konservieren, illusorisch ist, so verweist es angesicht der schon real begonnenen Zusammenbruchsepoche der Wertvergesellschaftung doch gangbare praktische Schritte. Ist die heutige Strukturkrise warenförmig nicht bewältigbar, dann bleibt als einzig konstruktive Perspektive nur, damit zu beginnen, geldbefreite, kooperative Zusammenhänge zu organisieren, in denen das Produzieren und die Dienste, letztlich das Miteinanderleben eine neue selbstbestimmte Qualität bekommen. Zwischen einer solchen Perspektive und den Gorz'schen Vorstellungen über die *»autonome Sphäre«* gibt es durchaus gewisse Berührungspunkte, doch gewinnt sie vor dem Hintergrund der realen Krisenentwicklung eine andere Qualität.

Wo das Kapital sich im Zuge der Krise zurückzieht, da geht auch ein Teil seiner Herrschaft über die stoffliche Welt verloren. Es hinterläßt in diesen Orten und Regionen die Gebäude, die Maschinen etc. und vor allem in den Metropolen ein hohes Potential an menschlicher Produktivkraft. Und neben den unübersehbaren Tendenzen zur allgemeinen Verrohung und zur Fortsetzung des Konkurrenzkampfes mit babarischen Mitteln entstehen erfahrungsgemäß auch Ansätze kooperativer Krisenbewältigung in Gestalt von Nachbarschaftshilfe oder sonstigen Formen kollektiver Selbsthilfe. (30) In dem Maße, wie die Dauerkrise alle geldförmigen Lösungen diskreditiert, könnten diese Miniprojekte beginnen, sich durch Vernetzung zu stabilisieren und so zugleich die Perspektive einer umfassenden direkten Vergesellschaftung eröffnen. Wenn auch der Sozialstaat in dieser Phase seinem eigenem Anspruch kaum noch wird gerecht werden können, bestünde doch die Möglichkeit, seine verbliebenen finanziellen Spielräume im Sinne einer »Hilfe zur Selbsthilfe« nutzbar zu machen, etwa um Maschinen und Material zur Renovierung von Häusern in Eigenregie bereitzustellen. (31)

Partiell abgekoppelt vom Weltmarkt wäre ein Produzieren ohne Geldzweck möglich, zumal dann der Zwang wegfiele, immer auf höchstem Produktivitätsniveau zu produzieren. Jeder Produktausstoß brächte hier einen Nutzen, wie ja auch ein Gemüsegarten oder eine Hobbywerkstatt betrieben werden, ohne marktfähig zu sein. (32) Es bestünde die Möglichkeit, dass sich in diesen Bereichen allmählich ein neues konstruktiv-komplexes Bewusstsein herausbildet, das die Subjekt-Objekt-Dichotomie partiell transzendiert und sich selbst, die Gesellschaft und die Natur als Wirkungszusammenhang versteht. Die Fähigkeit zu einem Denken und Handeln in ganzheitlicher Dimension wäre wiederum eine wichtige Voraussetzung dafür, dass dieser Sektor erfolgreich auf die gesamtgesellschaftliche Ebene ausgedehnt werden könnte.

Um diese konstruktive Perspektive in Regionen, die noch nicht so heftig von der Krise betroffen sind, auf den Weg zu bringen, könnte eine zweite Gorz'sche Kernforderung aufgegriffen werden: die der Arbeitszeitverkürzung. Die allgemeine Reduktion des Arbeitspensums würde die Möglichkeit eröffnen, die gewonnene Zeit mit Eigenaktivität zu füllen, bzw. ein Stück Distanz gegenüber der verinnerlichten Leistungsdoktrin zu gewinnen. Und eine dann unumgängliche Reduzierung des leerlaufenden kompensatorischen Konsums wäre ja immerhin viel erträglicher als die sonst drohende Entlassung in die Dauerarbeitslosigkeit. Das gewonnene Zeitpotential könnte nicht nur gemäß individuellen Wünschen ausgefüllt, sondern vor allem kooperativ genutzt werden durch Organisierung von Selbsthilfe, Unterstützungsringen o.ä. (33)

Im Kern geht es bei diesen Ansätzen von Alternativen um das Praktisch werden eines neuen Lebenstiles. Noch fehlt diesem allerdings der Freiraum für seine Entfaltung; noch für längere Zeit wird auch ein kooperativ organisierter Sektor zwangsläufig an die alte Geld-Welt angenabelt bleiben, weil sich vorerst dort nicht alle Güter herstellen lassen und nicht alle Dienste garantiert werden können, die auch bei konsumkritischem Leben benötigt werden. So wird zunächst ein kompliziertes Nebeneinander unvermeidlich sein. Auf der einen Seite wird noch Geld für Rohstoffe, Nahrungsmittel usw. aufgebracht werden müssen, (durch Teilzeitarbeit oder Staatshilfe o.ä.). Auf der anderen Seite stünde, um mit Gorz zu reden, die *»autonome Sphäre«*, das vernetzte, kooperative Produzieren jenseits des Marktes. Ob und wie ein solcher neuer gesellschaftlicher Sektor schließlich die Hegemonie gewinnen kann, bleibt offen. Fest steht nur, dass Gorz' Vorstellung von einer friedlichen Koexistenz beider *»Sphären«* unhaltbar ist. Erstens weil ein nicht-warenförmiger Lebenstil aus sich heraus dazu tendieren wird, sich gänzlich von den Zumutungen des realexistierenden »Industriesystems« zu befreien, und das bedeutet die Aufhebung der abgetrennten Sphäre der Arbeit und die Integration des Produzierens als Ausdruck menschlichen Seins in den Alltag. Zweitens, weil die Implosion des Kapitals ein fortdauernder, sich beschleunigender Prozess ist, der ständig neue Verarmung »produziert« und das soziale Gefüge zersetzt bis hin zum perspektivlosen Bürgerkrieg.

Als Fazit der Auseinandersetzung mit dem Gorz'schen Konzept möchte ich festhalten, dass dieses durchaus Bewegung in die Debatte bringen kann, wie dem alt werdenden Kapitalismus zu Leibe gerückt werden könnte. Andererseits steht es auf einem bröckeligen theoretischen Fundament. Um eine tragende Perspektive zu formulieren, wäre das Anfangszitat von Gorz umzuwandeln: Den Kapitalismus überwinden heißt hauptsächlich und notwendig, die Herrschaft der Warenbeziehungen – einschließlich des Verkaufs der Arbeitskraft – zugunsten der einen Sphäre der selbstbestimmten gesellschaftlichen Tätigkeiten und Beziehungen zu beseitigen.●

FORTSETZUNG VON SEITE 7: DER ARBEITSBEGRIFF BEI GORZ

bruchs ist unausweichlich. (27)

Eine großtechnische Produktion muss aber nicht – wie Gorz annimmt – auch sozial nach Maschinenart funktionieren. Die Ursache des Fremdbestimmten liegt nicht darin, dass für einen bestimmten maschinellen Prozess, wie z.B. die oben zitierte Waschmaschinenherstellung, vielfaches Wissen, Fertigkeiten, Zeitabläufe, Maschineneinsatz u.a. koordiniert werden müssen. Befreit vom Geld- und Rentabilitätszwang wäre es möglich (und erforderlich), nicht nur auf gesamtgesellschaftlicher Ebene freie Absprachen über Zweck- und Zielsetzungen der Produktion, über Quantitäten und Qualitäten zu treffen. Auch auf der Ebene des einzelnen Produktionsprozesses hätten die Menschen die Freiheit, sich über die jeweiligen 'Spielregeln' zu verständigen. Diese Freiheit ist natürlich keine absolute, hat keinen reinen spielerischen Charakter, sondern ist hauptsächlich ernsthafte Festlegung, wie das zweckgerichtete Projekt unter Berücksichtigung etlicher Kriterien wie etwa Stoffaufwand, Haltbarkeit, Bedienbarkeit, ökologischer Vertretbarkeit, Zeitaufwand und Zeitkoordination, Kommunikation, Verantwortlichkeit, Kompetenz, Schaffensfreude, Mühe, Monotonie, usw. realisiert werden kann. Die Befriedigung aus diesem Handeln ist nicht in erster Linie aus der Schaffensfreude abzuleiten, vielmehr aus dem Einbringen in ein sinnvolles, gesellschaftliches Tun, das aus Einsicht in den gesellschaftlichen Zusammenhang geschieht. Es wäre eine Form des Betätigens als Gemeinschaftswesen, das neben der Anstrengung auch Befriedigung in sich trägt, gerade weil sie auf die Mitmenschen gerichtet ist. Das gesellschaftliche Regelwerk ist dann durchaus als individuell beeinflussbares denkbar. Teamwork in der industriellen Fertigung ist nicht an sich fremdbestimmt, sondern unter anderen Rahmenbedingungen durchaus als selbstbestimmt zu charakterisieren. (28)

Angemerkt sei hier, dass die oft von Gorz hervorgehobene Forderung nach einer *»Erweiterung derjenigen Sphäre, in der die Tätigkeiten um ihrer selbst willen aus Neigung, Freude, Berufung, Leidenschaft, Liebe usw. ausgeübt werden«* (29), natürlich ihre Berechtigung hat. In der Herstellung von Waschmaschinen werden auch in einer veränderten Zukunft wahrscheinlich nur wenige eine Tätigkeit um ihrer selbst willen im obigen Sinne erblicken. Hier hat die gesellschaftliche Sinnhaftigkeit des Tuns Priorität, was Momente von direkter Befriedigung aus dem Inhalt dieses Tuns nicht ausschließen muss. Darüberhinaus ist natürlich auch ein individueller Freiraum wichtig, wo die einzelnen Gelegenheit haben, genau das zu tun, was ihnen wirklich persönlich wichtig ist. individueller Freiraum wichtig, wo jeder Gelegenheit hat, genau das zu tun, was ihm wirklich wichtig ist. Dies schließt wiederum nicht aus, dass dieses Tun gleichzeitig einen sinnvollen gesellschaftlichen Beitrag bedeuten kann. Jenseits der »Arbeit« lösen sich die Dualismen auf.●

ANMERKUNGEN

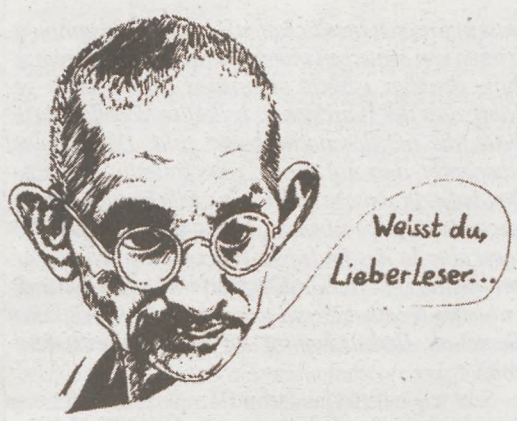
(1) ...aus einem Lied von »Klaus dem Geiger und den Kölner Straßenmusikanten«, CD-1994
(2) André Gorz, Wege ins Paradies, Berlin 1983, S.85
(3) André Gorz, Und jetzt wohin?, Berlin 1991, S.128
(4) Kursiv-Gedrucktes im Text gibt Formulierungen von Gorz wieder.
(5) Die auf niedrigem Produktivitätsniveau aufgebaute Sowjetunion konnte noch nicht einmal daran denken, das Arbeiter-Dasein in Frage zu stellen. Hier ging es aus Überlebensgründen darum, möglichst viele Menschen in die intensive Arbeit zu zwingen. »In seinem eigenen Interesse als frischgebackener »Herr des Staates« soll der Arbeiter sein »eigenes« Interesse als Arbeiter verleugnen. Der Arbeiter soll in einer Person Egoist sein als Arbeiter mit einem unmittelbaren, auf Lohn und Arbeitsbedingungen gerichteten Interesse, und er soll zugleich Altruist sein als Inhaber der Staatsmacht. Das Ideal wäre zweifellos eine Arbeiterschaft, die aus Einsicht dahin gelangt, den Stumpfsinn ununterbrochener »Maloche« zu bejahen. Das läuft natürlich auf nichts anderes als auf den Versuch der Quadratur des Kreises hinaus,...« so Peter Klein in »Die Illusion« von 1917, Unkel/Rhein; Bad Honnef 1992, S.125
(6) André Gorz, Und jetzt wohin ?, Berlin 1991, S.118
(7) André Gorz, Abschied vom Proletariat, (1980) Frankfurt 1988, S.62 ; vgl. auch Kurz/Lohoff: »Die revolutionären Subjekte organisieren sich nicht als Arbeiter, sondern als Kommunisten, deren unmittelbares Ziel es nur sein kann, das Arbeiter-Dasein für immer abzuschütteln.« Marxistische Kritik 7, Erlangen 1989, S.27
(8) André Gorz, Wege ins Paradies, Berlin 1983, S. 68
(9) André Gorz, Abschied vom Proletariat, (1980) Frankfurt 1988, S. 162
(10) André Gorz, Wege ins Paradies, Berlin 1983, S.152f. Gorz sieht die Reduzierung von Arbeitszeit verknüpft mit einem Zurückdrängen des Konsumismus. »Wenn ich meine Zeit verlieren muß, um Geld zu verdienen, so will ich dafür »etwas von meinem Geld haben«. Zeitpolitik kann zum wirksamsten Mittel werden, um das ökologisch notwendige Schrumpfen des Warenkonsums mit dem Streben nach größtmöglicher Selbstgestaltung des eigenen Lebens zu verbinden. Das ökologisch produktive Schrumpfen des Wirtschaftssystems verlangt folglich Verzichte, aber diese Verzichte brauchen kein Opfer zu bedeuten. Viele Bedürfnisse können durch geringere Mengen besserer und dauerhafterer Produkte besser befriedigt werden, und die Konsumwünsche selbst können verringert werden durch bessere öffentliche Dienste und Einrichtungen, eine bessere Lebensumwelt, eine entspanntere und konvivialere Lebensweise mit mehr disponibler Zeit. Wir könnten mit weniger Konsum besser leben und arbeiten.« (André Gorz, Und jetzt wohin?, Berlin 1991, S. 141f.)
(11) André Gorz, Wege ins Paradies, Berlin 1983, S. 80
(12) André Gorz, Wege ins Paradies, Berlin 1983, S. 95
(13) André Gorz, Wege ins Paradies, Berlin 1983, S. 147
(14) André Gorz, Abschied vom Proletariat, (1980) Frankfurt 1988, S.88 f
(15) André Gorz, Und jetzt wohin ?, Berlin 1991, S. 84
(16) André Gorz, Und jetzt wohin ?, Berlin 1991, S. 96
(17) Hier kann er an einen radikalen Argumentationsstrang von Marx anknüpfen. »Nicht allein das Privateigentum als sachlichen Zustand, das Privateigentum als Tätigkeit, als Arbeit, muss man angreifen, wenn man ihm den Todesstoß versetzen will. Es ist eines der größten Mißverständnisse, von freier, menschlicher, gesellschaftlicher Arbeit, von Arbeit ohne Privateigentum zu sprechen. Die 'Arbeit' ist ihrem Wesen nach die unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche, vom Privateigentum bedingte und das Privateigentum schaffende Tätigkeit. Die Aufhebung des Privateigentums wird also erst zu einer Wirklichkeit, wenn sie als Aufhebung der 'Arbeit' gefaßt wird,... Eine 'Organisation der Arbeit' ist daher ein Widerspruch.« (Karl Marx über Franz List, Berlin 1972, S. 24f.)
(18) »Eine Spinne verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Spinne besehämt durch den Bau ihrer Wachszellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, dass er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn schon ideell vorhanden war.« (Karl Marx in MEW 23, Berlin 1975, S.193)
(19) »Die kompensatorischen Güter werden also ebensosehr – wenn nicht gar noch mehr – ihrer Nutzlosigkeit halber begehrt wie wegen ihres Gebrauchswertes; denn dieses Element des Nutzlosen symbolisiert die Flucht des Käufers aus dem kollektiven Universum der funktionalen Notwendigkeit in eine private Nische souveräner Freiheit.« (André Gorz, Und jetzt wohin ?, Berlin 1991, S. 53)
(20) Inzwischen versucht ja bekanntlich sogar ein Teil der Unternehmen die menschliche Eigeninitiative auf hohem Produktivitätsniveau wieder zu aktivieren und zu verwerten. So hat die Maschinenbau-Firma Ekato in Süddeutschland ihre neue Fabrik mit Fertigungsinseln ausgestattet, wo mit der üblichen Arbeitsteilung gebrochen wird. In Gruppenarbeit macht hier jeder alles, von Planung, Konstruktion bis zur handwerklichen Umsetzung. Die Trennung von Kopf- und Handarbeit soll überwunden werden. Der unvermeidliche Pferdefuß ist jedoch, dass alle Beteiligten sich dem Imperativ der »betrieblichen Kostenminimierung« unterwerfen, ja dieses Kriterium verinnerlichen müssen. Dennoch scheinen hier neue positive Potentiale auf, die Gorz bisher nicht wahrgenommen hat und die jenseits der Kostenrechnung betriebswirtschaftlicher Rationalität auch innerhalb der industriellen Produktion eine Aufhebung der Fremdbestimmung versprechen.
(21) Riesenproduktionsstätten wie z.B. BAYER in Leverkusen disqualifizieren sich dann allein schon wegen der unweigerlichen Verkehrsproblematik
(22) André Gorz, Wege ins Paradies, Berlin 1983, S. 81 f
(23) André Gorz, Wege ins Paradies, Berlin 1983, S.84
(24) André Gorz,Wege ins Paradies, Berlin 1983, S.84
(25) André Gorz, Und jetzt wohin?, Berlin 1991, S.83f
(26) »Anfang 1994 waren weltweit 820 Millionen Menschen oder 30 Prozent der gesamten Arbeitnehmerschaft ohne Beschäftigung" so die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) laut dpa. Offiziell waren 120 Millionen Arbeitslose registriert. Gäbe es den vollautomatisierten Kapitalismus, wäre kein Geld mehr da, die riesigen Warenberge zu kaufen. Die Menschheit müßte nach dieser Logik verhungern. In diesem fiktiven Extrem läge der Wert-Fetisch selbst dem gesunden, sprich dem nur auf der Erscheinungsebene verharrenden Menschenverstand offen zutage. Anstatt das Zeitliche zu segnen, würde er dann wohl endlich die Einsicht gewinnen, dass es möglich ist, Gebrauchsdinge praktischerweise auch ohne Geldvermittlung zu produzieren und zu genießen.
(27) vgl. R.Kurz, Die Himmelfahrt des Geldes, Krisis 16/17, Bad Honnef 1995
(28) Übrigens kann auch der Do-it-youself-Baumeister seine Zeit nicht nur so nützen, wie es ihm gefällt. Auch er muss sich auf die Gegebenheiten des Stoffes und seiner Gestaltung einlassen und dementsprechend handeln, um sein Ideal zu verwirklichen. Ohne ein gewisses Maß an Disziplin, Mühe, Planen, ohne individuelle »Spielregeln« wird auch er nicht auskommen.
(29) André Gorz, Wege ins Paradies, Berlin 1983, S.85.
(30) Am fortgeschrittensten zeigt sich diese Option in der Bewegung der »Lokalen Ökonomie« mit ihrem Schwerpunkt in England und Schottland und ersten

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNGSGESCHICHTE:

Planet des Ungehorsams

Die Debatten-Beiträge in dieser sowie den letzten CONTRASTE-Ausgaben haben uns dazu verleitet, den folgenden Text abzudrucken, der uns als Reprint in die Hände fiel. Dieser Nachdruck ist aus dem Jahre 1975, herausgegeben vom »release Projekt Verlag 'neues leben' berlin« aus dem Jahr 1975 (vormals Releasegruppe IV-Berlin).
Voranstellen wollen wir das Nachwort aus dem kleinen Büchlein:
»Das System, oder Anti-System, das dieses Buch beschreibt, ist sicher erstrebenswert. Lässt es sich verwirklichen? Nun, die Sache will gemacht sein, von allen Leuten, die eine alternative Gesellschaft aufbauen wollen, ohne darauf warten zu müssen, dass das kapitalistische System erstmal gestürzt wird, schaut auf eure Hände und denkt mal nach, was sie wohl gerne machen würden. Vielleicht entdeckt ihr etwas, was ihr mit ihnen herstellen könnt. Alles nützliche ist uns doch aus den Händen genommen worden, von Leuten, die es uns jetzt verkaufen zu Profitpreisen, so dass sich nicht mal alle die notwendigen Sachen leisten können. Lest aufmerksam, was in diesem Buch über den Tausch der Arbeit steht. Z.B. gibt's da eine Landkommune, die Gemüse anbaut, und du und deine Leute machen Backwaren. Zwei Köpfe Salat werden gegen ein Brot getauscht, je nachdem, wie ihr es abgemacht habt. Vielleicht habt ihr euch sowas schon mal überlegt. Es gibt nämlich schon eine ganze Reihe von Leuten, die keine Lust mehr haben, für jemanden zu arbeiten, zu lernen oder zu studieren, der nicht unsere Interessen verfolgt.«
So, und nun der Einstieg in unsere kleine Fortsetzungsgeschichte:



»Wenn einmal das Leben der Menschen so vollkommen sein wird, dass es sich von selbst regelt, sind keine Repräsentanten mehr nötig. Wir werden dann eine aufgeklärte Anarchie haben. In einem solchen Staat wird jeder sein eigener Herrscher sein. Jeder wird dann so regieren, dass er seinem Nachbarn nie im Wege steht. Im idealen Staat wird also keine politische Macht vorhanden sein, weil überhaupt kein Staat besteht.«●

Mahatma Ghandi

Das Schiff maß dreihundert Meter im Durchmesser; es war aber anderthalb Kilometer lang. Eine solch gewaltige Masse nahm natürlich viel Raum ein, und ohne Flurschaden ging es auch nicht ab. Dieses Raumschiff zum Beispiel bedeckte ein ganzes Feld und die Hälfte des angrenzenden Ackers. Und die Rinne, die es in den Boden gerissen hatte, war sieben Meter tief. Diesen Schaden würde man leider nicht mehr beseitigen können. An Bord waren zweitausend Menschen, die sich in drei Gruppen unterteilten. Die schlanken, groß gewachsenen Männer mit den Falten um die Augen war die Besatzung. Die Männer mit dem Bürstenhaarschnitt waren die Soldaten, und die Männer mit den nüchternen Gesichtern waren die Bürokraten.

Die erste Kategorie betrachtete diese Welt mit dem professionellen, doch unbeteiligten Interesse von Globetrottern, die von einem Planeten zum anderen eilen. Die Soldaten sahen mit einer Mischung aus milder Verachtung und Langeweile auf die Dinge herab. Die Bürokraten bewahrten kühle Zurückhaltung.

Diese Leute waren an den Anblick neuer Welten gewöhnt. Sie hatten schon Dutzende davon besucht und eine genau festgelegte Routine entwickelt, wie sie mit den Bewohnern dieser Welten zu verfahren hatten. Auch hier würde alles nach einem gut eingeübten, wohlerprobten Plan ablaufen. Die Sache hatte nur einen Haken. Die Männer an Bord des Schiffes saßen in der Klemme, ohne etwas davon zu ahnen.

In welcher Reihenfolge die Männer das Schiff zu verlassen hatten, war genau festgelegt. Als erster durfte der Botschafter aussteigen, dann der Kommandant des Schiffes – als dritter der Kommandeur der Bodentruppen, und als vierter der Chef der Zivilverwaltung. Diese Reihenfolge setzte sich natürlich bis in die unteren Ränge fort – als nächster kam der Privatsekretär seiner Exzellenz des Botschafters, dann der zweite Offizier des Raumschiffes, der stellvertretende Kommandeur der Bodentruppen und schließlich der oberste Federfuchser von der Verwaltung.

Anders erging es den untersten Chargen dieser Hierarchie: dem Barbier, Schuhwichser und Kammerdiener seiner Exzellenz, den Rekruten mit dem niedrigsten Dienstgrad, den Nullen und Strohköpfen von der Truppe, und den auf Zeit angestellten Aktenschleppern und Bleistiftspitzern, die von dem Tag träumten wo sie eine Lebensstellung und einen eigenen Schreibtisch bekamen. Diese kleinen Steine im Gebäude der hierarchischen Pyramide mussten an Bord bleiben und hatten striktes Rauchverbot.

Wären sie jedoch auf einer feindlich gesinnten Welt gelandet, die sie mit gefährlichen Waffen empfangen hätte, wäre die Reihenfolge des Ausstiegs umgekehrt gewesen, getreu dem Versprechen der Bibel, dass die ersten die letzten und die letzten die ersten sein sollen. Doch dieser Planet war nur amtlicherseits eine neue Welt. Inoffiziell war sie natürlich gar nicht neu und schon gar nicht fremd. In den Akten und staubigen Ablagen, zweihundert Lichtjahre von dieser Welt entfernt, war diese Welt mit einer verschlüsselten Nummer versehen und als reife Frucht klassifiziert, die längst gepflückt sein sollte. Leider hatte sich dieses Unternehmen erheblich verzögert, weil es nämlich im ganzen Weltall so viele reife Früchte gab, die es zu pflücken galt.

Aus den verstaubten Akten ging hervor, dass sich dieser Planet am äußersten Rand einer riesigen Weltansammlung befand, die kurz nach der »großen Explosion« besiedelt worden war. Jedes Schulkind wusste natürlich über die »große Explosion« Bescheid. Die »große Explosion« war nichts anderes als eine hochtrabende Bezeichnung für eine bevölkerungspolitische Entwicklung, die stattfand, als der Blieder-Antrieb an die Stelle der Atomraketen trat. Denn der Blieder-Antrieb präsentierte der Menschheit den Kosmos sozusagen auf einem silbernen Tablett.

Zu jener Zeit, als das geschah – vor etwa dreihundert bis fünfhundert Jahren – hatte sich jede Familie, jeder Verein und jede Clique, die glaubte, woanders besser zurechtzukommen, zur Auswanderung in das Weltall entschlossen. Die Ruhelosen, die Ehrgeizigen, die Unzufriedenen, die Exzentriker, die Oppositionellen, die Neurotiker und die schlichten Gemüter, die ihre Neugierde nicht bezähmen konnten – sie alle hatten sich zu Dutzenden, Hunderten, Tausenden in die Lüfte erhoben und waren davongeflogen...

Ungefähr zweihunderttausend Menschen waren auf diesem Planeten gelandet. Die letzten von ihnen waren vor ungefähr dreihundert Jahren hierher gekommen. Neunzig Prozent (nach statistischer Norm) der Einwanderer waren Freunde, Verwandte oder Bekannte der ersten Pioniere gewesen, die diesen Planeten erschlossen hatten.

Falls sich die Bevölkerung inzwischen (wie üblich) um das sechsfache oder siebenfache vermehrt hatte, müssten heute hier mehrere Millionen Menschen wohnen. Dass das tatsächlich der Fall war, hatte sich schon beim Anflug auf diesen Planeten gezeigt, denn obwohl keine Großstädte zu erkennen waren, war das Land doch mit einem dichten Netz mittlerer und kleiner Städte und Dörfer überzogen.

Seine Exzellenz der Botschafter betrachtete das Gras unter seinen Füßen mit wohlwollendem Blick, pflückte einen saftigen Halm und richtete sich stöhnend wieder auf. Seine Exzellenz war so gebaut, dass das Bücken eine athletische Leistung ersten Grades für ihn darstellte. »Gras irdischer Herkunft. Haben Sie das bemerkt, Captain? Ist das ein bloßer Zufall, oder haben die Auswanderer den Grassamen von der Erde importiert?« »Wahrscheinlich reiner Zufall«, bemerkte Captain Grayder. »Bis jetzt sind wir auf vier Planeten gestoßen, auf denen Gras wuchs. Warum soll es sich nicht auch beim fünften so verhalten?« »Vielleicht haben Sie recht«, murmelte seine Exzellenz und wagte mit stolzer Besitzermiene einen weiten Rundblick. »Sieht so aus, als ob da jemand sein Feld bestellt. Er benutzt eine kleine Maschine mit zwei großen Rädern zum Pflügen. Kann sich also nicht um rückständige Leute handeln. Hm-m-m!« Er rieb sich nachdenklich das Doppelkinn. »Lassen Sie den Mann herbringen. Eine kleine Unterhaltung wäre ganz nützlich. Dann wissen wir, wo wir am besten anfangen können.«

»Sehr wohl«, erwiderte Captain Grayder und wendete sich Oberst Shelton zu, dem Kommandeur der Bodentruppen. »Seine Exzellenz wünscht, mit dem Bauern da drüben zu sprechen.« Er deutete auf die Gestalt in der Ferne. »Der Bauer dort«, sagte Shelton zu Major Hame. »Seine Exzellenz will ihn Sprechen – sofort.« »Bringen Sie den Bauern hierher«, befahl Hame dem Leutnant Deacon. »Und zwar schnell!« »Holen Sie den Bauern!« fuhr Deacon den Hauptfeldwebel Bidworthy an. »Und beeilen Sie sich! Seine Exzellenz wartet!« Der Hauptfeldwebel – ein dicker Mann mit kirschrotem Gesicht – blickte sich nach einem Untergebenen um. Doch dann fiel ihm wieder ein, dass die Mannschaft im Schiff geblieben war und strenges Rauchverbot hatte. Es schien, dass der Auftrag an ihm hängen blieb.

So marschierte er also los – quer über vier Felder –, bis er auf Rufweite an den Landmann herangekommen war. Dann blieb er in korrekter militärischer Haltung stehen und rief mit unverfälschter Kasernentonstimme: »He – Sie da!« Er winkte energisch.

Der Bauer hielt seinen Pflug an, wischte sich die Stirn ab und sah sich um. Sein Verhalten schien auszudrücken, dass das riesige Schiff in seiner Nähe ein so alltäglicher Anblick für ihn war wie eine Muttersau, die ein Dutzend Ferkel wirft. Bidworthy winkte noch einmal, diesmal mit militärisch vorgeschriebenem Handzeichen. Der Bauer winkte gelassen zurück und fuhr mit dem Pflügen fort.

Hauptfeldwebel Bidworthy reagierte mit einem Fluch, der in Wirklichkeit nichts weiter bedeutete als: »Gott, bewahre mich!« Dann ging er noch fünfzig Schritte weiter. Er konnte jetzt das Gesicht des Bauern erkennen. Es war dunkelbraun, von der Sonne ledergegerbt, die Augenbrauen waren buschig. »He!« Der Bauer hielt den Pflug erneut an, stützte die eine Hand auf den Sattel und stocherte in seinen Zähnen.

Erschreckt von dem Gedanken, dass vielleicht in den dreihundert Jahren nach der Einwanderung die gemeinsame Muttersprache zugunsten eines Dialekts vergessen worden war, fragte Bidworthy misstrauisch: »Kannst du mich überhaupt verstehen?« »Kann einer den anderen wirklich immer verstehen?« erwiderte der Bauer. Dann wendete er sich erneut seiner Arbeit zu.

Bidworthy musste einen Moment gegen seine Verwirrung ankämpfen. Dann fasste er sich wieder und rief: »Seine Exzellenz, der Botschafter von der Erde, möchte dich sprechen. Sofort!« »So?« Der Bauer musterte den Feldwebel und meinte gedehnt: »Wieso ist der Mann, der mich sprechen will, eine Exzellenz?« »Er ist eben ein Mann von großer Wichtigkeit«, knurrte Bidworthy. Er war sich nicht schlüssig, ob sich der Mann auf seine Kosten lustig machte oder nur ein einfältiges Gemüt besaß.

»Ein Mann von großer Wichtigkeit«, wiederholte der Bauer gedehnt und blickte dabei zum Horizont. Er schien über einen ihm ungewohnten Begriff nachzudenken. »Was geschieht auf deinem Planeten, wenn diese Person stirbt?« fragte er nach einer Weile. »Nichts«, erwiderte Bidworthy wahrheitsgemäß.
»Er dreht sich also weiter, als sei nichts geschehen?« »Selbstverständlich.« »Dann«, erwiderte der Bauer, »kann er auch nicht wichtig sein.« Damit warf er seinen Motor wieder an. Die Räder mahlten und die Pflugscharen brachen die Erde um.

Bidworthy ballte die Fäuste, atmete eine halbe Minute tief durch und sagte dann heiser: »Ich kann unmöglich ohne eine Botschaft zu seiner Exzellenz zurückkehren.« »Wirklich?« antwortete der Bauer kopfschüttelnd. »Was hindert dich denn daran?« Als er bemerkte, dass die Röte in Bidworthys Gesicht gefährlich zunahm, tröstete er ihn: »Nun gut, du kannst ihm ja ausrichten – ja – du kannst ihm von mir ausrichten: Grüß Gott und auf Wiedersehen.«

Hauptfeldwebel Bidworthy war ein kräftiger Mann, wog zwei Zentner, kannte den Kosmos zwanzig Jahre lang aus eigener Anschauung und fürchtete weder Gott noch Teufel. Doch jetzt zitterte er am ganzen Körper, als er zum Raumschiff zurückkehrte. Seine Exzellenz maß ihn mit kaltem Blick und fragte: »Nun?«

»Er will nicht kommen«, erwiderte Bidworthy. Die Stirnadern traten ihm hervor. »Wenn Sie mir den Mann nur ein paar Monate überlassen, Sir, werde ich ihm die Hammelbeine lang ziehen, so dass er sich nur noch im Dauerlauf bewegt.« »Das traue ich Ihnen ohne weiteres zu, Hauptfeldwebel«, erwiderte seine Exzellenz. Dann flüsterte er Oberst Shelton ins Ohr: »Zweifellos ein guter Mann, aber kein Diplomat. Viel zu impulsiv und zu unbeherrscht in seiner Wortwahl. Am besten gehen Sie selbst, Oberst, und bringen den Mann her. Wir können doch nicht eine Ewigkeit hier herumstehen. Wir müssen endlich wissen wo wir anzufangen haben.«

»Sehr wohl, Euer Exzellenz.« Oberst Shelton stakte über die Felder. Freundlich lächelnd begrüßte er den Bauern. »Guten Morgen, mein guter Mann.« Der Bauer hielt den Pflug an und seufzte. Es gab schon Tage, da kam man einfach nicht voran. Seine Augen waren dunkelbraun, fast schwarz. »Wie kommen Sie auf die Idee, dass ich Ihr Mann wäre?« »Ach, das ist so eine Redensart«, erwiderte Shelton. Er verstand jetzt, warum Bidworthy bei seiner Mission gescheitert war. Da waren zwei leicht reizbare Typen aufeinander geprallt, hatte der eine Hund den anderen angeknurrt. »Ich wollte nur höflich sein.« »Tja«, erwiderte der Bauer und dachte eine Weile nach. »So ein Versuch lohnt sich schon.«

Sheltons Gesicht rötete sich ein bisschen. Entschlossen fuhr er fort: »Wir würden uns freuen, wenn Sie uns im Raumschiff besuchen würden.« »Sie würden sich freuen?« fragte der Bauer ungläubig. »Selbstverständlich«, erwiderte Shelton. »Sie sind ein Lügner«, sagte der Bauer. Oberst Sheltons Gesicht wurde jetzt kirschrot. »Ich lasse es nicht zu, dass mich jemand einen Lügner schimpft!« rief er. »Sie haben es aber zugelassen«, gab der Bauer zurück. Shelton überging den Einwand. Er knurrte: »Kommen Sie jetzt mit zum Schiff oder nicht?« »Ich komme nicht.« »Warum nicht?« »Meiob!«, sagte der Bauer.

»Was ist das?« »Meiob«, wiederholte der Bauer. Das klang wie eine Beleidigung. Oberst Shelton machte auf dem Absatz kehrt...

Er erstattete dem Botschafter Bericht: »Das ist eine von den Typen, die eine sehr hohe Wertschätzung haben. Das einzige, was ich aus dem Kerl herausholen konnte, war »Meiob«, keine Ahnung, was das heißen soll.« »Dialekt«, meinte Captain Grayder sachkundig. »So etwas entwickelt sich häufig im Verlauf von dreihundert, vierhundert Jahren. Ich habe ein paar Welten besucht, wo der Dialekt so krass ausgeprägt war, dass er fast eine neue Sprache darstellte«.

»Er hat Sie aber verstanden, nicht wahr?« fragte der Botschafter. Shelton nickte. »Jawohl, Eure Exzellenz. Und seine eigene Aussprache ist auch noch korrekt. Doch er will sich einfach nicht von seinem Pflug trennen.« Er dachte kurz nach. »Wenn Sie mir Vollmacht geben, lasse ich ihn von einer bewaffneten Eskorte hierherbringen«.

Fortsetzung im nächsten Heft

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Ansätzen in Deutschland. »Mit dem Begriff »Lokale Ökonomie« werden wirtschaftliche Aktivitäten beschrieben, die 1) einem lokal und sozial begrenzten Gebiet zugeordnet sind, 2) die dort lebenden Menschen, ihre ökonomischen Wünsche und Möglichkeiten betreffen, 3) die von ihrer eigenen Iniative getragen werden und 4) die nicht nach den Gesetzen von Konkurrenz und Markt, sondern nach eher nachbarschaftlichen Regeln von Austausch, Solidarität und Hilfe funktionieren.« (so Peter Bach in seinem Referat »Lokale Ökonomie – ein Mittel zur kommunalen Selbsthilfe in Mülheim?" Lokalberichte Köln 2/95). Ein dort genanntes Beispiel ist das schottische Bergarbeiterdorf Cowie. Nach Schließung der letzten Zeche wurde eine Holzverarbeitungskooperative mit 200 Mitgliedern gegründet, welche seit 10 Jahren das Dorf damit versorgt.

(31) »Wie früher Häuser gebaut wurden, nämlich aus Fachwerk und Lehm, das haben ein Dutzend Obdachlose in Eckartsheim bei Bielefeld nachgemacht. In die Kleinstwohnhäuser mit 53 qm werden sie selbst einziehen – ein bundesweit einmaliges Experiment.« (Prisma, Nr 2/96, S.45).

(32) Hier geht es um die prinzipielle Ebene. Eine verallgemeinerte niedrige Produktivität eines 'Small is beautiful' ist nicht zu verabsolutieren, da dies auch bei Konsumreduzierung in Plackerei ausarten müsste. Es soll andererseits nicht heißen, dass Selbstversorgung stets ineffizient sein muss. So wurde in den von Fridjof Bergmann initiierten »New Work«-Projekten mit Obdachlosen eine neue Idee geboren und erprobt: »high tech selfproviding«, Selbstversorgung auf hohem technischen Niveau. (vgl. Die Zeit, 18.3.94)

(33) Bereits heute sind in Deutschland etliche lokale Tauschbörsen entstanden wo trotz der Form einer Verrechnung der Leistungen in Zeiteinheiten der Gedanke wechelseitiger Hilfe im Vordergrund steht. So die Zeitbörse in Kassel. »Unter dem Motto »Bei uns ist auch ohne Moos was los« können von den mittlerweise fast 50 Mitgliedern der Kasseler Zeitbörse eine Reihe von Dienstleistungen untereinander anstatt gegen Geld mit der erbrachten Zeit getauscht werden, die vom vegetarischen Kochen, über das Baby-Sitten bis zur Hilfe bei Umzügen, etc. reicht. Mit diesem Angebot, für das den Erbringern die geleistete Zeit auf einem Zeitkonto gutgeschrieben wird, ist es der Zeitbörse gelungen, einen Beitrag zur Erleichterung des Alltags der Mitglieder zu leisten, so dass in der Zeitbörse mittlerweile Menschen aus den unterschiedlichsten sozialen Zusammenhängen zusammenarbeiten; ...« heißt es in der Presseerklärung vom 6.1.96 anlässlich des einjährigen Bestehens.

DEBATTE, TEIL IV:

Individualität und Utopie – warum eigentlich nicht?

Volker Windisch, Essen ● In CONTRASTE NR. 185 schildert *Gerhard Kern* eindrucksvoll wesentliche Bestandteile des Sartre'schen Existenzialismus. Er liefert damit ein Weltbild, das dankenswerterweise weder kollektivistisch noch idealistisch angehaucht ist. Wenn die Existenz der Essenz vorausgeht, dann ist mensch weder amorfe Masse (wie im Marxismus) noch Schöpfungsprodukt irgendeines monotheistischen »Gottes«. Unsere Spezies reinkarniert sich dann auch weder auf hinduistisch-buddhistische noch auf anthroposophische Weise.

Unklar bleibt bei diesem Extrakt jedoch, was der Existenz vorausgeht. Was *bedeutet, dass der Mensch zuerst existiert, sich begegnet, in der Welt auftaucht*, wie Sartre schreibt? Bei ihm gilt: *Der Mensch ist verurteilt, frei zu sein. Verurteilt, weil er sich nicht selbst erschaffen hat, andererseits aber dennoch frei, da er, einmal in die Welt geworfen, für alles verantwortlich ist, was er tut*. Dies hieße aber: niemand sei für das Auftauchen, Indie-Welt-Werfen des Menschen verantwortlich. Auch nicht die biologischen Väter und Mütter? Was denkt sich Sartre eigentlich hinsichtlich Geburtenkontrolle? Ihr braucht gar nicht fruchtbar zu sein, denn mehren werdet ihr euch sowieso? Mir erscheinen diese Passagen doch etwas weltfremd, jedenfalls, was die menschlichen Urprünge angeht.

Sartre definiert sodann Subjektivität scheinbar analog der Individualität: *Der Mensch ist lediglich so, wie er sich konzipiert – ja nicht allein so, sondern wie er sich will und wie er sich nach der Existenz konzipiert, wie er sich will nach diesem Sichschwingen auf die Existenz hin; der Mensch ist nichts anderes als wozu er sich macht. Das ist der erste Grundsatz des Existenzialismus. Das ist es auch, was man die Subjektivität nennt und was man uns unter eben diesem Namen zum Vorwurf macht.*

Ich will ihm das nicht vorwerfen, sondern sehe folgende Passage viel kritischer: *Und wenn wir sagen, dass der Mensch für sich selber verantwortlich ist, so wollen wir nicht sagen, dass der Mensch eben nur für sein Individuum verantwortlich ist, sondern dass er verantwortlich ist für alle Menschen (...) indem (der Mensch) sich wählt, wählt er alle Menschen.* Hier sehe ich ein Einfallstor für den Kollektivismus. Was heißt es denn, verantwortlich zu sein für alle Menschen? Im schlimmsten Falle Kollektivschuld! Zu Recht grenzen sich viele Individuen davon ab. Was kann ich denn dafür, was die Generation meiner Großeltern 20-30 Jahre vor meiner Geburt verbrochen hat? Dafür bin ich nicht bereit, Verantwortung zu übernehmen. Auch nicht, was zwischen Schwarzen und Weißen in Südafrika passiert (ist). Ich habe nie in jenem Land gelebt, kenne die rassistischen Grausamkeiten nur aus den Medien oder von Menschen, die dort waren.

Horst Stowasser (Freiheit pur, Eichborn 1995, S. 377) warnt: *Der Glaube, kollektives Arbeiten, kollektive Entscheidungen und kollektives Leben seien in jedem Falle gut und stünden für die libertäre Lebenseinstellung schlechthin, ist in der heutigen Anarchobewegung hartnäckig verbreitet. All dies ist natürlich höherer Blödsinn, denn Kollektive können ebenso gut schlechte Arbeit leisten, dumme Entscheidungen treffen oder das Leben zur Hölle machen. Die Tatsache, dass in unseren Gesellschaften das soziale Zusammenwirken von Menschen mittels Hierarchie und Vereinzelung denkbar schlecht organisiert ist, hat dazu geführt, dass der Anarchismus kollektive Modelle entwickelte, die möglicherweise besser sind. Das bedeutet aber nicht, dass auf einmal alles kollektiv zu geschehen habe. Praktische Kollektivmodelle können hervorragende Lösungen bieten, dogmatische Kollektivideologie aber ist das Ende von Freiheit und Vielfalt. Formalisiertes Kollektivhandeln führt leicht zum Tod individueller Kreativität und würgt jede Art persönlichen Genies ab. Heraus kommt das graue Einheits-Mittelmaß.*

Sehr schön denkt Jan Stehn (Manjana, Ideen für eine anarchistische Gesellschaft, Vapet-Verlag 1997) über Stowassers Kritik hinaus: *Anarchismus verlangt nicht, dass alle über alles mitreden und mitentscheiden. Viele Entscheidungen in den Vereinen sind delegiert an Arbeitsausschüsse und gewählte Vereinsräte. Die Menschen konzentrieren sich in ihrem Engagement auf Grundfragen und ihnen persönlich wichtige Anliegen und lassen anderes von anderen entscheiden. Eine typisch manjanische Parole lautet: 'Handle dort, wo du den dringendsten Handlungsbedarf siehst – dann ergänzen sich unsere Handlungen zum Besten aller'.* Manjana ist für mich eine konkrete projektanarchistische Utopie, von der so manche vergangenheitslastige Diskussionszirkel bestimmt noch lernen können. Sie wendet sich an die einzelnen Individuen, ohne ihnen irgendeine Kollektivethik vorzuschreiben. Es zählen die Prinzipien freie Vereinbarung und Vernetzung. Das finde ich wahrhaftig anarchistisch!

Natürlich kann es bei diesen Prinzipien zu einer kleinbürgerlichen Lebensweise kommen. Aber was ist so schlimm daran, wenn die KleinbürgerInnen sich in ein horizontales Beziehungsgeflecht von Individuen und Kollektiven einfügen? Nehmen wir den in Contrastekreisen und mir wohl bekannten Herrmann Cropp. Er schreibt (in: Streifzüge durch das Bewusstsein der Jahrtausendwende, Packpapier-Verlag 1995, S. 4): *Ich bin Drucker, Verleger und Schreiber seit der APO und Studentenbewegung. (...) Wir haben damals alle als Raubdrucker angefangen, in Opposition zum kapitalistischen Medienbetrieb und zur Borniertheit der Medienmächtigen. Ich hab auch noch einigen Jungs das Drucken beigebracht – Schneeballsystem. (...) Ich hab auf die Arbeit am alternativen Bewusstsein offenbar lebenslänglich gekriegt. Ökonomische Hochs und Tiefs sind leider/glücklicherweise ausgeblieben, finanziell hab ich kein Geschick. Ich hab mehr eine Handwerkermentalität. Alles ist bei mir selbst gemacht, meine Bücher, meine Flugblätter, der Computer, die uralte Druckmaschine, meine Projekte und irgendwie die Art, wie ich schreibe, ja auch, oder?* Ich finde es schön, dass Individualisten wie Herrmann seit langem ihren Platz in der CONTRASTE haben. Wie ich ihn kenne, möchte er nicht gern als Anarchist bezeichnet werden, verhält sich meines Erachtens aber deutlich anarchischer (im besten egalitären Sinne) als manch ein Anarchotheoretiker. Individuelle Utopisten können manchmal verdammt viel praktisch auf die Beine stellen. Und das zählt für mich.●

»Maschendrahtzäune« gibt es anderswo schon zur Genüge

Nochmals Debatte Myowna/Kern (siehe CONTRASTE Nr. 186)

Lieber Nico Myowna,
im Folgenden werde ich versuchen, möglichst sachlich zu bleiben und alle persönlich getönten Anmerkungen zu unterlassen. Ich glaube, es hat wenig Sinn, uns wechselseitig angebliche oder tatsächliche »Diffamierungen« um die Ohren zu hauen, sonst artet das wirklich noch in eine Schlammschlacht aus; »Maschendrahtzäune« gibt es anderswo schon zur Genüge.

Also, zunächst ist es wohl ganz ratsam, einmal den persönlichen Background kurz aufzuzeigen. *Gerhard Kern* (und er hat wohl nichts dagegen, wenn ich das hier kurz erwähne) war früher Anthroposoph und lebte im Zentrum der Anthros in Dornach/Schweiz, bevor er zusammen mit seiner Frau mit seiner anthroposophischen Vergangenheit radikal brach und 1983 ein Heim für geistig Behinderte im Hunsrück übernahm. Zusammen mit anderen engagierte er sich fortan in antipsychiatrischen und antipädagogischen Zusammenhängen und strebte ein »alternatives« Zusammenleben mit Behinderten und Kindern an; das anarchistische Moment spielte dabei selbstredend auch eine große Rolle. Heute existiert das Heim Dörrwies e.V. noch immer, wohl eines der letzten verbliebenen antipsychiatrischen Projekte aus den 70er und 80er Jahren. Seine Vergangenheit als Anthroposoph prädestiniert ihn geradezu dafür, gegenüber bestimmten esoterischen und/oder rechtslastigen Entwicklungen im »linken Lager« besonders aufmerksam zu sein. Vielleicht funktioniert die eigene Lebensgeschichte so als eine Art »Frühwarnsystem«, wo jemand wie Gerhard schon »das Gras wachsen hört«, wo andere nur eine »schöne bunte Wiese« sehen. Über die Dörrwies e.V. und die politische Position von Gerhard Kern näheres unter: http://members.aol.com/egalite/index.htm. Dort findet man auch einen Text von mir: »Steuern wir auf eine Diktatur zu?« (das nur zur Information).

Was mich betrifft, so bin ich Sozialwissenschaftler und beschäftige mich im Moment vorwiegend mit den Auswirkungen der »Globalisierung« auf die Strukturen des zeitgenössischen kapitalistischen Systems. »Weltanschaulich« wurde ich von der Kritischen Theorie und dem Frankfurter Institut für Sozialforschung zunächst stark beeinflusst, später beschäftigte ich mich stark mit französischer Philosophie (Sartre, Camus, später Foucault und den Poststrukturalisten). Speziell Foucault hat mein Weltbild stark geprägt, seine Variante von Diskurs- und Herrschaftskritik und seine Version von »totalem Ideologieverdacht« waren lange Zeit meine »Favoriten«. Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus und dem Siegeszug des Neoliberalismus in den 90ern habe ich mich gleichsam wieder meiner Ausgangslage zugewandt und mich wieder vermehrt marxistischen Ansätzen gewidmet. Am Aussichtsreichsten erscheint mir da z. Zt. die Nürnberger *Krisis-Gruppe* mit ihrer Wertkritik und ihrer Kritik des Arbeitsfetischs. *Robert Kurz* ist halt der wichtigste Repräsentant dieser Gruppe, neben *Norbert Trenkle* und *Ernst Lohoff*.

So, ich hoffe, damit können Sie uns »ideologisch« besser einordnen, werter Herr Myowna.

Ich will Ihre Motive und Absichten gar nicht in Frage stellen. Nur ist es ja wohl nicht so, als sei der Anarchismus völlig jungfräulich und könne sich der ideologischen Infiltration durch andere Ideologeme vollständig entziehen. Sieht man sich das einmal geistesgeschichtlich an und fragt man danach, wo der Anarchismus eigentlich herkommt, so ist es halt nun mal so, dass er ein Spross des Liberalismus ist. Das merkt man allein schon daran, dass er stark – wenn auch negativ – staatsfixiert ist, m. a. W. weniger die kapitalistische Ökonomie (wie der Marxismus) als vielmehr den kapitalistischen Staat als seinen »Hauptfeind« ansieht. Das hat heutzutage die paradoxe Folge, dass der Anarchismus – wohl ungewollt, aber immerhin – mitunter zum unfreiwilligen Verbündeten des Neoliberalismus wird. Es kann ja wohl kein Zufall sein, dass viele Marktradikale in den USA sich selbst »Libertäre« oder »Anarchisten« nennen – Marktradikalismus und Anarchismus haben die »Staatsferne« gemeinsam. Ich habe in angelsächsischen Publikationen gelesen, dass Leute wie von Hayek oder der »Papst« des Neoliberalismus, *Milton Friedman* mitsamt seinen »Chicago Boys« ernsthaft und ohne einen Lachanfall zu riskieren als »Libertäre« bezeichnet wurden. Friedman hat ja bekanntlich seine neoliberalen Wirtschaftsmethoden zuerst in Zusammenarbeit mit dem chilenischen »Libertären« Pinochet in die Tat umgesetzt – später wurde das Konzept von den »Libertären« Reagan und Thatcher übernommen. Soweit zum angelsächsischen »Anarchismus« resp. »Libertärismus« (wenn's den denn gibt).

Man sieht, die Dinge liegen nun einmal etwas komplizierter, als simple weltanschauliche Strickmuster dies suggerieren. Es ist grundsätzlich keine Weltanschauung davor gefeit, missbraucht und ins Gegenteil verkehrt zu werden, erst recht nicht der Anarchismus. Die Extreme berühren sich halt doch mitunter.

Die ewigen, unfruchtbaren Auseinandersetzungen zwischen MarxistInnen und AnarchistInnen öden mich ehrlich gesagt ziemlich an. Das mag ja alles zu Marx' und Bakunins Zeiten noch ganz unterhaltsam gewesen sein, aber wir leben inzwischen im 21. und nicht mehr 19. Jahrhundert, auch wenn das so Manchen bis heute immer noch nicht recht aufgefallen zu sein scheint. Den Balken im Auge des Anderen zu sehen und sich wechselseitig blinder Flecke zu bezichtigen, hatte beim Verhältnis Marxismus-Anarchismus vor allem zur Folge, dass man unfruchtbar aneinander vorbei diskutierte. Die Anarchisten haben sicherlich zu Recht kritisiert, dass der Marxismus an einer Staatsvergottung leide, während umgekehrt die Marxisten den Anarchisten zu Recht vorwarfen, die Rolle der Ökonomie zu ignorieren. Aber das alles ist, wie gesagt, Stand 19. Jahrhundert, und für die heutige Diskussion nicht mehr zu gebrauchen. Ich bin hier mit der oben erwähnten Krisis-Gruppe um Kurz einer Meinung: was Anarchismus und Marxismus (oder wie Kurz sagen würde: der »Arbeiterbewegungsmarxismus«) beide – teilweise bis heute – ignorieren, ist der Totalitarismus des »warenproduzierenden Systems« – auch der Realsozialismus stellte ja die Herrschaft von Warenproduktion und Geld nicht grundsätzlich in Frage, und das Ergebnis ist hinlänglich bekannt. Auch der Anarchismus hat letztlich die Brisanz, die im Marx'schen Begriff des »Warenfetischs« steckt, sträflich vernachlässigt und unterschätzt. Dass der Staat tendenziell absterben soll – nun ja, dagegen hätten selbst Blair und Schröder »tendenziell« nichts mehr einzuwenden. Damit rennt der Anarchismus inzwischen offene neoliberale Scheunentore ein.

Dass die Herrschaft von Menschen über Menschen möglichst abgeschafft werden sollte – darüber sind wir uns ja einig, lieber Herr Myowna. Wenn ich jetzt etwas spitzfindig wäre, könnte ich allerdings hinzufügen: wenn Herrschaft nicht mehr ist, bliebe – nach *Max Weber* – Macht übrig. Und wenn man Macht und Herrschaft in ihrer Wirkungsweise miteinander vergleicht, so ist gegenüber der Willkür der Macht die legitime Herrschaftsausübung fast noch vorzuziehen. Aber ich will jetzt, wie gesagt, nicht spitzfindig werden.

Eines habe allerdings nicht verstanden, Herr Mywona, beim besten Willen nicht: was, um Himmels willen, verstehen Sie unter »antiutopischer Methode« und der »Einstellung zur Welt der Bewegung«? Welche Methode welcher Bewegung? Andere Leute haben ja ganze Geisterarmeen in Bewegung gesetzt, um den »Endsieg« doch noch zu erringen, aber was soll diese »methodische Bewegung« denn realiter darstellen? Ein neuer Geheimbund oder was? Kann man da beitreten oder was, gibt's da einen Kassenwart und eine Vereinssatzung? De Sade hat ja mal eine »Gesellschaft der Freunde des Verbrechens« gegründet, die Freimaurer gibt's ja wohl auch noch, aber von dieser »methodischen Bewegung« habe ich wirklich noch nie etwas gehört. Habe ich da was verpasst?

Mit solidarischen Grüßen, Kurt-Werner Pörtner●

Diskussion um »Nationale Anarchisten«

Hallo Nico MYOWNA, mit Missvergnügen hast Du also meinen Beitrag zur CONTRASTE-Debatte gelesen. Ich finde das schade, aber verständlich, wenn man Deine Ausführungen dann liest. Sicher war es nicht mein Anliegen eine Schlammschlacht anzuzetteln, ebensowenig wollte ich auf irgendwelche Säulenheiligen »eindreschen«. Mein Ansatz war, die Fehler der Vergangenheit aufzuzeigen an Beispielen aus der Kritik (z.B. Bloch) und durch @-Selbstkritik Tendenzen zu vermeiden, die unweigerlich nach Rechts führen. Sicher waren die Beispiele Mahler und Dutschke nicht geeignet um anarchistische Fehlentwicklungen zu skizzieren, aber der Verweis auf sie zeigt eben, dass bei sogenannten Vordenkern sehr häufig z.B. nationalistische Inhalte in der Potenz schon immer vorhanden waren und wir dürfen uns daher nicht wundern, dass es sowas gibt, wie »nationale Anarchisten«. Aber allein die Tatsache, dass bisher kein Widerstand aus der anarchistischen Ecke gegen diese Faschisten kommt, hat bei mir das Alarmglöckchen bimmeln lassen.

In Deinem Punkt 4 trägst Du mir an, dass es mir peinlich sein müsste, dass »ehemalige oder noch-marxistische Parteien mit Nazi-Parteien zusammenarbeiten«. Warum sollte mir das peinlich sein? Ich habe doch mit diesen Entwicklungen gar nichts zu tun. Das müssen die von Dir benannten Gruppierungen/Parteien intern klären. Wir könnten die Leute aus diesen Zusammenhängen auf solche Tendenzen verweisen und Kritik üben. Aber ich habe als Anarchist mit den AnarchistInnen zu tun und betrachte die Debatte als Selbstkritik, nicht mehr und nicht weniger...

Schon in früheren Zeiten haben sich die @-GenossInnen bei Kritik an antisemitischen, nationalen oder biologistisch/esoterischen Bestandteilen in der @-Bewegung vornehm oder soll ich sagen ängstlich zurückgehalten, mit der komischen Begründung, man müsse doch tolerant sein..... Ich bin sicher, dass die AnarchistInnen nicht daran vorbei kommen, genau diese Themen auch öffentlich kontrovers zu diskutieren und Position zu beziehen. Im anderen Falle werden sie unglaubwürdig für jene, die eine linke politische Gesellschaftsentwicklung wollen, denn links und rechts gibt es immer noch und zwar entgegen vieler anderslautender Behauptungen.●

In diesem Sinne, Gerhard Kern

Anm.: @ steht hier für »anarchistisch/e«

»Eine durchgeknallte Nazigruppe«

Hallo Gerd Kern,
Ich wusste noch nicht, dass mensch eine Schlammschlacht vermeidet, indem mensch mit Schlamm wirft. Was die Säulenheiligen betrifft: so du Anarchist bist, müsstest du wissen, dass es diese für AnarchistInnen nicht gibt. Eine Heiligen- oder Heldenverehrung lebender oder verstorbener Theoretiker findet nicht statt, noch werden deren Schriften/Äußerungen als ein für alle Mal feststehende Weisheiten und Dogmen angesehen.

Und falls du damit meinen solltest, mir bezüglich Bakunin oder Proudhon auf empfindliche Zehen getreten zu sein: dies sind weder meine »Säulenheiligen« noch **die** anarchistischen Theoretiker für mich. Wobei mich, nebenbei bemerkt, auch keiner der anarchistischen Theoretiker vom Selberdenken abhält.

Schön, dass wir uns insofern einig sind, dass mit den Beispielen Dutschke und Mahler keine anarchistischen Fehlentwicklungen zu belegen sind. Der Schluss jedoch, mit dem Verweis auf **Marxisten** sei ein Analogieschluss auf anarchistische »Vordenker« möglich, ist so gewagt wie nicht haltbar: wenn die einen..., dann **müssen** und **werden** auch die anderen – das ist keine philosophische Betrachtung noch ist es eine wissenschaftliche oder fundierte Herangehensweise, aus der solche Analogien entstehen. Wie schwankend der Grund ist, zeigt auch deine Formulierung: » ... **sehr häufig** ... **in der Potenz schon immer** (??) vorhanden..«. Das ist ein ziemliches Rumgeeiere, formulierungstechnisch.

Mich wundert bei Nazis eigentlich auch recht wenig. Und das ist ein wesentlicher Fehlschluss bei dir, dass es sich bei dieser Gruppe um **AnarchistInnen** handeln soll: nein, das sind Nazis. Für die du also die anarchistische Bewegung nicht verantwortlich halten kannst. Ebensowenig wie sich Marxisten für die Existenz von Nationalbolschewisten verantwortlich halten lassen wollen.

Das ist nun auch wieder eine Äußerung, die, sagen wir zurückhaltend: an Diffamierung grenzt. Es gibt reichlich Widerstand aus der anarchistischen Bewegung gegen Faschisten und also auch gegen diese; die Antifa ist keine rein autonome Veranstaltung, es gibt auch die anarchistische Antifa und weiterhin zu bedenken geben möchte ich, dass der Antifaschismus im Anarchismus ein wichtiger Aspekt ist. Dass du vielleicht von konkreten Aktionen etc. gegen diese Gruppe noch nicht gehört hast, könnte ja auch daran liegen, dass mensch solche Planungen nicht unbedingt über alle

Fortsetzung nächste Seite

»Auf dem falschen Dampfer?«

Lieber Nico Myowna,
vielen Dank für Ihre ausführliche Darstellung der historischen Genese des Anarchismus in Europa und den USA. Ich bin nun kein Experte für den Anarchismus, sondern habe mich eher am Rande damit beschäftigt. Ich habe als Jugendlicher, so mit 15, 16 Proudhon (»Erinnerungen eines Revoutionärs« hieß das glaube ich) und Stirner (»Der Einzige und sein Eigentum«) gelesen, wobei ich noch in Erinnerung habe, dass ich die Lektüre von Proudhon als zu mühsam, die von Stirner als inspirierend empfand. Stirner ist was für jugendliche Feuerköpfe. Aber das ist alles jetzt ungefähr 25 Jahre her, und Sie werden verstehen, dass das mir nicht mehr so taufrisch vor dem geistigen Auge steht.

Wo ich mich etwas besser auskenne, sind anarchistische AutorInnen im Zusammenhang mit der (Anti-)Pädagogik. Ich habe mich ziemlich ausführlich mit Autoren wie John Holt, Paul Goodman oder Christiane Rochefort befasst, so dass ich da eher mitreden kann. Ich hatte bzw. habe noch (abgesehen von Gerhard Kern) persönliche Kontakte zu AnarchistInnen. Ich hatte mal kurzzeitig mit dem FLI zu tun, das ich aber eher als unverbindlichen Laberverein empfand, habe Leute von der FAU kennengelernt und bin mit Gerald Grüneklee, der den anarchistischen Buchversand ANARES NORD betreibt, befreundet. Und habe den »Schwarzen Faden« abonniert. Also, so ganz unbeleckt bin ich dann wieder auch nicht. Ach so, die Graswurzelrevoluzzer kenne ich auch noch.

Sie sehen schon, das ist alles ziemlich heterogen, das ergibt kein einheitliches Bild. Die meisten Anarchisten, die ich kennenlernte, waren sympathische, liebenswerte Leutchen, und da liegt auch schon ein wenig das Problem für mich: vielleicht eine Spur zu harmlos?! Ganz im Gegensatz zu dem, was die bürgerliche Journaille in unseligen RAF-Zeiten als »anarchistische Gewalttäter« bezeichnete (obgleich ja die Bezeichnung für die RAF als »Leninisten mit der Knarre« viel eher zutrifft), ganz im Gegensatz dazu habe ich eher das Gefühl, dass viele AnarchistInnen (ich sage das jetzt und nehme damit gewisse Missverständnisse in Kauf) nicht »skrupellos« genug sind, um im politischen Alltagsgeschäft bestehen zu können. Und die relative Erfolg- und Spurenlosigkeit, die die anarchistische Bewegung in all ihren Facetten nun mal unbestreitbar »auszeichnet« (bis auf die relativ kurze Episode im Katalonien des Spanischen Bürgerkriegs, auf die in anarchistischen Postillen ja auch immer wieder Bezug genommen wird, denn ansonsten ist da nicht viel – und auch Ken Loach kann daran nichts ändern), hängt die im Grunde nicht auch mit dieser »Harmlosigkeit« zusammen?

Sie könnten jetzt sagen, dass diese Harmlosigkeits-These im Gegensatz zu der Behauptung stünde, dass der Anarchismus mit viel weniger harmlosen »Infiltraten« durchsetzt sei. Aber vielleicht ist das gar kein Widerspruch, sondern die notwendige Konsequenz daraus. Ich will Ihnen mal eine kurze Episode erzählen. Auf einem FLI-Treffen in Niedersachsen vor etwas mehr als vier Jahren war auch einer dabei, der die anderen Mitdiskutanten ständig mit etwas behelligte, was er »buddhistische Erkenntnistheorie« nannte. Egal, worüber gerade diskutiert wurde, es gelang ihm immer wieder, alles auf seine Mühlen zu lenken. Es war eher »sanfte« Esoterik, die er da verbreitete, ich habe auch weder was gegen Buddhismus noch gegen Erkenntnistheorie, aber ich empfand es schon so, dass die anderen in einem missverstandenen Begriff von »Toleranz« ihn gewähren ließen und ihn nicht in seine Schranken wiesen; denn es war mitunter wirklich störend. An diesem kleinen, im Grunde belanglosen Beispiel möchte ich aufzeigen, wie schnell das passieren kann, dass esoterisches Gedankengut in Kreise »sickert«, die sich davor gefeit glauben.

Ich habe etliche Leute kennengelernt, die zwar im engeren Sinne keine AnarchistInnen waren, sondern im weiteren als »politisch engagiert« eingestuft werden konnten (Friedens-, Öko-, Anti-AKW-Bewegung, Startbahn West usw. usf.), die um 1983 herum – dieses Jahr empfinde ich als die entscheidende Zäsur – plötzlich anfingen, mit »erleuchteten« Augen durch die Gegend zu laufen, von einer Therapie in die andere rannten, nach Poona übersiedelten oder schlicht und einfach 'ne Firma aufmachten. Das ging alles ziemlich schnell und ohne nennenswerten Übergang. Die scheinen alle von einem plötzlich auftretenden »Anti-Politik-Virus« befallen worden zu sein. Mir sind solche urplötzlichen Gesinnungswechsel ohne nachvollziehbaren, plausiblen Grund ein Rätsel, und alles, was zur Erklärung dieses »Rätsels« beiträgt, betrachte ich als Erkenntnisgewinn. Beiträge, die nachweisen wollen, dass man »eigentlich« »damit« nichts zu tun hat, tragen zur Aufhellung dieses offenbar nur massenpsychologisch erklärbaren Sachverhalts nichts bei.

So, das war jetzt mal die »konkretistische« Abteilung, ich möchte mich jetzt im Folgenden auch noch zu einigen theoretischen Aspekten äußern.

Sie schreiben u. a.: »Der Antiutopismus des Anarchismus ist die allen anarchistischen Klassikern und allen, die die darin enthaltene Methode vertreten, eigene Identifikation der Anarchie mit dem Leben und der Lebendigkeit selbst«. Nun ja, sag ich mir, alles schön und gut, nichts dagegen, aber was ist daran, bitte sehr, originär »anarchistisch«? Solche Thesen vertrat auch Nietzsche (»Willen zur Macht«), Henri Bergson mit seiner Lebensphilosophie und seinem »elan vital« und der Existentialismus, der unbestreitbar (weil Sartre ein Heidegger-Schüler war) ein »Kind« der phänomenologischen Existentialontologie á la Heidegger ist. Sie verweisen auf Schlegel, also auf die Frühromantik. Im Gegensatz zu manch anderen betrachte ich die Frühromantik nicht als »Zerstörung der Vernunft« bzw. der Aufklärung, sondern als wohl not-wendigen Gegenschlag gegen diese, geistesgeschichtlich exakt erklärbar. Nur: von Anfang an war die Frühromantik (die Frühromantiker haben ja z. B. auch als Erste so etwas wie Wohngemeinschaften begründet) eine hochambivalente Geschichte. Nicht umsonst sind viele Romantiker später einem religiösen Wahn verfallen (wie Novalis) oder schlicht und ergreifend in den »Schoß der Kirche« bzw. der Reaktion wieder zurückgekehrt. Romantische Überschwenglichkeit ist halt eben auf Dauer kein solides Fundament. Der von Ihnen erwähnte Fichte propagierte in einer berühmten Schrift den »Geschlossenen Handelsstaat«, was man als Frühform des Nationalismus begreifen kann. Nebenbei: auch der vielgescholtene Hegel war ja in seiner Jugendzeit keineswegs bereits der Chefideologe des preußischen Staates, der in der »Rechtsphilosophie« eine Art konstitutionelle Monarchie propagierte. Nein, in seiner Jugendzeit riet er noch seinem Intimus Hölderlin, nicht zu offen als Jakobiner aufzutreten, aber nicht aus Opportunitäts-, sondern schlicht aus Vorsichtsgründen.

Es ist nicht einfach, die Knoten zu entwirren, ich weiß. Aber man muss diese ideengeschichtliche Gemengelage schlicht zur Kenntnis nehmen, und das gilt für jede Weltanschauung und jede »Ideologie« (der pejorative Charakter des Wortes »Ideologie« ist ja erst im Verlauf der letzten 200 Jahre entstanden). Mich interessieren ideologische »Reinheitsgebote« nicht, sondern eher die schlichte historische Tatsache, dass viele Ideen »unrein« sind, eklektisch, widersprüchlich und vieles mit sich mitschleppen von ihrer Herkunft her, was sie »eigentlich« gar nicht haben wollen. Das ist an sich nichts Schlimmes, muss aber immer wieder mit reflektiert werden. Es fällt den AnarchistInnen kein Zacken aus der Krone, wenn man sie auf Widersprüche in ihrer eigenen Geschichte hinweist. Das Gleiche gilt natürlich für die Marxisten, da sehe ich absolut keinen Unterschied. Nebenbei: der von mir so geschätzte Adorno z. B. hat selbstredend auch seine Schwachstellen, etwa diese Entsagungsgeste »reiner« Theorie (ich meine jetzt natürlich den späten Adorno), die ich absolut nicht nachvollziehen kann und die auch von den 68er-Studenten völlig zu Recht kritisiert wurde.

Robert Kurz bezieht sich im »Schwarzbuch Kapitalismus« positiv nicht auf die Arbeiterbewegung, sondern auf die Maschinenstürmer und die englischen Ludditen des 18. und frühen 19. Jahrhunderts, die er als die wirklichen Opponenten gegen die Zumutungen der Ersten industriellen Revolution ansieht. Die Maschinenstürmer seien nicht an und für sich »technikfeindlich« gewesen, wie ihnen in der marxistischen wie bürgerlichen Geschichtsschreibung immer wieder unterstellt wird, sondern sie waren eher ProtagonistInnen einer »sozialen Bewegung«, die gleichsam mehr »instinktiv« als reflektiert die menschenverachtende Roheit der »schönen Maschine« Kapitalismus ablehnte.

Seltsamerweise beziehen sich AnarchistInnen, soweit ich das übersehe, selten bis nie positiv auf diese »soziale Bewegung«, sondern da sind sie sich mit den Marxisten seltsam einig, dass die Maschinenstürmer und Ludditen im Grunde »verblendete« Technikfeinde waren. Ich habe vor einiger Zeit im »Schwarzen Faden« gelesen, dass Marx von Proudhon viele Ideen »geklaut« habe, was Fragen der Ökonomie angehe; die Pointe ist jedoch eine andere. Ich glaube, die Frage, wer hier von wem geklaut hat, ist wirklich nur noch von historischem Interesse. Ich empfinde die Frage, wer das Copyright auf bestimmte Ideen hat, ehrlich gesagt als ziemlich sekundär. Entscheidend ist doch, welche Schlussfolgerungen man daraus zieht bzw. wer die Theorie am ehesten fortentwickelt und differenziert hat. Und da haben nun mal all die Proudhons, Stirners und Bakunins dem guten Marx wirklich wenig entgegenzusetzen. Die entscheidende Pointe bei Marx ist doch, dass er Fragen nach dem »gerechten Tausch«, der »gerechten Entlohnung«, ja selbst sogar die Frage: wem gehört der produzierte Mehrwert? (die für die Kommunisten die alles entscheidende war) als innerkapitalistische Spiegelfechterei wenn schon nicht enttarnt, so doch zumindest in Ansätzen thematisiert hat. Zugegeben: vieles an der Fetischtheorie von Marx, an seiner Wert- und Geldkritik klingt dunkel und »obskur«. Aber das liegt daran, dass er die Wertkritik nicht bis zur letzten Konsequenz getrieben hat, und genau an diesem Punkt gilt es m. E. anzusetzen. Dieses Weitertreiben an diesem Punkt findet, soweit ich das überblicken kann, im Moment wirklich nur bei der Nürnberger Krisis-Gruppe statt (leider). Die AnarchistInnen träumen dagegen überwiegend immer noch noch von ihrem »gerechten Tausch« und ihren »kommunalistischen« Tauschringen und zirkulieren in der Zirkulationssphäre wie der ehrbare Kaufmann von Anno Dunnemals. Ich glaube, da wird wohl noch viel Wasser den Rhein oder die Elbe runterfließen, bis sie endlich mal merken, dass sie da entschieden auf dem falschen Dampfer sind.●

Mit solidarischen Grüßen, Kurt-Werner Pörtner

P.S.: Ich habe im WWW recherchiert und bin auf die Website der AFD gestoßen. Ihren Beitrag über die »Zukunft des Weltkapitalismus« von 1998 fand ich recht anregend, wenn auch unter oben genanntem Vorbehalt.

Der Antiutopismus des Anarchismus

Werter Kurt Pörtner,
vielen Dank für Ihre in einigen Abschnitten sachliche Antwort.

Ihre Antwort zeigt, dass Sie über die sozialphilosophischen Grundlagen des Anarchismus nur rudimentär oder gar nicht informiert sind, obgleich Sie sich trotzdem ein Urteil über **den** Anarchismus erlaubt haben bzw. erlauben. Sonst würden Sie bei Erwähnung eines dem Anarchismus eigenen Essentials, besagter »antiutopischer Methode«, nicht nachfragen, was damit gemeint ist.

Der Antiutopismus des Anarchismus ist die allen anarchistischen Klassikern und allen, die die darin enthaltene Methode vertreten, eigene Identifikation der Anarchie mit dem Leben und der Lebendigkeit selbst. Leben beinhaltet die Überschreitung von Grenzen; hinter jeder Grenze eröffnen sich dem Leben neue Möglichkeiten der Existenz, die meist vor Überschreitung der Grenze nicht vorhersehbar waren. Deshalb kann jegliche Prognose nur die wahrscheinlichen Möglichkeiten der zur Zeit der Erstellung der Prognose absehbaren Entwicklungen berücksichtigen; zukünftige Möglichkeiten, die erst nach überwindung der alten Zustände erkennbar werden, können von der Utopie nicht eingefangen und nur erwartet werden.

Mehr noch, die Umsetzung einer Utopie außerhalb der Epoche ihrer Entstehung kann auf Herrschaft und neuerliche Unterdrückung des Lebens hinauslaufen, wenn die Regeln und Ideen der Utopie über die Gegebenheiten der Gegenwart gestellt werden; die Rückkehr zur Utopie des 19. Jahrhunderts beispielsweise in der Zeit des Internets und der vernetzten Gesellschaft beschneidet diese um die Möglichkeiten, die aus der entwickelten Kommunikationstechnik erwachsen; die Utopie (des 19.Jahrhunderts) wird der Lebendigkeit der Gesellschaft ebensowenig gerecht wie die in der Vergangenheit festgeschriebenen Gesetze des Staates, weshalb beides abzulehnen ist.

Sie behaupten, dass der Anarchismus ein Spross des Liberalismus sei. Wenn ich diesbezüglich David McLellan richtig verstanden habe, muss die gesamte junghegelianische und später (deutsch-)kommunistische Bewegung, aus der in den deutschsprachigen Gebieten **der Marxismus und Anarchismus** hervorging, als Spross des Liberalismus aufgefasst werden. Grundgedanken des Anarchismus wurden 1796 von Schlegel und später von J.G. Fichte formuliert. Etwa zeitgleich mit Proudhon trat Moses Hess mit einigen libertären Ideen in den mittleren Auflagen der Deutschen Jahrbücher hervor, bevor er Marx für die kommunistische Bewegung gewann.

In der frankophonen Welt dagegen (siehe Denis Diderot) und in den USA (zwischen 1820 und 1840 die Experimente und Schriften von Joshua Warren) entstand der Anarchismus zeitgleich mit (utopischer Sozialismus genannt) und in Konkurrenz zum Liberalismus.

Gemeinsam ist dem Anarchismus und dem Liberalismus der Ausgangspunkt: die in der französischen Revolution festgeschriebenen Menschenrechte. Der Liberalismus strebt nun eine rechtliche Durchsetzung dieser Menschenrechte an, der Anarchismus dagegen sucht sie zu analysieren und auf ihren Grundgedanken zurückzuführen: die Menschenwürde jedes Menschen besteht darin, die ihm gegebene Chance zur Selbstverwirklichung zu ergreifen und ihr entsprechend zu handeln; jede Lebensäußerung, Weltanschauung ect. ist Ausdruck der unabdingbaren Menschenwürde und muss jedem Menschen zugestanden werden, solange diese nicht das gleiche Recht zum Ausdruck unabdingbarer Menschenwürde anderer Menschen beschneidet. Für alle AnarchistInnen ist es unstreitig, dass der gegenwärtige Kapitalismus Menschen am Ausdruck ihrer Menschenwürde durch Verunmöglichung ihrer Selbstbestimmung bzw. -verwirklichung hindert und deswegen überwunden werden muss.

Sie behaupten ferner, dass die Ökonomie von den AnarchistInnen theoretisch vernachlässigt worden sei. Dieses ist sachlich falsch. Proudhon schrieb bedeutende Werke über ökonomische Fragen; J. Warren, Tucker, Spooner u.a. sahen als IndividualanarchistInnen in einer gerechteren, klassenlosen anti-kapitalistischen Wirtschaft eine notwendige Voraussetzung für eine libertäre Gesellschaft; zwischen 1820 und 1850 wurden mehrere libertäre Experimente mit einer gerechteren Währungs- und Wirtschaftsordnung in den USA durchgeführt; und auch der Anarcho-Syndikalismus erkannte im ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse einen Weg zur libertären Gesellschaft. Indem Sie geltend machen, das die Kritik des Marxismus, der Anarchismus würde die Ökonomie vernachlässigen, rechtens sei, machen Sie sich eine Propagandalüge einiger marxistischer Kreise zu eigen.

Ihnen unterläuft der Fehler, aufgrund einer Selbstbezeichnung auf eine Nähe zum Anarchismus zu schließen, indem sie die »Libertarian Party« der USA dem Anarchismus zuordnen. Die meisten der über 1 Million Mitglieder dieser Libertarian Party bezeichnen sich selbst als MinanarchistInnen, da sie den Staat nicht abschaffen, sondern auf die Bereiche Landesverteidigung und Außenpolitik begrenzen wollen.

Nur eine Mindertheit von einigen hundert Menschen innerhalb und außerhalb der Libertarian Party bezeichnet sich selbst als anarchistisch oder anarcho-kapitalistisch; bezeichnenderweise berufen sie sich nicht auf die libertären Experimente zwischen 1820 und 1850. Vielmehr bezeichnen sie den Kapitalismus als Utopie, weil der bestehende Kapitalismus durch die staatliche Zentralgewalt und staatliche Eingriffe in die Wirtschaft zum Staatskapitalismus bzw. steuerpolitischem Zwangskommunismus verfremdet würde.

Der Erfolg und die Selbstbezeichnung als Libertarian Party hat vor allem inneramerikanische historische Gründe; die Partei rechnet Jefferson und Spooner (in seinen frühen Werken) zu ihren geistigen Vätern, der im ersten Fall an der Verfassung der USA beteiligt war und im zweiten Fall eine dem Geist dieser Verfassung entsprechende Wirtschaftsstruktur (ohne Zentralregierung und Zentralbank!) in den frühen Veröffentlichungen forderte. Da die USA aus einer Revolution (und dem folgenden Krieg) hervorgingen, beinhaltet der us-amerikanische Ultrakonservatismus die Forderung nach Beibehaltung der revolutionären Werte der Revolution: ohne Einmischung einer Zentralgewalt vor Ort sein eigenes Ding zu machen, Konflikte durch in den Busch gehen zu lösen, um auf Public Land selbstbestimmt zu leben sowie den vollen Ertrag der eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit einzustreichen, ohne dass Steuern an eine ferne Zentralgewalt zu entrichten wären.

Die ultra-konservative Libertarian Party wünscht sich im Grunde den Zustand Mitte des 19.Jahrhunderts zurück, als im Grenzland zum Indianerland jede einzelne Siedlung sich die Gesetze geben konnte, die sie wollte – ohne das Gesetz der Bundesregierung übernehmen zu müssen; sie wollen wie die Sklaven im antiken Rom aus der Knechtung der Zentralgewalt entlassen werden – daher ihre Selbstbezeichnung als (right-wing) »Libertäre«.

Dies kann mensch auch an den Diskussionen innerhalb und außerhalb der Libertarian Party ablesen, libertäre Staaten auf Bohrinseln, Inseln oder Schiffen zu gründen, in die Wälder zu gehen, Untergrundkapitalismus ohne Steuerzahlung zu betreiben oder durch Wirtschaftsringe zur Goldwährung zurückzukehren; diese Diskussionen werden seit den frühen sechziger Jahren geführt, als aus der Vorläuferbewegung (VONU, Harry Brown's »How to get Freedom in an unfree world« [erschienen 1964] etc.) einmal die ultrakonservative Libertarian Party und zum anderen die Hippybewegung hervorging. Harry Brown trat 1996 bezeichnenderweise als Präsidentschaftskandidat der Libertarian Party auf und ist dort Parteivorsitzender.

Im Gegensatz zur ultrakonservativen, right-wing Libertarian Party (in der sich viele der Goldwater-for-president-Kampagne Mitte der sechziger Jahre organisierten) bezeichnen sich die AnarchistInnen als Left-Libertarian. Sie haben mit der Libertarian Party, die oft in einem Atemzug mit der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei von Amerika und dem KKK genannt wird, nichts zu tun.

Von einer »Infiltration« kann daher keine Rede sein; vielmehr bewegt sich der Klüngel der Libertarian Party ebenso außerhalb des Anarchismus wie die FPÖ außerhalb des liberalen Lagers, da sie der Gruppe europäischer liberaler Parteien nicht mehr angehört. Vielmehr waren es mehrheitlich anarchistisch-left-libertäre Gruppen in Amerika, die die Gegendemonstrationen in Seattle/USA gegen die WTO organisierten – gegen Forderungen nach unbeschränktem Welthandel der WTO, die von der ultrakonservativen Libertarian Party unterstützt wurden. Wollen Sie diesen Gruppen unterstellen, von ultrakonservativen rechten Elementen »infiltriert« zu sein?!●

Mit anarchistischem Gruß, Nico
AFD Barmbek

FORTSETZUNG VON SEITE 10

(Mail-)Bretter laufen lässt. Insofern kannst du nicht von Tatsache sprechen (oder bist du über die Aktivitäten sämtlicher anarchistischer Gruppen informiert?!), sondern dies höchstens vermuten.

Dass du Anarchist bist/sein willst, geht aus deinem Debattenbeitrag nicht hervor, der sich schließlich bis auf die einleitenden Absätze eingehend mit dem Marxismus befasst sowie insbesondere bei der gesamten Bloch-Flötenarie, die darin enthalten ist.

Ich bin selbst seit 1977 Anarchist, aber solche Toleranzforderungen gegenüber »antisemitischen, nationalen oder biologistisch/esoterischen« Aspekten/Gedanken etc. habe ich in der anarchistischen Bewegung damals nicht erlebt und auch heute nicht. Vielleicht liegt es ja an den Leuten, mit denen du Kontakte hast?

Wenn du von »antisemitischen, nationalen oder biologistisch/esoterischen **Bestandteilen** in der @-Bewegung« schreibst, soll das wohl heißen, dass es solche in der anarchistischen Theorie und Praxis gab und gibt – also welche? Wobei ich hier dann explizit nach Beispielen aus der Gegenwart frage, denn da Proudhon, Bakunin et al für AnarchistInnen eben nicht auf dem Podest stehen und über alle Kritik erhaben sind, ist diese Kritik bereits geübt. Es wäre auch schön, wenn du mehr Beispiele anführen könntest als eine durchgeknallte Nazigruppe, die sich »nationale Anarchisten« nennt.

Bei den Themen Faschismus, aber ebenso Antisemitismus, Rassismus, Biologismus/Esoterik ist m.E. für AnarchistInnen recht wenig **kontrovers** zu diskutieren und Position wird von AnarchistInnen bereits bezogen. Ich denke nicht, dass du **ernsthafte** anarchistische Gruppen (wohlgemerkt, nicht die besagten durchgeknallten Nazis) finden wirst, die Faschismus, Antisemitismus etc. siehe oben nicht ablehnend gegenüberstehen, sondern diese im Gegenteil, und sei es in Teilen, propagieren.

Die »linke politische Gesellschaftsentwicklung«, nebenbei, ist ein Allgemeinplatz – denn als »links« wurde auch die Diktatur des Proletariats mit Kontrolle, staatlicher Dominanz und recht wenig individueller Freiheit angepriesen, und eine solche linke Entwicklung ist nicht im anarchistischen Sinne.

Eines noch: wenn du selbst Anarchist bist, warum wiederholst du dann in deinem Debattenbeitrag den marxistischen Fehlschluss »AnarchistInnen = Kleinbürger« und allem Anschein nach als zutreffend???●

Mit freidenkerisch-libertärem Gruß, Nico

DEBATTE

Einige Anmerkungen zur Tauschringideologie

Auf den vorangegangenen Seiten haben wir die Diskussion zum Debattenthema unter dem Titel »Individuelle Utopisten und die Anarchie« in der CONTRASTE-Mailinglist wiedergegeben. In der Mailinglist scheint sich etwas widerzuspiegeln, das in der CONTRASTE bisher kaum stattfand: LeserInnen diskutieren über CONTRASTE-relevante Beiträge. Auch die seit langem schmerzlich vermisste Diskussion in der Printausgabe zum Thema Tauschringe findet nun in diesem Forum statt. Nachfolgend ein erster Beitrag.
Für alle, die an der Mailinglist teilnehmen wollen: E-Mail an folgende Adresse: contraste.list-request@listserv.hbi-stuttgart.de, im Betreff angeben: subscribe.

von Kurt-Werner Pörtner ● Ich bin erst seit kurzem in der Contraste-Mailinglist, und habe auch erst zwei oder drei Ausgaben der Zeitschrift CONTRASTE goutiert, aber bei all dem ist mir schon aufgefallen, dass bestimmte Fraktionen innerhalb der Selbstverwaltungsszene (»Alternativszene« kann man das kaum noch nennen) geradezu gebannt auf die Idee der Tauschringe und damit einhergehend des »New Work« zu starren scheinen, als sei damit eine neue Heilsbotschaft verbunden. Es wird offenbar in diesen Kreisen davon ausgegangen, dass diese gar nicht so neuen Ideen eine Art Erlösung von den existenzbedrohenden Widersprüchen des kapitalistischen Systems beinhalten.

Ich werde mich im Folgenden bemühen zu zeigen, dass dem gerade nicht so ist. Ferner möchte ich gleich Eines betonen, um Missverständnissen von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen: ich habe nichts gegen Tauschringe, »Neue Arbeit« oder auch die Existenzgeldforderung, solange diese Modelle als das bezeichnet werden, was sie realiter sind, nämlich Verlegenheitslösungen aus nackter materieller Not heraus, und insoweit sind sie auch völlig legitim. Wer die Idee der Tauschringe dagegen – wie z. B. Litaer – zu einer neu-alten Philosophie aufbläst und gar empfiehlt, zwei miteinander konkurrierende Währungen parallel laufen zu lassen, der hat von kapitalistischer Ökonomie nichts, aber auch gar nichts verstanden (ich lasse jetzt mal den klassischen Einwand gegen »gesellianische« Ideen, sie seien latent antisemitisch, bewusst beiseite, um mich nicht dem Vorwurf auszusetzen, das sei ein Totschlagargument).

Die Idee der Tauschringe klingt ja, oberflächlich gesehen, sehr verführerisch: wenn jemand nicht genug Geld hat, um sich bestimmte Dienste einzukaufen, bietet er im Tauschring eben Gegendienste an, für die er Bonuspunke erhält, die dann später mit den in Anspruch genommenen Diensten verrechnet werden. Als Messeinheit – soweit ich das verstanden habe – soll die verstrichene Zeit dienen, die jemand bei der jeweiligen Diensterbringung verbra(u)cht hat (die »verausgabte Arbeitszeit«, in Marx'scher Terminologie). Dabei soll es nicht um die Intensität der Arbeit, den Stand der Qualifikation, die dabei verwendete Technologie etc. gehen, sondern nur um die »nackte« Arbeitszeit. Wenn also – um ein Beispiel zu nehmen – ein Klempner zwei Stunden damit verbringt, auf Tauschringbasis eine verstopfte Wasserleitung wieder frei zu kriegen, so hat das denselben »Wert« (eben zwei Stunden), wie wenn eine Oma zwei Stunden auf wildfremde Kinder aufpasst. Damit sollen bewusst die real existierenden Unterschiede in der Qualität der Arbeit gerade verwischt werden; die Leistungsfähigkeit der Leistungserbringer soll keine Rolle spielen. Der Unterschied zwischen schlecht bezahlter und gut bezahlter Arbeit wäre somit auch hinfällig. Das ist die Idee vom »gerechten Tausch«, die hinter diesen Tauschringvorstellungen steckt.

So »betörend« diese Tauschringvorstellung auf den ersten Blick ist, sie beruht auf einem simplen Denkfehler, und es verwundert mich, dass die Tauschringapologeten auf diesen im Grunde wirklich leicht nachvollziehbaren Gedankengang nicht schon längst selbst gekommen sind; eben weil's vielleicht doch eine Art neue Heilsideologie ist, und nicht sein kann, was nicht sein darf?

Der »ideale« Tauschring wäre ja derjenige, wo wirklich jeder mitmachen könnte, vom Kleinkind bis zum Tattergreis; wir erinnern uns: die in ökonomischen Termini ausdrückbare Leistungsfähigkeit soll eben gerade keine Rolle spielen. Dieser – fiktive – Zustand absoluter Gleichwertigkeit der geleisteten Dienste kann jedoch in der Praxis nicht durchgehalten werden, wodurch durch die Hintertür sich eben doch wieder die Ungleichheit in den angeblich »gerechten Tausch« einschleicht. Das ist nicht die böse Absicht der daran Beteiligten, sondern schlicht einem »Konstruktionsfehler« der Tauschringidee geschuldet: auffällig ist ja schon, dass trotz aller anderslautender Bekundungen bestimmte Gruppen eben doch wieder »durch den Rost fallen«. Ich meine damit die Gruppen, die aufgrund ihrer körperlichen, psychischen oder geistigen Verfassung zu keinerlei Gegenleistung fähig sind: körperlich oder geistig schwer Behinderte, Schizophrene oder andere in ähnlicher Weise be- und ver-hinderte Menschen können nur »nehmen«, aber – im Sinne der Tauschringideologie – nichts »geben«. Damit würde ihr »Punktekonto« sehr schnell »Schlagseite« bekommen und uneinholbar ins Minus rutschen – und sie würden aus dem Tauschringsystem wieder schnell herausfallen. Da ja unsere werten Tauschringfreunde behaupten, gerade gesellschaftlich Marginalisierte wieder ins Leben »zurückholen« zu wollen, steht diese simple Tatsache im krassen Gegensatz zu den hehren Absichten. Das sind halt die Fallen, in die man hineintappt, wenn man das nicht ökonomisierbare auch noch ökonomisieren will.

Natürlich ist anzunehmen, dass real existierende Tauschringe trotzdem nicht aufhören werden, gebrechliche Alte zu pflegen, obwohl diese nichts mehr »zurückgeben« können – nicht mal mehr auf Kinder aufpassen oder so. Damit wird aber schon stillschweigend wieder Abschied von den eigenen Vorstellungen vom »gerechten Tausch« genommen, und die Zahl der gleichberechtigten »Geber« und »Nehmer« eben doch wieder auf die Gesunden, Erwachsenen, geistig Zurechnungsfähigen (kurz: auf die im bürgerlichen Sinn »Vernünftigen«) eingeschränkt. Diejenigen, die keine oder kaum Gegenleistungen erbringen können, werden stillschweigend »durchgeschleppt«, aber das wird nicht offen thematisiert. Da waren die Neoklassiker und die ersten Heroen des »gerechten Tausches« ehrlicher, die – wie Ricardo vor 200 Jahren – die »Nicht-Marktfähigen« mehr oder weniger offen dazu aufforderten, zu verrecken, damit sie nicht weiter »Schmarotzer« und »Kostgänger« der Gesellschaft seien.

Ich unterstelle den Tauschringapologeten nicht, dass sie ähnliches im Schilde führen wie die Neoklassiker. Im Gegenteil, sie wollen ja damit die gesellschaftlichen Widersprüche »sozialverträglich« wieder ins Lot bringen. Aber diese Form von »Sozialismus light« basiert auf Grundannahmen und Axiomen, die ins glatte Gegenteil des eigentlich Intendierten führen: Ausgrenzung der Nicht-Leistungsfähigen, die »personenbezogene Dienstleistung« als – letztlich – Almosen. Und da wären wir wieder genau da, wovon wir ausgegangen waren und überwinden wollten – oder?!?!

Eine andere Merk-Würdigkeit ist die seltsame Marginalität der Tätigkeiten, denen sich Tauschringe »hingeben«. Ricarda Buch und Matthias Döhler vom Verein »Neues Lernen e. V.« aus Berlin zählen in CONTRASTE 185 (Februar 2000, S. 7) folgende Tätigkeisbereiche ihres Vereins auf:

- Sprachen lernen, Hausaufgabenbetreuung;
- Vermittlung lebenspraktischer Kenntnisse zur Bewältigung des Alltags;
- leichte Reparaturarbeiten;
- Einkaufsdienste;
- Häusliche Dienste;
- Dienstleistungen im unmittelbaren Wohnumfeld;
- Kinderbetreuung;
- Organisation von Geselligkeit, Veranstalten von Strassenfesten etc.

Nicht genug damit, dass die Hausfrau »hausfrauisiert« wird – laut Frau Buch (»Zeitgeld für unbezahlte Schattendienste«, in: CONTRASTE 185, Febr. 2000, S. 8-9) werden solche hausfraulichen Tätigkeiten durch die Tauschringe »aufgewertet« und die Hausfrauen »entlastet«. Nichts dagegen – aber wo soll da, bitteschön, noch irgendein emanzipatorischer Anspruch stecken? Ist das im Grunde nichts Anderes als die Gute Alte Nachbarschaftshilfe? Warum diese notgemeinschaftliche Kleinbürgerveranstaltung zur alternativen gesellschaftlichen Kraft aufblasen? Wenn sich die Tauschringe auf den Reproduktionsbereich mehr oder minder freiwillig selbst beschränken, werden außer den ein wenig entlasteten Hausfrauen auch noch die Tauschringe »hausfrauisiert«. Dann ist mir der Apo-Opa mit umfassendem sozialarbeiterisch-pädagogischem Veränderungsanspruch, der die lieben Kleinen grundsätzlich nur bei Rot über die Ampel führt, fast noch lieber.

An den Kernbereich kapitalistischer Ökonomie trauen sich unsere Tauschringapologeten offenbar gar nicht mehr erst ran. Oh welch Bescheidenheit! Da weiß man echt nicht mehr, ob man weinen oder lachen soll.

Zum Schluss noch einige Bemerkungen zu Herrn Litaer & Konsorten. Sogar Oberspekulant George Soros gerät ins Greinen, wenn er sein eigenes Tun betrachtet und darüber Bücher schreibt – was ihn am weiteren Spekulieren freilich nicht hindert. Übrigens: Soros ist ein ungarischer Jude, der 1944 als 15jähriger in Budapest unter abenteuerlichen Umständen vor den Nazis gerettet wurde – was seine eigenen antisemitischen Ausfälle umso merkwürdiger macht.

Also Litaer. Was dieser vorschlägt, ist – da kann man sich kurz fassen – schlicht ökonomischer Unfug, selbst wenn man völlig kapitalismus-immanent denkt. Litaers Vorschlag läuft darauf hinaus, neben der offiziellen Nationalwährung, die überall konvertibel ist, noch lokale Währungen zuzulassen, mit denen auch »bezahlt« werden kann. Nur funktionieren Lokalwährung und Nationalwährung in Litaers System nach völlig entgegen gesetzten, einander ausschließenden Prinzipien. Während das offizielle Geld nach dem Prinzip »Horten bringt Zinsen« funktioniert (das ist jetzt seeehr vereinfacht dargestellt), soll die Lokalwährung á la Litaer nach dem gesellianischen »Schwundgeldprinzip« funktionieren – m. a. W., je länger man es aufbewahrt und anspart, desto weniger wird es Wert. Was in der offiziellen Geldlogik nur bei hohen Inflationsraten tunlich ist, nämlich sein Geld so schnell als möglich wieder loszuwerden, wird beim Schwundgeld zum Funktionsprinzip schlechthin.

Auf den ersten Blick mag sich das ja wie oben die Tauschringidee recht verführerisch anhören – das klingt wie die »Sieben auf einen Streich« - nur leider: ES FUNKTIONIERT NICHT! In einer kapitalistischen Ökonomie kann es niemals zwei Währungen parallel geben, die nach genau entgegen gesetzten Prinzipien funktionieren, und deren Geltungsbereich auch noch unterschiedlich sein soll. Damit würde die Idee des Geldes endgültig ad absurdum geführt (wenn das die geheime Absicht der Gesellianer wäre, wäre dagegen ja noch nicht einmal was einzuwenden), denn man kann nicht zwei sich ausschließende »Geldlogiken« konvertierbar machen – wie soll das funktionieren? Es käme – zumindest auf lokaler Ebene – zu Konfusionen und »Zuständigkeitswirrwarr«, denn was soll nun, bitteschön, als Währung anerkannt werden und welches Prinzip? Schwundgeld oder Hortgeld? Die beiden Geldsorten würden sich wechselseitig auslöschen und neutralisieren; wenn man Materie und Antimaterie zusammenzwingt, weiß man ja, was passiert – und das wird nach dem famosen System á la Litaer mit Hort- und Schwundgeld genauso der Fall sein. Gegen die elementaren Gesetze der Logik kann auch Herr Litaer nicht an und seine gesellianischen Tauschringfans erst recht nicht – von den Funktionsgesetzen der kapitalistischen Ökonomie ganz zu schweigen.●

Anzeige

7. Auflage
aktualisiert und erweitert

Fördertöpfe
für Selbsthilfeprojekte und kleine Betriebe in Berlin und den neuen Bundesländern

Inhalt: Staatliche Förderung von Arbeitsplätzen (ABM, SAM, Hilfe zur Arbeit, Lohnkostenzuschuss...)
NEU: Fördertöpfe der EU

Was wird durch wen gefördert?
Existenzgründungsprogramme, zinsgünstige Kredite, Stiftungen, Beratungseinrichtungen, ESF-Mittel, Fördermittel für gemeinnützige Organisationen...
Praktische Hilfen bei der Antragstellung
90 Seiten A4
15 DM + 2 DM Porto

Erhältlich bei:
NETZWERK e.V.
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Tel. (030) 6913072 Fax 6913005
e-Mail: Netzwerk-Berlin@t-online.de
Infos: www.Netzwerk-Berlin.de

AUS DER BAG-ERWERBSLOSE

Zur Situation der unabhängigen Erwerbslosenbewegung

Die Situation der Erwerbslosenbewegung hat sich seit dem Regierungswechsel zunehmend verschlechtert. Dies betrifft sowohl die personelle Stärke als auch den politischen Handlungsspielraum, in dem sie sich momentan bewegt.

Carsten Senger ● Mit dem Regierungswechsel zerfielen viele der politisch agierenden Gruppen unter den unabhängigen Erwerbsloseninitiativen. Der Schwung aus der Zeit der Jagoda-Tage, den monatlichen, bundesweiten Protesten vor den Arbeitsämtern, war schlagartig verlorengegangen. Gründe dafür liegen in den Hoffnungen vieler Beteiligter in die sozialdemokratische Regierung, den Verschleißerscheinungen innerhalb der Gruppen und dem Rückzug fast aller Beteiligten aus Gewerkschaften und Parteien nach der Wahl. Erwerbslosigkeit war mit einem Mal kein Thema mehr in der Öffentlichkeit.

Dies ist inzwischen überwunden. Allerdings hat sich die Lage der Erwerbslosen seitdem massiv verschlechtert – alles unter dem Motto sozialdemokratischer Modernisierungspolitik. Von den wenigen Verbesserungen für Arbeitnehmer profitieren Erwerbslose nicht. Das einzige Zugeständnis der Regierung ist die Nichtanrechnung der letzten Kindergelderhöhung in Höhe von 20 DM auf die Sozialhilfe. Außen vor bleibt der Rest des Kindergeldes, inklusive der großen Erhöhung nach der Wahl. Und selbst gegen die Nichtanrechnung der Kindergelderhöhung sträuben sich noch viele Kommunen. In Berlin wurde beispielsweise beim Sozialamt Neukölln die Nichtanrechnung ignoriert. Ob sich dies nach einem Senatsbeschluss geändert hat, ist bisher nicht bekannt.

Zwangsarbeitsmaßnahmen von Seiten der Ämter gegen »arbeitsunwillige Sozialschmarotzer« gab es zwar schon immer, durch die sozialdemokratische Modernisierungs-Propaganda werden sie aber zum Regelfall. Eines der vielen Beispiele dafür ist der Leipziger »Betrieb für Beschäftigungsförderung« (bfb), der je nach Auftragslage mit 5.500 bis 8.000 vom Arbeits- oder Sozialamt zugewiesenen Antragstellern sein Geld verdient. Nicht nur, dass in der Ämterpraxis die Frage der Zumutbarkeit keine Rolle spielt (Kinderbetreuung, Alter, Krankheiten, gesundheitsgefährdende Arbeitsplätze), auch trägt der bfb tatsächlich nicht zur Qualifizierung der Erwerbslosen bei, die z.B. dazu eingesetzt werden, die öffentlichen Teiche in Handarbeit zu entschlammen. Außerdem handelt es sich bei den von der bfb angebotenen Arbeitsplätzen durchweg um prekäre Arbeitsverhältnisse, deren Vergütung zumeist unter der gesetzlich vorgeschriebenen Höhe, z.B. für staatlich geförderte Beschäftigung oder unter dem Baumindestlohn liegt (zugesicherter Lohn 1968,75 DM brutto zzgl. evtl. Zuschläge, Baumindestlohn wäre 2730 DM zzgl. Zuschläge, Tariflohn für vergleichbare Tätigkeiten z.B. für Lehrkräfte 4.500 DM). Eine Einsicht in die »Dienstvereinbarungen« der bfb mit der Stadt Leipzig, mit denen versucht wird, das Tarifgesetz zu umgehen, wird den an den bfb zugewiesenen Erwerbslosen oft verwehrt. Statt dessen dürfen Sozialhilfeempfänger dann für 2 DM pro Stunde ohne Arbeitsvertrag im Rahmen der »Integration durch Arbeit« beim bfb arbeiten (lt. »quer« 1/2000).

Auf einem Treffen der »Bundesarbeitsgemeinschaft unabhängiger Erwerbsloseninitiativen« (BAG-E) Anfang Februar in Roßdorf bei Darmstadt ging es dann auch um eine Einschätzung, welche Möglichkeiten für politischen Widerstand zur Verfügung stehen. Im Vordergrund stand dabei die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen. Dazu fand Mitte Februar ein Treffen mit Vertretern der »Euromarschkoordination«, des »Arbeitslosenverbandes« (ALV), der »Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen« (BAG-SHI) und verschiedenen Landesverbänden statt. Ziel war es, Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns auszuloten.

Als konkretes Ergebnis wurde eine gemeinsame Kampagne »Gegen Arbeitszwang und Billigjobs – für ein existenzsicherndes Einkommen« beschlossen, ein Thema, das abhängig Beschäftigte und Erwerbslose gleichermaßen betrifft. Dazu wird am 17./18. Juni eine bundesweite Konferenz stattfinden, bei der die Schwerpunkte auf Niedriglohnmodellen, Arbeitszwang, Grundsicherungskonzepten, Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Pauschalierung von Sozialhilfe und Armut trotz Arbeit liegen werden. Außerdem wird für den Herbst eine bundesweite Demonstration angestrebt, wozu Berliner Initiativen, das »Bündnis für eine andere Politik« und die »Initiative für die Vernetzung der Gewerkschaftslinken« angesprochen werden.

Mit der »Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken« besteht schon seit etwa einem Jahr eine kontinuierliche Zusammenarbeit, die sich auch bei deren Kongress Anfang des Jahres in Stuttgart zeigte, bei dem Harald Rein vom Frankfurter Arbeitslosenzentrum das Einleitungsreferat hielt und es eine Arbeitsgruppe zur Sozialpolitik gab, in der Erwerbslosigkeit und die Lage der SozialhilfebezieherInnen in einen konkreten Zusammenhang mit gewerkschaftlicher Politik gebracht wurden.

So ist zu hoffen, dass die Erwerbslosenbewegung und somit der Widerstand gegen die sozialdemokratische Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik in der nächsten Zeit wieder neuen Schwung bekommt und dies auch zu einem Schulterschluss von Erwerbstätigen und Erwerbslosen führt.●

PRODUKTIVGENOSSENSCHAFTEN

Sichere Arbeitsplätze machen zufrieden

– Friseurgenossenschaften in Ostdeutschland

Unter den ehemaligen PGHen – Produktionsgenossenschaften des Handwerks – in Ostdeutschland, die die Rechtsform der Genossenschaft beibehielten, machen Friseurproduktivgenossenschaften ein Schwergewicht aus. 1997 betrug ihre Zahl noch 71. Anhand von zwei sehr unterschiedlichen Beispielen, lässt sich die Vielfalt dieser auf den ersten Blick einfach strukturierten Handwerksbetriebe veranschaulichen. Beide geschilderten Betriebe sind überwiegend Frauenbetriebe, da in der DDR der Friseurberuf ein Frauenberuf war.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die *Friseur-, Kosmetik- und Handelsvereinigung Insel Usedom e.G.* ist, wie der Name schon verdeutlicht, auf der Insel Usedom ansässig. Ausgangspunkt nach der Wende war ein Friseurbetrieb mit 110 Beschäftigten, der auf seinem Geschäftskonto über 100.000 DM verfügen konnte. Soviel war nach dem Umtausch von 500.000 Mark Ost nach dem Umtausch übrig geblieben. Dieses Geld wurde überwiegend an alle Mitglieder verteilt und zwar durch unmittelbare Auszahlung. »Dadurch wurden die Leute nicht beschissen.«, so die Einschätzung der heutigen Geschäftsführerin. Einbehalten wäre nach ihrer Auffassung Diebstahl an denen gewesen, die alles über Jahre aufgebaut haben. Entsprechend dieser Gerechtigkeitsvorstellung erfolgte die Aufteilung nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit. Anschließend zahlten die meisten Mitglieder – 100 von ursprünglich 110 – wieder 1.000 DM ein, sodass dem Betrieb 100.000 DM als Eigenkapital zur Verfügung standen.

Warum aber wurden entgegen dem verbreiteten gegenläufigen Trend bei der Umwandlung von der PGH die Rechtsform der Genossenschaft gewählt? Die Geschäftsführerin, damals noch für die Buchhaltung zuständig, nahm an einer juristischen Veranstaltung teil, auf der es um das Thema GmbH-Gründung ging. Den Hinweis »Beschäftigt Euch nicht mit der Umgründung, sondern wie der Betrieb zukünftig läuft«, nahm sie sehr ernst. Schließlich war die Gefahr der Arbeitslosigkeit ausreichend bekannt.

Schwieriger Neubeginn

Bis 1992 blieb die Frage der zukünftigen Rechtsform offen. Auf Grund von Anregungen auf einem Genossenschaftsforum der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde dann die PGH in eine eingetragene Genossenschaft umgegründet. Allerdings dauerte es dann noch zwei Jahre, bis die rechtsverbindliche Eintragung erfolgte. Dies lag unter anderem an dem Registergericht, das von Rostock nach Stralsund verlegt wurde. Die dort zuständige Stelle lebte aus dem Karton, so daß eine längere Verzögerung entstand, obwohl eigentlich alles geklärt war.

Anzeige

Der nächste wichtige Schritt war die Beantwortung der Frage: »Was machen wir mit dem Betrieb?« Einstimmig wurde der Beschluss gefällt, die Zahl der Beschäftigten zu reduzieren, um das Unternehmen erhalten zu können. Erst dann wurde neu investiert. Ursprünglich verfügte die Genossenschaft über 24 Geschäfte, von denen nur ein Geschäft übrig blieb. Mit diesem Niedergang verschwand auch das Vertrauen der Mitglieder. Bei ihnen existierte kein Eigentümerdenken. Eine Bindung bestand nur bei den verbliebenen Beschäftigten. Entsprechend kündigten die Entlassenen und die freiwillig Ausgeschiedenen ihre Mitgliedschaft. Auch heute ist die Mitgliedschaft psychisch-geistig ausschließlich an die Mitarbeit gebunden.

Freiwillige Beschränkungen

Mittlerweile befindet sich die Genossenschaft nach ihrer Schrumpfung wieder auf Wachstumskurs. Sie bietet ihre Dienstleistungen in 18 Geschäften an. Diese wurden mit über einer Million DM Investitionen aufgebaut. Um die notwendigen Beträge aufzubringen, wurden die Anteile der Mitglieder teilweise erhöht. Einige von ihnen zeichneten drei Anteile. Daraus resultiert allerdings kein sehr hohes Finanzvolumen. Insofern konnte vieles nur mit Hilfe staatlicher Förderungen erreicht werden. Als Folge dieser Subventionen wird heute ein Umsatz erzielt, der 60 Mitarbeitende trägt. Zurzeit befinden sich 16 Lehrlinge in der Ausbildung.

Die Friseurgenossenschaft arbeitet, den besonderen Bedingungen der Ferieninsel Usedom angepasst, als Saisonbetrieb. Im Sommer sind die Geschäfte sieben Tage offen. Urlaub wird nur im Winter gemacht. Erst durch diese Selbstbeschränkung der Mitglieder hält sich der Betrieb. Der Dienstleistungsbereich erfordert einen hohen Grad des Miteinander. Ansonsten funktionieren der innerbetriebliche Ablauf und die erforderliche Abstimmung zwischen den einzelnen MitarbeiterInnen nicht. Bezahlt wird der Tariflohn plus eine Prämie bei hohem Umsatz.

Begrenzte Entscheidungsbeteiligung

Die Entscheidungsbefugnisse liegen weitgehend beim geschäftsführenden Vorstand, dem auch die Kündigung von Mitarbeitenden obliegt. Entscheidungsgrenzen gibt es unter anderem bei Kreditaufnahmen sowie Grund- und Bodengeschäften. Hier muss der Aufsichtsrat zustimmen. Dieses Gremium der Genossenschaft tagt einmal im Monat. Er besteht aus vier direkt gewählten mitarbeitenden Mitgliedern. Unter den drei Vorständen sind die Zuständigkeiten für den kaufmännischen Bereich und für das Fachliche aufgeteilt.

Neue betriebliche Konzepte werden mit allen Mitgliedern abgesprochen. Die im Vergleich zu herkömmlichen Betrieben dennoch ausgeprägten Mitbestimmungsrechte der Mitglieder stellen aus Sicht der Geschäftsführung schon eine Belastung dar. Gleichzeitig ergeben sich daraus aber auch immer wieder vielfältige Anregungen, die »Bauchlandungen« verhindern. Widerspruch entsteht nicht, solange es aufwärts geht. Dies ist seit 1994 der Fall. Seit dieser Zeit kam es nicht mehr zu betriebsbedingten Entlassungen. Deshalb kommt es auch nur selten zu intensiveren Diskussionen.

Kontinuierliche Ausbreitung

Das Gebiet der Genossenschaft, in dem sie ihre Leistungen anbietet, wird Schritt für Schritt weiter ausgedehnt. Dadurch können zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. In neuen Geschäften werden immer auch eigene Mitglieder miteingesetzt. Ziel ist es, sich so von Usedom etwas zu lösen, um die Saisonabhängigkeit zu reduzieren. Als Konkurrenz gibt es im Umfeld ein paar kleine Friseure und noch eine Friseurgenossenschaft. Auf Usedom selbst ist die Genossenschaft aber einer der größten Arbeitgeber.

Neue Beschäftigte müssen nicht sofort Genossenschaftsmitglieder werden. In der Regel zeichnen sie zumindest den Pflichtanteil, sobald klar ist, dass sie bleiben. An den Anteilen selbst verdient niemand, da es keine Ausschüttungen gibt. Auch daraus resultierende Unterschiede bei der Bezahlung sind gering. Unterschiede beim Einkommen ergeben sich vor allem aufgrund der unterschiedlichen Qualifikationen. Über eine Prämie wurde gemeinsam beraten mit dem Ergebnis: Jeder hat in seinem Arbeitsvertrag eine Prämienregelung, die als Umsatzbeteiligung für alle gleich gestaltet ist.

Betriebsrat und Gewerkschaft sind im Unternehmen nicht vertreten. Dies wird auch nicht gerne gesehen. Wenn die Genossenschaftsmitglieder wollen, können sie den Vorstand »zum Teufel jagen«, so die Geschäftsführerin. Hintergrund für diese Einstellung sind Erfahrungen mit einem Friseurgeschäft der Genossenschaft. Hier gab es Forderungen und viel Streit mit den dort Arbeitenden. Schließlich wurde das Geschäft aus der Genossenschaft ausgegliedert und an die dort Verantwortlichen übertragen, die diese Auseinandersetzung mitgetragen hatten.

Gemeinsamer Genossenschaftsgeist

Von der Einstellung der Mitglieder aus der PGH-Zeit, als bereits Gruppeneigentum bestand, ist trotz der vielen Veränderungen noch einiges geblieben. Damals existierte so etwas wie ein gemeinsamer Genossenschaftsgeist. In der Krise nach dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten war diese wichtige Voraussetzung für den Bestand einer Genossenschaft weitgehend verblichen. Mittlerweile hat sich aber eine Gruppenidentität wieder neu entwickelt. Danach wird gemeinschaftlich, nicht gewinnmaximierend gearbeitet.

Die Genossenschaft verfügt heute über schöne Salons und kann auf qualifizierte Mitarbeiter zurückgreifen. Positiv ist auch das Gefühl der Mitarbeiter: »Es fließt nichts an einen fremden Kapitaleigner raus.« Dadurch hat sich eine Leistungsbereitschaft entwikkelt, die in einer GmbH nicht erreicht worden wäre.

Friseurproduktivgenossenschaft Pasewalk

Als ergänzendes Beispiel kann die Pasewalker Friseure e.G. dienen. Sie ist in Pasewalk ebenfalls einer der größten Arbeitgeber. Die Leitungsfunktion als Geschäftsführerin übernahm nach der Wende eine Frau, die als Buchhalterin in den Betrieb gekommen war. Ihr Ziel ist es, weniger eine demokratische Genossenschaft zu führen, sondern mehr »das Ding am leben zu halten.« Denn seit 1990 gab es eine Verringerung der Mitgliederzahl von 81 auf 44. Zu den 44 Mitgliedern werden gegenwärtig noch 8 weitere Frauen und 12 Auszubildende beschäftigt.

Bei dieser ehemaligen PGH wurde mit der Umwandlung in eine Genossenschaft weder Geld ein noch ausgezahlt. Der so genannte unteilbare Fonds wurde bei der Umwandlung auf die neue Genossenschaft übertragen. Ausscheidende Mitglieder erhalten den Nennwert des Pflichtanteils von 1.000 DM. Von Seiten der Geschäftsführerin wird dieses Vorgehen teilweise bedauert. Nach ihrer Einschätzung hätte sich das genossenschaftliche Bewusstsein stärker entwickelt, wenn für die Mitglieder mit der Umwandlung eine Neuzeichnung verbunden gewesen wäre. So kommen aus den Reihen der Mitglieder ursprünglich kaum Ideen für Veränderungen.

Erfolgreiche Motivierung

Mitsprache der Mitglieder bei Entscheidungen wurde von diesen als eher als lästig empfunden. Insofern entwickelte anfangs vor allem die Geschäftsführerin neue Ideen und Überlegungen. Die Mitbestimmung an wirtschaftlichen Fragen beschränkte sich auf die jährliche Generalversammlung. Im Unterschied zu den meisten herkömmlichen Friseurbetrieben sind Entscheidungen und Verantwortlichkeiten aber stark dezentralisiert. Die einzelnen Geschäfte organisieren sich weit gehend selbst. Nur wenn sich die »Kollektive« vor Ort nicht einigen können, greift die Geschäftsführung ein.

Über intensive Schulungen und viele Gespräche ist es mittlerweile gelungen, die Mitglieder zu eigenen Initiativen zu motivieren. Viele Ideen für besseren Service kommen von ihnen. Zudem werden alle Vorhaben einschließlich der Dienstleistungen für die Kunden von Seiten des Vorstandes gemeinsam mit den Salonteams abgesprochen. Durch Weiterbildung vor allem der Salonleiter gehört heute ein kooperativer Führungsstil zum Selbstverständnis. Wichtige betriebswirtschaftliche Eckpunkte wie Umsatz, Wareneinsatz und Kosten planen sie gemeinsam mit ihren Mitarbeiterinnen.

Foto: Andradi

Umsatzabhängige Bezahlung

Die Beschäftigten müssen nicht Mitglieder sein, auch wenn dies angestrebt wird. An den Anteilen selbst verdient niemand, weil darauf keine Ausschüttungen erfolgen. Bei den Einkommen gibt es nur geringe Unterschiede je nach Qualifikation. Es wird ausschließlich umsatzabhängig gezahlt. Über die Prämien wurde im Betrieb gemeinsam beraten. Jede Mitarbeiterin hat in ihrem Arbeitsvertrag eine Prämienregelung. Sie ist für alle gleich. Bei der vorher dargestellten Friseurgenossenschaft wäre eine solche Regelung nicht möglich, weil durch die Saisonabhängigkeit eine rein umsatzabhängige Bezahlung keine akzeptable Lösung ergeben würde.

Als genossenschaftlich angesehen wird vor allem auch eine grundsätzliche Versorgungsfunktion für die Region. Diesem Zweck dienen unter anderem so genannte Stützpunkte. Pasewalk und vor allem die Umgebung ist agrarisch strukturiert. Entsprechend besteht in der Fläche kaum Versorgung, weder mit Lebensmittelgeschäften noch mit Dienstleistungen wie die der Haarpflege. Mit den Stützpunkten werden insofern die Leistungen der Genossenschaft zur Verfügung gestellt, obgleich sich dort ein Geschäft nicht lohnt, indem etwa zweimal in der Woche eine Mitarbeiterin dort Termine für Kundinnen wahrnimmt. Ebenfalls werden einzelne Geschäfte gehalten, die aus betriebswirtschaftlicher Sicht zu schließen wären. Sie werden nicht geschlossen, um Arbeitsplätze zu erhalten.

Akzeptierte Leitung

Gegenwärtig läuft es im Unternehmen gut. Die Bezahlung ist faktisch übertariflich, trotz der rein umsatzabhängigen Gestaltung. Die Vergütung liegt über dem, was andere Friseurbetriebe auch in der Region bezahlen. Außerdem wird viel Geld in die Qualifizierung gesteckt. Die Mitglieder sind sich ihrer Arbeitsplätze recht sicher. Das wird teilweise von Seiten der Leitung teilweise als ein Problem wahrgenommen, weil unter anderem auch deshalb das unternehmerische Engagement fehlt.

In der Genossenschaft besteht ein ausgeprägtes Zusammengehörigkeitsgefühl, aber kein Selbstverständnis als Mitunternehmer. Eine Befragung, was den Mitgliedern wichtig ist, ergab, dass die Bezahlung erst an sechster Stelle steht. Spaß an der Arbeit wurde dagegen als wichtigster Punkt benannt. Im Vergleich dazu nannten Mitarbeiterinnen in herkömmlichen Unternehmen vor allem eine gute Bezahlung. Mit ihrer Geschäftsführerin, die gleichzeitig auch als Vorstand arbeitet, sind die Mitglieder der Genossenschaft sehr zufrieden. Als Anerkennung für ihre gute Arbeit erhielt sie auf einer der letzten Mitgliederversammlungen viel Lob von den Meisterinnen und ein Geschenk als Dank für ihre gute Arbeit.●

Wirtschaft jenseits von Wachstum

Aus der Innenperspektive des Neoliberalismus entlarvt der US-Ökonom und Träger des Alternativen Nobelpreises Herman E. Daly die Schwächen der Ideologie des »Freien Marktes«. Eine in manchen Passagen zwar sperrige, aber durchwegs überzeugende Analyse mit tragfähigen Vorschlägen zur Kurskorrektur. Mit diesem Band liegen Arbeiten Dalys erstmals in deutscher Sprache vor. Ein hoffentlich nachhaltiger Gewinn.

Herman E. Daly bemüht sich seit Jahren darum, die Grundlagen einer Wirtschaft jenseits von Wachstum zu entwickeln. Die breite Diskussion seiner ebenso umfassenden wie fundierten Arbeit »Beyond Growth. The Economics of Sustainable Development«, die seit kurzem auch in deutscher Sprache vorliegt, könnte mit dazu beitragen, den Kollisionskurs mit Planet Erde in Richtung einer lebensbewahrenden Ökonomie zu korrigieren.

Voraussetzung für das Gelingen dieses ebenso ehrgeizigen wie schwierigen Unterfangens ist für Daly – von 1986-1994 selbst Mitglied der Weltbank – die Abkehr von der vorherrschenden Illusion eines ökonomischen Imperialismus zugunsten der Erkenntnis, dass »das Teilsystem Wirtschaft nicht über jenes Maß hinauswachsen darf, innerhalb dessen es vom umfassenden Ökosystem permanent aufrechterhalten oder getragen werden kann«. In Anbetracht der Tatsache, dass die BürgerInnen der USA – etwa 6 Prozent der Weltbevölkerung – an die 30 Prozent der global verfügbaren Ressourcen für sich beanspruchen, wird deutlich, dass bei dem unabdingbaren Paradigmenwechsel von quantitativem Wachstum hin zu qualitativer Entwicklung vor allem die Wohlstandsregionen des Nordens in die Pflicht zu nehmen sind.

Indem Daly eines der Postulate der traditionellen Ökonomie, Jeramy Benthams Maxime von der »Erreichung des größten Glücks für die größte Anzahl« als nicht nur unmöglich, sondern darüber hinaus als unlogisch entlarvt, legt er den Weg frei für eine schöpfungsorientierte Wirtschaft, deren Ziel »ausreichend Glück für die größte (weil im Voraus nicht bestimmbare) Anzahl« ist. Auf der Strecke bleibt folgerichtig auch die Doktrin des »Freien Marktes«, dem in Anbetracht des ungehinderten Stroms von Arbeitskraft und Kapital die Segnungen der »Unsichtbaren Hand« längst abhanden gekommen sind. Soll es gelingen, nicht nur für uns, sondern auch für nachkommende Generationen einen lebenswerten Planeten zu erhalten, dann bedarf es – so des Autors Resümee – einer dreifachen Grenzziehung: Wir benötigen Grenzen des Wachstums (im Sinne des Verbrauchs pro Erdenbürger), Grenzen der Bevölkerungszahl und vor allem auch Grenzen der Ungleichheit. Dalys Vorschlag, die Einkommensdifferenz von garantiertem Mindest- und Höchsteinkommen mit dem Faktor 10 zu begrenzen, ist vorerst freilich ein Tabuthema, das in der medial inszenierten Politik der »Neuen Mitte« kaum noch diskutiert wird.●

Walter Spielmann

Herman E. Daly: Wirtschaft jenseits von Wachstum. Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung. Salzburg (u.a.): A. Pustet, 1999. ca. 290 S. (edition solidarisch leben) DM 49,50 / sFr 47,– / öS 360

Rezension aus »Pro Zukunft 1/99«
Die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) in Salzburg sammelt und bewertet aktuelle Zukunftsliteratur vornehmlich des deutschen Sprachraums und stellt diese in ihrer Zeitschrift Pro Zukunft vor. Die abgedruckte Rezension stammt aus der von der JBZ herausgebenen »Top Ten '99 der Zukunftsliteratur«, einer Liste von 10 ausgewählten Publikationen.

Solare Weltwirtschaft

Hermann Scheer versteht es wie kein anderer, die Zusammenhänge von Weltwirtschaft, fossiler Ressourcennutzung und Politik drastisch aufzuzeigen. Als unbestrittener »Anwalt der Sonne« fordert er nicht nur die Umstellung auf eine solare Weltwirtschaft, sondern auch die notwendigen politischen Konsequenzen.

Die sich ständig beschleunigende Moderne ist für den Präsidenten von »Eurosolar« und SPD-Abgeordneten zum Deutschen Bundestag, Hermann Scheer, ein überholtes, im doppelten Wortsinn fossiles Konstrukt. Trotzdem deutet gegenwärtig vieles darauf hin, »dass die globale 'Entflammung' fossiler Energien allein zwischen 1990 und 2010 um 50% steigen wird« (S. 13). Lediglich 14% des statistisch erfassten Weltenergieverbrauchs werden heute durch die Verbrennung von Biomasse und nur 6% durch Wasserkraft abgedeckt. Nicht zuletzt befürchtet Scheer, dass durch die niedrigen Preise fossiler Energie die bereits existierenden alternativen Ansätze wieder zurückgedrängt werden. Angesichts dieser willkürlich herbeigeführten »Sonnenfinsternis« geht es nun darum, der »Sonnenstrategie« politisch wie auch wirtschaftlich zum Durchbruch zu verhelfen.

Zunächst arbeitet Scheer heraus, warum sich die Weltwirtschaft seit dem späten 18. Jahrhundert immer stärker von fossilen Ressourcen abhängig gemacht und dabei u.a. umfangreiche Transport-, Lager- und Verteilungsinfrastrukturen aufgebaut hat. Das Standardargument der Vertreter des industriellen Komplexes alten Zuschnitts, wonach nur durch den Einsatz der herkömmlichen Energieträger die Existenz von Unternehmen und Volkswirtschaften gesichert werden könne, widerlegt Scheer mit dem Hinweis darauf, dass solare Ressourcenpotentiale in den Zusammenhang der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gestellt werden müssen und erhebliche Wachstumspotentiale ausweisen: Der Autor sieht bei erneuerbaren Energien auch insofern einen ökonomischen Vorteil, als »ihre Nutzungskette wesentlich kürzer ist«. Grundsätzlich geht Scheer davon aus, dass nur in einer solaren Weltwirtschaft die materiellen Bedürfnisse aller Menschen befriedigt werden können. Das bedeutet hinsichtlich der wirtschaftlichen Handlungsebenen, dass nur die vorrangige Nutzung und Vermarktung lokaler solarer Energien zielführend ist. Die Konturen einer solaren Weltgesellschaft werden sich jedoch nur dann abzeichnen, wenn die Menschen den Weg dorthin konkreter als bisher erkennen können. Politische Initiativen müssen v. a. darauf abzielen, die zahlreichen Subventionen und Steuerfreiheiten für Fossil-und Atomenergie zu beenden, um der solaren Option den Weg zu bahnen. Die Folge wäre »das Leitbild einer primären Wirtschaft«, die etwa Land- und Forstwirtschaft nicht mehr als Restgrößen, sondern »als neue und dauerhafte Hauptträger für die Volkswirtschaft insgesamt« sieht.

Daraus ergeben sich mehrere Schlussfolgerungen sowohl in Richtung Landwirtschaft (Finanzierungshilfen statt Subventionen, Stopp der Patentierung von Genen und Genkette) als auch in Richtung Arbeitsmarkt. Die Umverteilung der Arbeitserträge muss über Arbeitszeitverkürzungen und/oder über staatlich garantierte Lebensunterhaltszahlungen erfolgen. Nach Ansicht Scheers wird die »Mobilisierung der Sonnenarbeit« die den Menschen verbleibende Arbeit regional gerechter verteilen. Die Regionalisierung wirtschaftlicher Kreisläufe wiederum erleichtert es Regierungen, »das Steueraufkommen zur Finanzierung des Bedarfs an öffentlichen Leistungen verwenden zu können«. (S. 326).

Wohl niemand sonst vertritt die Option einer solaren Weltwirtschaft so konsequent und konstruktiv wie Hermann Scheer. Folgerichtig wurde der »Anwalt der Sonne« für sein zukunftsweisendes Engagement mit einem »Alternativen Nobelpreis« geehrt. Anlass zur Gratulation ebenso, wie die dringende Aufforderung, diesen Weg auch im eigenen Bereich nach Kräften zu unterstützen.●

Alfred Auer

Hermann Scheer: Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne. München: Kunstmann, 1999. 340 S., öS 307,– / DM 42,– / sFr 40,–

Rezension aus »Pro Zukunft« 4/99
Die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) in Salzburg sammelt und bewertet aktuelle Zukunftsliteratur vornehmlich des deutschen Sprachraums und stellt diese in ihrer Zeitschrift Pro Zukunft vor. Die abgedruckte Rezension stammt aus der von der JBZ herausgebenen »Top Ten '99 der Zukunftsliteratur«, einer Liste von 10 ausgewählten Publikationen.

Vertreibung – Folge von Globalisierung

Die aktuelle Ausgabe von »Food First«, dem vierteljährlichen Magazin der Menschenrechtsorgansiation FIAN, beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Problem von Vertreibung als Folge globalen Wirtschaftens. Ob am Cacarica-Fluß in Kolumbien, wo 2.500 Menschen von einem Tag auf den anderen ihre Dörfer räumen mußten; ob in Indien oder Kurdistan, wo gigantische Staudamm-Projekte zur Entvölkerung ganzer Regionen führen, oder im Fall von Zwangsumsiedlungen rund um den Weltraumstützpunkt Alcântara in Brasilien: Stets sind es neben militärischen vor allem ökonomische Interessen, die fruchtbare Landstriche verwüsten und der ansässigen Bevölkerung die Existenzgrundlage entziehen. Konzerne wie Siemens, Unternehmen wie die Deutsche Telekom und Kreditgeber wie die bayrische Hypnobank profitieren davon. Ähnlich ihrer Vorgänger sichert die rot-grüne Bundesregierung umwelt- und menschenfeindliche Investitionen deutscher Firmen durch staatliche Bürgschaften ab. Und wenn sich die Betroffenen wehren, ist es stets ein Kampf »David gegen Goliath«.●

ub

»Food First« ist gegen 3 Mark pro Exemplar plus Porto zu beziehen bei: FIAN Deutschland e.V., Overwegstraße 31, 44625 Herne, Tel.: (0 23 23) 49 00 99, Fax: 49 00 18
e-mail: fian@fian.de

Video: Lissy Schmidt – eine kurdische Frau

Seit der Ermordung der Frankfurterin Lissy Schmidt ist es keinem Journalisten und keiner Journalistin mehr gelungen, das Thema Kurdistan so intensiv in die europäische Öffentlichkeit zu bringen. Als einzige ausländische Journalistin berichtete sie kontinuierlich in der deutschen und französischen Presse (AFP) über den Völkermord an den Kurden. Kurdistan bedeutete für sie Überlebenskampf und Zugehörigkeit. Unermüdlich setzte sie sich für die Befreiung des Landes ein, das ihr zur zweiten Heimat geworden war.

Der kurdische Filmemacher Ravin Asaf drehte im türkischen und irakischen Teil Kurdistans und sprach mit vielen, die Lissy Schmidt kannten und mit ihr zusammenarbeiteten: VertreterInnen von Menschenrechtsvereinen, Frauenvereinen, Rechtsanwälten, politischen Weggefährten, Opfern von Folter und Verfolgung. In Deutschland sprach er u.a. mit ihrer Mutter über ihren persönlichen und politischen Werdegang.

Lissy Schmidt sprach mehrere kurdische Dialekte und lebte unter den Kurden als eine der ihren. Sie schrieb Briefe und Gedichte über sich und das Land und arbeitete u.a. für medico international, die Frankfurter Rundschau, die taz, die französische Nachrichtenagentur AFP und den WDR. In Ihren Reportagen stellte sie die patriarchalen Traditionen und das Feudalsystem an den Pranger. 1991 wurde sie in der Türkei verhaftet und nach schweren Misshandlungen ausgewiesen.

Sie war eine der Ersten, die nach dem irakischen Giftgasangriff auf die südkurdische Stadt Halabja über den Vertreibungs- und Vernichtungskrieg von Saddam berichtete. Dort engagierte sie sich so lange, bis das Regime in Baghdad ein Kopfgeld aussetzte und sie eliminierte. Eine deutsche Frau wagte sich in die kurdische Männergesellschaft und musste mit dem Leben bezahlen. Nach ihrer Erschießung am 3.4.1994 gaben die Kurden Lissy Schmidt den Ehrennamen »Tochter der Kurden«.●

Wolfgang Stickel

LISSY SCHMIDT – EINE KURDISCHE FRAU, Ravin Asaf, BRD 1999, 59 Min.
Verleih: 50 DM, Vertrieb: 250 DM Homevideo: 50 DM
Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr.20, D-79100 Freiburg, Tel. (07 61) 70 97 57, Fax 70 17 96
E-Mail: medienwerkstatt@3landbox.comlink.apc.org
www.freiburger-medienforum.de/medienwerkstatt

CD-ROM: InfoLinks

Nicht nur die vollständigen Jahrgänge 1995 bis 1998 plus der Monate bis April 1999 von *analyse & kritik* befinden sich auf dieser CD-ROM, sondern auch jeweils mehrere Jahrgänge Volltext von *Geheim, CILIP, Antifaschistische Nachrichten, links* (bis zu deren Einstellung), *junge Welt* und *ila* – Zeitung der Informationsstelle Lateinamerika.

Diese von Kennern gelobte bedienerfreundliche CD benötigt als Programm Windows 3.1 oder höher bzw. NT ab 3.51 bei mindestens acht MB Arbeitsspeicher. Eine extrem platzsparende Form der Archivierung wichtiger linker Zeitschriften liegt hier vor.

Warum aber die *junge Welt* das ansonsten eher undogmatische Sortiment dominieren durfte, bleibt ein Rätsel. Auch als Tageszeitung passt sie recht wenig zu den anderen Publikationen mit erheblich längeren Erscheinungsrhythmen, nimmt aber einen überdurchschnittlichen Raum ein. *Arranca!, die Sozialistische Zeitung* (SoZ) oder *Jungle World* hätten sicherlich eine bessere Ergänzung dargestellt.

Dennoch: Auch hier wird ein neues Medium für Linke sehr sinnvoll eingesetzt, hilft uns, Information durch Stichwortsuche schneller als in den gesammelten Printausgaben zu finden. Und schon der ominöse Volksmund weiß zu berichten: Wissen (also auch Information) ist Macht.●

mb

Aus: nhz Nr. 108/109

Info Links, CD-ROM mit Jahrgängen von sieben linken Zeitschriften, 99 DM zzgl. Porto /Verpackung (für AbonnentInnen der auf der CD-ROM vertretenen Publikationen 49 DM unter Angabe der Abo-Nr. und der Publikation). Bezug: per Vorkasse (104 bzw. 54 DM per Scheck/bar) bei: Info Pool Network, Am Treptower Park 28-30, D-12435 Berlin, Tel. (0 30) 53 60 22 22
www.infolinks.de

Verdrängte deutsche Mentalitätsgeschichte

Saul K. Padover gehörte während des Zweiten Weltkriegs zum US-amerikanischen Office of Strategie Services (OSS) und war Leiter eines kleinen Teams, das sofort nach dem Vorstoß der US-Army auf reichsdeutsches Gebiet begann, die deutsche Bevölkerung zu befragen. Die Interviews fanden 1944/45 zunächst im Großraum Aachen, dann in Westfalen und Niedersachsen statt und wurden mit der Kapitulation abgeschlossen. Sie dokumentieren auf beklemmende Weise die noch von wenig oder keiner Rationalisierung getrübte nazi-deutsche Mentalität. Fast alle Befragten wußten um die deutschen Verbrechen an Zwangsarbeitern und Juden. Die Kritik am Führer reduzierte sich auf den Vorwurf, den Krieg verloren zu haben. Das deutsche Wesen entpuppt sich als gefühllos und hartherzig, zentral ist dabei ein immer wieder aufbrechendes Selbstmitleid (das sich auch in heutigen Umbruchzeiten immer wieder Bahn gebrochen hat). Ein besonderes Dokument stellt das Gespräch mit dem Aachener Bischof van der Velden dar, dessen Rechtfertigung für seine Kooperation mit Massenmördern in dem Satz gipfelt: »Die Kirche wollte keine Märtyrer.« Padover ist über die Ergebnisse seiner Feldforschung verstört. Vor allem vermag er nicht nachvollziehen, daß trotz der Kenntnis der Nazi-Verbrechen und trotz der offensichtlichen Niederlage so gut wie kein Widerstand gegen das Regime festzustellen war. Seine Fassungslosigkeit hätte sich vielleicht noch gesteigert, wenn er auf die staatlichen Dokumente etwa der Oberfinanzdirektion Köln gestoßen wäre, die Wolfgang Dreßen in seinem Band vorstellt. Bereits seit 1958 liegen die Materialien über die »Arisierung« und die damit verbundenen »Entjudungsgewinne« vor. Jüdisches Eigentum von der Immobilie bis zu Hausrat und Kleidung wurde im Zuge der Deportation systematisch erfaßt und versteigert, über jeden erzielten Pfennig-Betrag akurat Buch geführt. So fanden z.B. im August 1944 fast täglich Versteigerungen in den Kölner Messehallen, im Hamburger Hafen oder in vielen ostdeutschen Städten statt. Nach einer knappen Einleitung hat Dreßen wichtige Dokumente zur sog. »M-Aktion« zusammengestellt. Beide Bücher dokumentieren gemeinsam ein wichtiges Stück immer noch und/oder schon wieder gerne verdrängter deutscher Mentalitätsgeschichte.●

Wolfgang Hippe

Aus: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 87

Saul K. Padover: Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45, Frankfurt/Main: Eichhorn Verlag 1999, 336 S. ISBN 3-8218-4478-7, 44,90 DM
Wolfgang Dreßen: Betrifft: »Aktion 3«. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn. Dokumente zur Arisierung« Berlin: Aufbau-Verlag 1998,256 S.

Neue Broschüre zu Fördertöpfen

Das »Netzwerk Selbsthilfe Berlin« hat soeben die 7. Auflage der Broschüre »Fördertöpfe für Selbsthilfeprojekte und kleine Betriebe in Berlin und den neuen Bundesländern« herausgebracht. Inhaltlich wurde die Broschüre auf den neuesten Stand gebracht und um das Kapitel »EU-Fördertöpfe« erweitert. Die Broschüre richtet sich an kleine Projekte, gemeinnützige Organisationen aber auch an Betriebe und Unternehmer. Inhaltlich schlägt die Broschüre eine Schneise durch den unüberschaubaren Förderdschungel der privaten und öffentlichen Einrichtungen, angefangen mit den Bereichen Alternative Geldtöpfe und Stiftungen, Fördertöpfe auf Kommunal- und Landesebene in Berlin, Möglichkeiten der staatlichen Förderung von Arbeitsplätzen in Projekten und kleinen Betrieben (auch EU-Mittel), und weitere Fördertöpfe wie Banken, ERP, Kfw usw. und selbstverständlich viele empfehlenswerte Beratungseinrichtungen im Berliner Raum.

Die A4-Broschüre ist 90 Seiten stark und kann bestellt werden zum Preis von 15 DM (+2 DM Porto) über: Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a, D-10961 Berlin, Tel (0 30) 691 30 72, Fax 691 30 05
e-Mail Netzwerk-Berlin@t-online.de●

dp

Anzeige

Jedes Herz ist eine revolutionäre Zelle...
...jede Mark ein Schritt zur Freilassung von Axel, Harald und Sabine!
Solikonto:
Martin Poell, Kto-Nr: 2705-104, BLZ 10010010, Postbank Berlin, Stichwort „Freilassung"
Infos: www.freilassung.de

anarchistisch gewaltfrei
graswurzel revolution

- widerstand gegen staat und krieg
- befreiung im alltag
- transnationalismus
- aktuelle politik aus gewaltfrei-anarchistischer sicht
- rezensionen
- concert for anarchy u.v.m.

Jahresabo: 40 DM (10 Ausgaben)
Schnupperabo: 3 Ausgaben gegen 10 DM Vorkasse
Förderabonnentlnnen und SpenderInnen herzlich willkommen

NEU
Bücher der Graswurzelrevolution:

Lou Marin
Ursprung der Revolte
Albert Camus und der Anarchismus
326 S. • 39,80 DM
ISBN 3-9806353-0-9

GWR (Hg.)
Gewaltfreier Anarchismus. Herausforderungen und Perspektiven zur Jahrhundertwende
203 S. • 29,80 DM
ISBN 3-9806353-1-7

Graswurzelrevolution
Breul 43
D-48143 Münster
Tel. 0251/4829057
Fax 0251/4829032
www.comlink.de/graswurzel

GWR
Postbank Hamburg
Kto.-Nr.: 26657207
BLZ 200 100 20

PROJEKTE

Wer leiht uns Geld?
Kommuneprojekt sucht Privatdarlehen zur Finanzierung des Hausumbaus: Beträge ab 1.000 Mark, Laufzeit ab 3 Monate; Zinsen bis 3%. Alles weiter unter: Stadtkommune Alla Hopp, Hardenbergstr. 52-54, D-28201 Bremen
☎(04 21) 557 73 82

Kommune Wendland-Hof sucht neue MitbewohnerInnen (groß + kleine, bis vier Personen).
☎(0 58 48) 12 88
Mehr zu uns:
www.contraste.org/kommunen

Projektwerkstatt in Saasen (nahe Gießen): Nach den Kämpfen gegen Etablierung und Schöner-Wohnen ist die Phase eines leeren Hauses Vergangenheit. Schritt für Schritt nähern wir uns (demnächst zu dritt) der Vision eines politischen Zentrum mit politischer WG, die ihr »Heil« nicht in »Schöner Wohnen«, Reiki&Co., Sprücheklopfen und Abhängen oder möglichst viel Staatsknete sieht. Gleichberechtigt leben, Widerstand, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit und vieles mehr – von Antifa bis Öko. Vorhanden: Wohnhaus, politische Arbeitsräume, Bibliotheken, Tagungshaus.
Gesucht: Leute mit radikalem Lebensansatz. Leben im Bauwagen oder in den Zimmern des Wohnhauses ... ob nun häufig unterwegs oder intensiv rund um das Haus tätig.
Info: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen
☎(0 64 01) 90 32 83
E-Mail:
projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de.

Großkommune in Südwestdeutschland:
Gründungsgruppe (nahe dem Objektkauf) sucht weitere Menschen, die sich am Aufbau der Kommune beteiligen – sowie Leute, die ihr Geld »sauber« anlegen wollen und ein Darlehen geben für den Kauf des Geländes.
Peter, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
Fax (0 56 05) 80 07 40

Anders Leben und Arbeiten!
Kommune in Süddeutschland sucht für ihre Druckerei (Kleinoffset) **DruckformenherstellerIn** oder **DruckerIn**. Wir, derzeit 11 Kommunardinnen u. Kommunarden, leben & arbeiten seit 1985 im Kollektiv.
Weitere Infos:
Mühle-Wohn u. Baucooperative, Weidenstr. 28-30, D-77871 Renchen
☎(0 78 43) 8 41 46, Fax: 8 41 25

Du willst: Gemeinschaftlich, einfach, ökologisch und spirituell leben?
Wir tun's + brauchen Verstärkung, frischen Wind + neue Geister: Realistische Menschen mit Herz + Verstand, praktischen Händen + sonstigen Talenten. Toll wäre eine schon **bestehende Gruppe**, die sich mit uns zusammentut. Kinder, Humor + Lebensfreude sehr erwünscht!
Beringhof-Gemeinschaft für ganzheitliches Leben e.V.
☎(0 23 77) 33 51, Fax 7 82 32

›...alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes Wesen....‹
Karl Marx

SoZ · Sozialistische Zeitung
★ bringt alle 14 Tage auf mindestens 16 Seiten Berichte und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn.
★ steht für eine demokratische sozialistische Alternative.
★ sucht die solidarische Diskussion und Zusammenarbeit der Linken.
Kostenlose Probeausgabe bestellen!
SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97
E-Mail <soz@link-lev.de>

ARNie INFO EXPRESS
Info-Rundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen sowie Texte anderer regionaler Gruppen
★ mit großer regionaler Presse-Schau und den aktuellen Ansagen vom Garfield-Infotelefon
★ jetzt mit "Kurz & Bündig"
★ Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
★ erscheint zum 15. jeden Monats

ARNie gibt es:
❒ **für 4,- DM pro Ausgabe**
❒ **im Abo zzgl. 1,- DM Versand**
❒ **Soli-Abo für 60.-/??.- DM / 10 Ausg.**
Briefmarken oder Scheine an:
ARNie, Postfach 1126,
69401 Eberbach

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISISTISCHE BETRIEBS- UND GEWERKSCHAFTSARBEIT
◆ Abgetreten? Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
◆ Alternativlos? Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
◆ Absurd? Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
◆ Ausgedient? Nachrichten vom 'Waren-Leben im Falschen' im »Betriebsspiegel«
◆ Anachronistisch? Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe
O Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 20 DM (nur gg. Vk.)
PF 10 20 62
63020 OFFENBACH
FAX (069) 82 11 16
EMAIL: EXPRESS-AFP@T-ONLINE.DE

Der erste Kalender im neuen Jahrtausend: der KALENDA der Anarchie!

Gnadenlos zum Anfang des chinesischen Drachenjahres publiziert (5.2.2000) geht er bis incl. Januar 2001 ! – Ihr habt schon einen Kalender? Macht niX! Der ist sowieso scheiße oder fällt schon auseinander – wie gut dass es einen einzig(un)@rtigen frischen fadengebundenen schwarzroten A 2000 gibt!
(Diesmal nur rare 1.000 Stück ! Exclusiv explosiv. Da heißts fiX sein!)

Natürlich kriegt ihr den 18. schwarzroten KALENDA zum Scheiß-Jahr 00 mit einer kräftigen Portion ANARCHIE geliefert – druckfrisch frei Haus, versteht sich! Den müsst ihr abziehen !!! Auf 288 Seiten (über 50 davon @dressen!) im Paperback findet ihr das berühmt-berüchtigte KALENDArium (wiedermal gestaltet von @ndi) mit vielen Cartoons, Grafiken, Fotos, Spruechen und Daten zur libertären Weltsicht und dazwischen A-Geschichte, A-Projekte, Erwägungen was abgeht und wie.
Diesmal (update):

Der Elchtest
● Anarchie in Schweden, C.I.R.A.-@rchiv, WWWie jehts billja?,
CAB
● Anarch@kuriere, FRAKTAL – libertäre Literatur, Freie Netze, Explo 2000, Anarch@-Biker RMR, Heloho, DadA news, ABC, etc..

Ansonsten »The same Procedure as every Millenium.«: preisstabile 15 DM Vorauskasse (!) an das B@yernkonto 508 48 801, Ralf G. Landmesser, Postbank München, BLZ 700 100 80, oder cash/ec an R.G.Landmesser/SCHWARZROTBUCH VERLAG, Rathenower Str. 22, D-10559 Berlin.

Wichtig: Eure Adresse !!! Massenrabattz ab 5 Stk. 11 DM, ab 20 Stk. je 10 DM incl. Versandkosten, ab 250 Stk. nur je 8 DM + Porto/Verp.. Natürlich gibts den KALENDA 2000 auch im echt g u t e n Buchh@ndel (Ausliefrg. z.Zt. direkt über SRV !).

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 40 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Von wegen unbankrottbar 1000 Abos oder Kuckuck
Cuculus canorus, volkstümlich auch Pleitevogel genannt

Ja, ich will die *junge Welt* abonnieren.

Name/Vorname
Straße/Nr.
PLZ/Ort
Telefon

Ich möchte die Abogebühren gerne
◯ monatlich (nur mit Einzugsermächtigung)
◯ vierteljährlich
◯ halbjährlich
◯ jährlich zahlen.

Ich zahle den
◯ Solidaritätspreis (mtl. 59 Mark)
◯ Normalpreis (mtl. 45 Mark)
◯ Sozialpreis (mtl. 30 Mark)

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:
Geldinstitut
Bankleitzahl
Konto-Nr.
Datum/Unterschrift

Ich kann diese Bestellung innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich bei junge Welt, Karl-Liebknecht-Str. 32, 10178 Berlin, widerrufen. Das reguläre Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den vorn angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf schriftlich bei Ihnen kündige (Poststempel).

Datum/2. Unterschrift

Den Coupon schicke ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 32, 10178 Berlin, oder faxe ihn an die Nummer 030/53 63 55 44. Contraste

edition krisis: beiträge zur kritik der warengesellschaft

Krisis 23:
Krise der Politik - Politik der Krise

ca. 180 Seiten, Broschur,
DM 20 / öS 147 / sFr 19.50
ISBN 3-89502-101-6
November 1999

Aus dem Inhalt:
Franz Schandl: Das Phänomen Haider – Prototyp einer neuen Rechten in Europa?
Gerhard Scheit: Demokratischer Rassismus und Outsourcing des Staates
Zum Verhältnis von Nation und Bande
Ernst Lohoff: Das neue Simulationsmodell
Die sozialdemokratische Rückkehr zur Politik in Form der Notstandsverwaltung
Robert Bösch: Über eine Theorie des Mangels
Zur Psychoanalyse von Jacques Lacan (Teil 2)
Rezensionen · Kommentare · Glossen

Horlemann Verlag · Postfach 1307 · 53583 Bad Honnef
Fax 02224-5429 · e-mail: horlemann@aol.com

Ausgezeichnete Jugendreisen
TopTeamNaTour
Den aktuellen Katalog gibt's bei Einsendung dieser Anzeige und DM 3,– in Briefmarken.

TopTeamNaTour
c/o Naturfreundejugend Deutschlands
Haus Humboldstein
53424 Remagen

« Unser LEBEN ist der MORD durch ARBEIT–wir hängen 60 Jahre lang am STRICK und zappeln. Aber wir werden uns LOSSCHNEIDEN»
[Georg Büchner, 1835]

[anar'ço:zyndi'ka'lismus]
ist ein Messer
DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung
PROBEHEFT
Direkte Aktion
c/o DFG-VK
Vogelsbergstr. 17
60316 Frankfurt

ANTIFA-VERSAND SCHWARZ ROT
Der neue **Katalog** ist da!
Aufkleber, Plakate, Anstecker, CDs, Aufnäher, Tapes, Broschüren, T-Shirts, Spuckies, ...
Katalog gegen 2,- Rückporto bei
Antifa-Versand Schwarz-Rot Engeldamm 68 · 10179 Berlin

anti atom aktuell
Zeitung für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen

Monat für Monat neu:
✘ **Fotos**
✘ **Berichte**
✘ **Argumente**
✘ **Hintergründe**
anti atom aktuell
kostet im Jahresabo 60 DM
im Förderabo gerne auch 120 DM
neue Ausgabe **aaa 109:**
Hinter der Strahlung steht der Wert
Positionen
Strategien
Perspektiven
Bestellen:
anti atom a'
Helgenstockstr. 10
35 394 Gießen
www.anti-atom-aktuell.de
Tel.: 0641 - 948 31 74
Fax: 0641 - 948 31 75
aaa-Vertrieb@Amazonas.comlink.apc.org

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com; 18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56; 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de; 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 59 38 90, (0221) 640 52 43, Fax 640 31 98, E-Mail: ina@link-lev.de; 60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: netzhessen@t-online.de; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, Fax (0 40) 36 03 11 59 05, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 10777 Berlin, Elisabeth Voß E-Mail: elisv10777@aol.com; Information & Kommunikation, 73525 Schwäbisch Gmünd, Karl Dietz, KOMM! Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, E-Mail: dietz@koma.free.de, Internet: http://komm.ffii.org; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt_sa@apg.webnet.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Los geht's:
Selbstbestimmt leben
– Gruppen gründen
Auch an Pfingsten 2000 (8.-12.6.) lädt die Kommune Niederkaufungen wieder Menschen ein, die neue Gemeinschaften gründen wollen. Utopien können dort ausgetauscht bzw. direkt erlebt werden; Gleichgesinnte können sich finden, um ihre Träume gemeinsam zu verwirklichen. Bestehende Gruppen stellen sich vor und helfen mit Rat und Tat. Die ersten 300 Anmeldungen werden angenommen. Zur finanziellen Unterstützung werden auch Spenden und Sponsoren gesucht.
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
http://home.t-online.de/~tagunghaus

FRÜHLINGSTAGE 2000

Seit 1989 werden die »Frühlingstage« als Tagung grafischer Betriebe veranstaltet. Die Frühlingstage wurden jeweils von Unternehmen am Tagungsort organisiert, die ersten Jahre in Berlin, danach in Hamburg, Reutlingen, Regensburg und 1999 in Andechs.
In diesem Jahr hat die Berliner transfer-Unternehmensberatung die Ausrichtung übernommen.
In Workshops werden aktuelle Themen des grafischen Gewerbes behandelt, an den Abenden wird ein kulinarisches und kulturelles Programm den Rahmen zum Kennenlernen und Wiedersehen geben.
Termin: 28.4.-1.5.2000 in Berlin
Nähere Informationen über den Stand der Vorbereitungen sind zu finden unter: www.transfer-unternehmensberatung.de
Information & Anmeldung:
transfer, Attilastr. 56-58, D-12105 Berlin
☎(0 30) 75 48 92 80, Fax 75 48 92 82
E-Mail: transfer-bartning@t-online.de

VEREINE & PROJEKTE

Organisationsentwicklung
Kleine gemeinnützige Vereine sind oft Träger wichtiger kommunaler Aufgaben in der Jugendhilfe, im Umweltschutz, in der Kulturpolitik oder im sozialen Bereich. Gerade in den neuen Bundesländern ist aber vielfach ihre institutionelle Basis brüchig. Projektgelder fließen nur spärlich oder werden nur anteilig gewährt, und die personellen Ressourcen sind begrenzt. GeschäftsführerInnen solcher Vereine können ein Lied davon singen, was sie eigentlich tun müßten, aber aufgrund eigener begrenzter Kapazitäten nicht tun können.
Ziel des zweiteiligen Seminars ist es, konkrete Hilfestellungen zur Entwicklung und Festigung der institutionellen Basis von gemeinnützigen Vereinen zu vermitteln. In Lernwerkstätten werden die Teilnehmenden mit verschiedenen Techniken der Organisationsentwicklung vertraut gemacht. Ausgangspunkt bilden ihre Erfahrungen. Geht es im ersten Teil vor allem darum, die Schwachstellen des Vereins zu erkennen und Instrumente zur Lösung der Probleme zu benennen, so steht im zweiten Teil die offensive Umsetzung der Ziele des Vereins durch Projekte, Aktionen und Aktivitäten im Vordergrund.
Die beiden Seminare werden von der Kontaktstelle der Stiftung MITARBEIT für die neuen Bundesländer durchgeführt. Die Seminare bauen aufeinander auf. Es ist aber grundsätzlich möglich, sich nur zu einem der beiden Seminare anzumelden.
Termine: 14.-16.4. und 12.-14.5.2000
Ort: Villa Fohrde (Brandenburg)
Ansprechpartnerin: Christina Rastig
Information & Anmeldung:
Stiftung MITARBEIT, Greifswalder Str. 4,
D-10405 Berlin
☎(0 30) 204 10 79, Fax 42 80 10 61

MEDIENARBEIT

Homepage mit HTML
Hilfreich für das Bearbeiten einer Homepage sind Kenntnisse in HTML (=Hyper Text Markup Language). Auf diesem Seminar entwerfen Sie Seiten für das Internet mit dieser Seitengestaltungssprache. Dabei binden Sie Grafiken ein und setzen »Links« und »Anker«.
Voraussetzung:
Internet-Grundkenntnisse
Termin: 25.5.2000
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.,
Oberanger 38/I, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07
E-Mail: bsp@baysem.de
www.baysem.de

Web-Design bewerten und entwickeln
Vom Konzept zur Realisierung
mit Frontpage
Die eigene Webpräsenz ist die Visitenkarte der Firma im Internet. Sie muss zur Außendarstellung (CI) passen und inhaltlich gut gegliedert sein, sonst bleiben die Online-Besucher weg. Am ersten Tag bewerten Sie bestehende Web-Angebote im Internet und erarbeiten Regeln für gutes Design. An den beiden weiteren Tagen lernen Sie mit Frontpage einzelne Web-Seiten anzulegen (Formatierungen, Bilder, Farben, Tabellen, Links) und komplette Web-Angebote zu konzipieren, zu organisieren und zu gestalten.
Termin: 25.-26.4.2000

Online-Recht
Domains, Links, Urheberrecht
Darf ich Fotos, Texte, Gestaltungsideen von anderen Homepages übernehmen? Darf jeder seine Homepage mit meiner verlinken? Bin ich für Hyperlinks nach außen verantwortlich, die ich in meine Homepage einbinde? »Sprechende« Namen im Internet: Welche Domain-Namen sind möglich, wie reserviere ich meinen Firmennamen online? Gute Information hilft, kostspielige Prozesse zu vermeiden.
Termin: 3.5.2000

Der Stoff, aus dem die WebSeiten sind
Die eigene Homepage mit HTML
Termin: 25.-26.4.2000

Daten schützen – Post verschlüsseln
Pretty Good Privacy für Ihre Daten und E-Mails
Wie verhindern Sie, dass Ihre E-Mails im Internet von den falschen Leuten gelesen werden? Die Antwort heißt PGP (Pretty Good Privacy), ein Verschlüsselungsprogramm für die Offline- und Online-Nutzung. Was sind Secret Keys und Public Keys? Wie binde ich PGP in verschiedene Mail-Programme ein? Auf dem Seminar werden die DOS- und die Windows-Version von PGP vorgestellt; Grundkenntnisse im Umgang mit DOS und Windows sind von Vorteil.
Termin: 20.4.2000
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie Dr. Hooffacker & Partner, Postfach 19 04 18, D-80604 München
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
www.journalistenakademie.de

AUTONOMIE & VERNETZUNG

Die Begriffe Vernetzung, Netzwerk und soziale Netzwerke haben Konjunktur. An die Stelle fester Organisationsstrukturen treten gerade im Bereich von Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen immer mehr lose Zusammenschlußformen. Man will sich zusammenschließen, aber nicht die eigene Selbstständigkeit aufgeben.
In diesem Methodenseminar geht es um die Balance zwischen Autonomie und Vernetzung. Welche Funktionen und Qualitäten haben unterschiedliche Formen der Vernetzung und welche Methoden und Instrumentarien zur Netzwerkentwicklung gibt es?
Ausgangspunkt werden die persönlichen Erfahrungen der Teilnehmenden aus Vernetzungsprozessen sein. Zur Annäherung an die Thematik werden auch szenische Darstellungsformen nach Augusto Boal eingesetzt. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Paulo-Freire-Gesellschaft statt.
Termin: 5.-6.5.2000
Information & Anmeldung:
Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn
☎(02 28) 60 42 40, Fax 604 24 22
E-Mail: info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de

ÖKODORF-INSTITUT

14.-16. April Seminar zur Gemeinschaftssuche /-gründung in der Delphin-Gemeinschaft im Schwarzwald
19.-21. Mai Die Inneren Fesseln sprengen – Einsteigerseminar zur Visionssuche, Entscheidungsfindung und Konfliktlösung in der Delphingemeinschaft Schwarzwald.
6.-12. Juni ÖKODORF-Festival – Begegnung von Gemeinschaften und Suchenden in Gemeinschaft am Bodensee.
Info zu allen Terminen:
Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33,
D-79688 Hausen im Wiesental
Tel./Fax (0 76 22) 67 13 22
E-Mail: oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

RADIKAL REISEN

2000 Jahre Christentum
– Verhältnis von Staat und Religion am Beispiel der Türkei
Das Verhältnis zwischen Staat und Religion ist thematischer Schwerpunkt. Neben einem historischen Abriss des Säkularisierungsprozesses wollen wir uns mit dem gegenwärtigen Umgang der Republik mit dem Islam und anderen Religionsgruppen beschäftigen. Die Rolle des Militärs als sogenannter Hüter der laizistischen Verfassung soll hinterfragt, zivilgesellschaftliche Alternativen – auch im Hinblick auf das Verhältnis von Staat und Religion in Deutschland – erörtert werden.
Termin: August, Türkei
– Istanbul/Ankara

Peru: Neoliberalismus
Politikwissenschaftler sind sich einig: Peru ist einer der lateinamerikanischen Staaten, dessen sogenannte »Demokratie« derzeit wohl am meisten, nämlich bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wird. Im Zuge einer radikalen, neoliberalen Umstrukturierung der Wirtschaft werden nach und nach sämtliche Staatsbetriebe an ausländische Privatinvestoren vertickt; die harten Auflagen von IWF und Weltbank werden von dem populistischen Präsidenten Alberto Fujimoro geschickt instrumentalisiert, um als »Sachzwänge« von der kontinuierlichen Unterhöhlung der Menschenrechte abzulenken. Die »Politik der harten Hand« fand besonders zu Beginn seiner ersten Amtszeit großen Zuspruch, denn wie in vielen Ländern Lateinamerikas glauben auch die meisten PeruanerInnen, dass die drängenste Not zunächst nur unter den Bedingungen einer »Demokratur« bekämpft werden kann. Da dieser Irrtum nur langsam aufzufliegen droht und nächstes Jahr Wahlen in Peru anstehen, muss der Präsident sich die notwendige Legitimation durch medienwirksame Auftritte (Motto: Gut-Ding-will-Weile-haben) sichern. Trotz Verstoßes gegen die Verfassung – in der maximal zwei Amtszeiten vorgesehen sind – tritt Fujimori noch einmal an...
Peru kennenzulernen ist für alle die interessant, die einen autoritären Staat mit einer demokratischen Fassade kennenlernen wollen. Natürlich ist das Land vor allem auch wegen seiner Menschen, der rauhen Natur, der Kultur, Musik, des Essens und des Bieres wegen eine Reise wert! Natürlich werden wir versuchen, Kontakte zu politischen Gruppen vor Ort herzustellen, u.a. mit einer Gruppe in Huaraz (Andines Hochland).
Termin: August/Sept. 2000

Russland – Moskau:
»Grund- und Freiheitsrechte«
Als neue Partnerorganisation werden wir uns die Jugend von JABLOKA anschauen und uns mit ihnen über die Lage Russlands vor den anstehenden Präsidentschaftswahlen unterhalten. Den thematischen Schwerpunkt der Reise bildet der Bereich der (neu erworbenen bzw. zugestandenen) Grund- und Freiheitsrechte. Es sind Treffen mit Kriegsdienstverweigerern (und entsprechenden Unterstützungsorganisationen) sowie mit kritischen JournalistInnen geplant.
Termin: 20.-31.8.2000

Stadtpolitik und Demokratie
in New York City
In den letzten Jahren hat sich die Debatte um die Zukunft der Innenstädte insbesondere (aber nicht nur) der Metropolen weltweit verschärft. Einerseits wird der Verlust öffentlichen Lebens in den Städten beklagt, andererseits werden die Bestimmungen über das Verhalten im noch existenten öffentlichen Raum in den Innenstädten immer restriktiver. Bei diesen, sich nun auch in deutschen Städten immer stärker durchsetzenden Tendenzen dient New York den deutschen Politikern als Vorbild.
Im Rahmen der Reise nach New York sollen die mit dem Argument der zunehmenden Standortkonkurrenz legitimierten Konzepte der Stadtpolitik in den Innenstädten der Metropole untersucht werden. So sollen zunächst die verfolgten Konzepte im Umgang mit dem städtischen Raum betrachtet werden: Vermarktung des öffentlichen Raums, Verbrechensbekämpfungspolitik, Umgang mit ethnischen Minderheiten und verschiedenen sozialen Gruppen und die Beschneidung von Freiheitsrechten aufgrund stadtpolitischer Interessen. Danach sollen unterschiedliche Gruppierungen besucht werden, die sich entgegen der offiziellen Politik mit dem Erhalt des öffentlichen Raums als Grundlage einer demokratischen Öffentlichkeit auseinandersetzen (Obdachlosenprojekte, Hurenorganisationen, studentische Gruppen, Reclaim-the-Streets-Organisationen, Stadtteilgruppen etc.)
Termin: 17.-29.9.2000
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen / Junge Linke,
Pappelallee 9, D-10437 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 66
E-Mail: jdjlbgs@aol.com

JUNGE LINKE

Der nächste Krieg ist
immer der schönste
Wer hätte das gedacht: Geführt von Nachkommen des Pazifismus hat das rotgrün geführte Deutschland seinen ersten Kriegseinsatz über die Bühne gebracht. Bei einer so meisterhaften Inszenierung bleibt die Frage: Wann kommt die Fortsetzung? Mit welcher Besetzung, und wer malt das Bühnenbild? Nach der Analyse der letzten Aufführung wollen wir uns gemeinsam Gedanken über das Drehbuch des nächsten Krieges machen.
Deutschland ist wieder eine souveräne Nation – und dazu gehört der erste richtige Kriegseinsatz. Was ist spezifisch deutsch an diesem Kriegseintrittsprogramm und was ziemlich allgemein? Hat Deutschland noch andere Interessen in der Welt, die es unterscheidet von allen anderen Mächten? Eilt Deutschland von Krieg zu Krieg? Will Deutschland Europa völkisch zergliedern, oder soll Auschwitz besiegt werden?
Wie wurde der Krieg gegen Jugoslawien vorbereitet? Steckt Deutschland dahinter – oder hat die eigenartige Logik von Titos Selbstverwaltungssozialismus den anti-jugoslawischen Nationalismus hervorgebracht? Wie wurde die deutsche Öffentlichkeit auf den Feind eingeschworen – oder musste sie das gar nicht mehr, weil Serbien schon immer sterbien musste? Wie war denn nun das Verhältnis von USA, Frankreich und Deutschland beim Kriegführen?
Wie funktioniert Massenzustimmung im Krieg? Warum ist die »eigene Meinung«, auf die die werten StaatsbürgerInnen immer so stolz sind, eine recht uniforme Angelegenheit? Von der Kriegshysterie und warum man heute ohne sie auskommt; von der Moral und warum diese so ernst auch wieder nicht gemeint ist.
Zugegeben: Vielleicht ist ja im Frühjahr 2000 auch gerade mal Frieden. An Feindbildern für potentielle Kriege dürfte dennoch kein Mangel bestehen. Wir wollen weniger spekulieren, sondern lieber analysieren: Was sind die nächsten Ziele Deutschlands, wer kommt ihm dabei in die Quere – und wie wird damit umgegangen?
»Wer mit den herrschenden Verhältnissen Frieden schließt, wird irgendwann auch Krieg führen.« Wetten: Dass ist schon die Erklärung dafür, warum PazifistInnen in Parteiform so gerne die Notwendigkeit von Kriegen einsehen – bei all ihrer Liebe zum Frieden. Wie die Grünen das machen und wie die PDS das noch tun wird, wollen wir erklären. Und was mensch gegen Kriege tun sollte, die verhindert gehören.
Termin: 5.-7.5.2000

Was ist Ideologie?
Termin: 7.-9.4.2000

Birth, School, Work, Death
oder: Das Leben lebt nicht
Seminar über den bürgerlichen Alltag
Termin: 19.-21.5.2000

Marx ist tot – Na und?
Marxismusseminar »Pfingsten«
Termin: 9.-12.6.2000
Info: junge linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

Spektakel 2000:
Die Zähne zeigt,
wer das Maul aufmacht!
Was sich früher rechts nannte, ist heute die neue Mitte. Was sich heute alternativ nennt, ist tatsächlich rechts-alternativ (Grüne, taz). Auschwitz wird als Grund angegeben, um einen Krieg zu führen. Antifaschismus bedeutet Bomben. Gleichzeitig ist der Staatsfeind immer noch die Linke, unabhängig ob der guten Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien.
Immer weniger Menschen gehen wählen, weil sie einsehen, dass Änderungen so nicht zu erzielen sind. Die Struktur des Staates, dieser Demokratie wird nicht in Frage gestellt.
Durch Medien wird den BürgerInnen ein gesteigertes Sicherheitsbedürfnis suggeriert, damit der Staat seinen restriktiven Sicherheitsapparat weiter ausbauen kann.
Und die hohe Arbeitslosigkeit liegt angeblich nicht an der Globalisierung und der Politik, sondern schlichtweg an den AusländerInnen, denn irgend jemensch muss ja schuld sein.
Schluss mit der Verdummung der Bevölkerung! Schluss mit der rassistischen, kapitalistischen und antidemokratischen Politik!
Wir wollen auf dem »Spektakel« nicht mehr unser Maul halten, sondern es aufreißen. Wir werden Zähne zeigen und mittels Theorie und Praxis das handwerkszeug erlernen, uns eine Zange zu formen, um die Zähne der Herrschenden zu ziehen!
Termin: 2.-4.6.2000 in Wuppertal

Einstieg in den Marxismus
Termin: 20.-24.4.2000

Widerstandscamp in Ahaus
Auf in den Mai!
Termin: 28.4.-1.5.2000

Drogen – legalize them!
Termin: 5.-7.5.2000

»that sex is always gender«
Lektüre-Seminar zur Einführung in das Werk Judith Butlers
Termin: 5.-7.5.2000
Info: JD/Junge Linke NRW,
Kieler Str. 29c, D-42107 Wuppertal
☎(02 02) 493 83 54, Fax 45 11 23
E-Mail: info@jungdemokratinnen.de
www.jungdemokratinnen.de

SOMMERCAMPS

Wendland-Sommercamp vom 22.-30. Juli 2000. Info Verdener Umweltwerkstatt, Atilleriestr. 6, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 95 75 71

Nur tote Fische kommen in die Zeitung, wilde Fische fliegen
Antinationales & linksradikales Sommercamp
Termin: 22.7-6.8.2000
Info: junge linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

Radikaldemokratisches Sommercamp
Termin: 23.7.-6.8.2000 an der Ostsee
Info: JD/Junge Linke NRW, Kieler Str. 29c, D-42107 Wuppertal
☎(02 02) 493 83 54, Fax 45 11 23
E-Mail: info@jungdemokratinnen.de
www.jungdemokratinnen.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg